

Oskar Weggel

Taiwan - Ein Porträt (4)

Gliederung:

- 4.1. Innenpolitische Entwicklungen in den 60er Jahren
 - 4.1.1. Antinomien in der Entwicklung des Machtapparats
 - 4.1.1.1. Verfassungsform und -wirklichkeit
 - 4.1.1.2. Die Herausbildung eines Machttrios
 - 4.1.1.2.1. Der charismatische Staatspräsident
 - 4.1.1.2.2. Die Dunkelkammern der "Sonderpolizei"
 - 4.1.1.2.3. Der allzuständige Nationale Sicherheitsrat
 - 4.1.1.2.4. Der allgegenwärtige Parteiapparat der GMD
 - 4.1.1.2.5. Satellitenparteien als Transmissionsinstrumente
 - 4.1.2. Frühe Formen der Mitbestimmung und Vorboten des Parlamentarismus
 - 4.1.2.1. Selbstverwaltungs- und Kreisebene: demokratische Enklaven
 - 4.1.2.2. Die Provinz- und Zentralebene: Fortentwicklungen in den 60er Jahren
 - 4.1.2.3. Verjüngungsprozesse beschleunigen die parlamentarische Entwicklung: Die Jiang Jingguo-Generation
 - 4.1.2.4. Nach langer Durststrecke: Die Nationalwahlen
 - 4.1.2.5. Ermittlungen zur Demokratiefähigkeit der taiwanesischen Bevölkerung
 - 4.1.3. Die Kulturerneuerungsbewegung
 - 4.1.3.1. Zielsetzungen der KEB
 - 4.1.3.2. Auswirkungen der KEB
 - 4.1.3.2.1. Beschwörung der "5000jährigen Tradition"
 - 4.1.3.2.2. Neuauflage traditionsschwerer Literatur
 - 4.1.3.2.3. Warnender Zeigefinger gegen die Schriftzeichenvereinfachung
 - 4.1.3.2.4. Neufassung von Lehrbüchern
 - 4.1.3.2.5. "Neubelebung" traditioneller Architekturformen
 - 4.1.3.2.6. Mißverständnis von "Kultur"?
 - 4.1.3.2.7. Die KEB und das Alte Palastmuseum
 - 4.1.3.2.8. KEB und Volksreligion
 - 4.1.4. Renaissance des Erziehungs- und Forschungswesens
 - 4.1.5. Anfänge der wissenschaftlichen Erforschung des Festlandkommunismus
 - 4.1.6. Die Entwicklung des Massenkommunikationswesens
 - 4.1.7. Die harten Lehrjahre der Opposition
 - 4.1.7.1. Illegale Parteigründung
 - 4.1.7.2. Forderungen nach einer Verselbständigung Taiwans
 - 4.1.7.2.1. Der Fall Liao Wenyi
 - 4.1.7.2.2. Der Fall Peng Mingmin
 - 4.1.7.2.3. Die "World United Formosans for Independence": Einheit und Zersplitterung
 - 4.1.7.2.4. Politische Gefangene
 - 4.2. "Take off": Taiwans Wirtschaft bekommt Flügel (1958-1970)
 - 4.2.1. Kursänderungszwänge

4.2.2.

Strategiewechsel: Von der Imports-Substitution zur Exportförderung

4.2.3.

Und die Landwirtschaft?

4.2.4.

Ergebnisse

4.2.5.

Die ersten Großinfrastrukturprojekte

4.2.6.

Gründe für den Umstellungserfolg

4.2.7.

"Take off"

4.3.

Die "Rückkehr" aufs Festland: greifbar nahe und doch so unendlich fern

4.3.1.

Rückkehrhoffnungen vor dem Hintergrund der festländischen "Drei schlimmen Jahre"

4.3.2.

Rückkehrhoffnungen vor dem Hintergrund der Kulturrevolution (1966 ff.)

4.4.

Außenpolitik: Das Tauziehen um die Anerkennung

4.4.1.

Das Hin und Her der 60er Jahre

4.4.1.1.

Die Anerkennung der VR China durch das Frankreich de Gaulles

4.4.1.2.

Das diplomatische Tauziehen in Afrika

4.4.2.

Die langsame Abnabelung von den USA

4.4.3.

Die Suche nach einem Halt in der asiatischen Nachbarschaft

4.4.3.1.

Auf der Suche nach Partnern für eine "Antikommunistische Front": ASPAC und WACL

4.4.3.2.

Das perfide Japan

4.1.

Innenpolitische Entwicklungen in den 60er Jahren

In den 60er Jahren begann sich der innere Hauptwiderspruch der GMD-Politik noch schärfer als bisher abzuzeichnen. Auf der einen Seite blieb die Führung starr bei ihrem immer unrealistischer werdenden Alleinvertretungs- und "Rückkehr"-Credo, auf der anderen wußte sie mit einer Wirtschaftspolitik aufzuwarten, die an Flexibilität und Kongenialität ihresgleichen in Asien suchte. Taiwan war Endmoräne gescheiterter politischer Träume, zugleich aber auch Experimentierfeld vitaler wirtschaftlicher Neuansätze.

In dieser Zerrissenheit wirkte es auf ausländische Beobachter wie "eine Art "Disneyland-East, eine bizarre asiatische Enklave, die auf Phantasie aufgebaut, mit Gewehren geschützt, durch weitsichtige Wirtschaftspolitik und durch kurzsichtige Politik gekennzeichnet ist".¹

Diese Widersprüchlichkeit kam das Gemeinwesen politisch und wirtschaftlich teuer zu stehen: sie forderte Opposition - und im Gegenzug Repression heraus, und sie zog gewaltige Rüstlasten nach sich.

Trotz alledem aber kam dann am Ende des Jahrzehnts doch noch eine innenpolitisch und wirtschaftlich eindrucksvolle Bilanz heraus: ein Wirtschaftswunder begann sich abzuzeichnen, das der sozialen Integration (und übrigens auch Symmetrie!), vor allem aber der Entwicklung des Erziehungs- und Massenkommunikationswesens kraftvolle Schrittmacherdienste leistete.

Dadurch optimistisch gestimmt, glaubte sich die RCh auch außenpolitisch im Aufschwung, ohne zu ahnen, daß schon zu Beginn der 70er Jahre das jähe Fiasko folgen würde.

4.1.1.

Antinomien in der Entwicklung des Machtapparats

4.1.1.1.

Verfassungsform und -wirklichkeit

Seit 1947/48 besaß die RCh zwei einander widersprechende Verfassungen - eine offizielle Konstitution von 1947, die den Soll-Zustand wiedergab sowie als Alibi diente, und eine "Interimsbestimmung" von 1948, die den Ist-Zustand beschrieb.

Beide fanden sich, wie siamesische Zwillinge, stets in jeder offiziellen Sammlung nebeneinander abgedruckt, obwohl sie in striktem Gegensatz zueinander standen, und zwar sowohl was den Buchstaben als auch was den Geist anbelangt (dazu Näheres 3.1.2.6.).

Immer dann, wenn im Verfassungsleben Neuerungen angesagt - oder Feinabstimmungen vorzunehmen - waren, erfolgten die Änderungen bezeichnenderweise nicht im Verfassungstext, der so gut wie unangetastet blieb, sondern via "Interimsbestimmung", so auch

während der 60er Jahre, als vor allem bei den Wahlen zu den Zentralparlamenten sowie bei der Errichtung des Nationalen Sicherheitsrats grundlegende Korrekturen nötig geworden waren.²

Wie war es um diese Widersprüche bestellt?

Die Verfassung der RCh war am 25.12.1947 in Kraft getreten und hatte sich von Anfang an durch einige Besonderheiten ausgezeichnet, die auf den "Landesvater" (Guofu) zurückgingen.

Den besten Zugang zur Konstitution findet ein Ausländer über zwei der Hauptprinzipien, die sich wie ein roter Faden durch das Grundgesetz von 1947 ziehen: Da ist erstens die institutionalisierte Trennung von Bürger- und Regierungsrechten, die in der Weise durchgeführt ist, daß den Bürgern vier Rechte (Wahl, Absetzung, Gesetzesinitiative und Plebiszit), der "Regierung" aber fünf Rechte (Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung, Prüfung und Kontrolle) zustehen, wobei die drei ersten Kategorien der westlichen Gewaltenteilungstradition entstammen, während die beiden letzteren autochthonchinesischen Ursprungs sind. Die vier Bürgerrechte sollen institutionell von der Nationalversammlung (Guomin dahui) im Namen des Volkes wahrgenommen werden, während die fünf Regierungsgewalten auf fünf Reichsverwaltungsämter (sog. "Yuan") verteilt sind.

Die sich daraus ergebende "Fünf-Gewalten-Verfassung" ist die zweite der hier erwähnten Besonderheiten.

Drei Gremien besitzen laut Verfassung Parlamentscharakter, nämlich die Nationalversammlung sowie der Gesetzgebungs- und der Kontroll Yuan. Die I.Nationalversammlung war im November 1947 (2961 Mitglieder), der I.Kontroll Yuan im Januar 1948 (223 Mitglieder) und der I.Gesetzgebungs Yuan im Mai 1948 (760 Mitglieder) gewählt worden.

Als Oberhaupt des Staates fungiert der Präsident, als Chef der Verwaltung (d.h. des Exekutiv Yuans) der Premierminister.

Theoretisch scheint die Abgrenzung zwischen den einzelnen Organen keine Schwierigkeiten zu bereiten. Die

Yuans sind auf ihrem spezifischen Gebiet die jeweils "höchsten Organe des Staates" - der Verwaltung Yuan also für die Exekutive (Art.53 Verf.), der Legislativ Yuan für die Gesetzgebung (Art.62), der Justiz Yuan für die Rechtsprechung (Art.77), der Kontroll Yuan für Dienstrechtsobliegenheiten (Art.90) und der Prüfung Yuan für das Staatsprüfungswesen, das ja bekanntlich in der kaiserlichen Tradition einen so überragenden Stellenwert hatte, daß es auch im neuen China bei der Rekrutierung des Beamten Nachwuchses unentbehrlich erschien (Art.83).

Innerhalb des Verwaltung Yuans sind die "Ministerien" (für Inneres, Äußeres, Finanzen, Verteidigung, Justiz, Erziehung, Wirtschaft, Verkehr usw.) sowie weitere "Ämter" und "Kommissionen" untergebracht. Chef des Verwaltung Yuans ist, wie erwähnt, der Ministerpräsident.

Der Legislativ Yuan (und nicht etwa die Nationalversammlung!) erläßt die Gesetze, der Justiz Yuan, der streng vom (rein administrativ tätigen) Justizministerium zu unterscheiden ist, gliedert sich in vier Höchstgerichte, nämlich das Verfassungsgericht, den Obersten Gerichtshof (für letztinstanzliche Entscheidungen in Zivil- und Strafsachen), den Verwaltungsgerichtshof und das Höchste Gericht für Dienstrechtsfragen.³

Trotz der filigranhaften und auf den ersten Blick klar durchschaubaren Zuständigkeitsverteilung gab es schon in den frühen Jahren immer wieder Abgrenzungsschwierigkeiten:

- Da war einmal die überragende Sonderstellung des Staatspräsidenten, die aufgrund der "Interimsbestimmung" schon nach 1949 über alles hinausgegangen war, was dem Geist der Verfassung von 1947 entsprach.

- Aber auch bei den Yuans ging es nicht ganz mit verfassungsrechtlichen Dingen zu: Die Mitglieder des Gesetzgebungs- und Kontroll Yuans z.B. waren seit ihrer 1948 in Nanjing erfolgten Wahl kontinuierlich im Amt geblieben, obwohl die Verfassung nur eine Amtsperiode von 3 bzw. von 6 Jahren vorsah (Art.65 bzw. 93 Verf.).

Mit diesem Kontinuitätsproblem hatte sich das Verfassungsgericht bereits 1954 befassen müssen und damals - am

29. Januar - entschieden, daß beide Yuans, würden ihre Mitglieder nur von den Lokalversammlungen Taiwans gewählt, nicht mehr das gesamte China repräsentieren könnten, und daß Neuwahlen deshalb - rebus sic stantibus! - bis zur Wiedervereinigung Chinas aufgeschoben werden müßten. Die 1948 gewählten Veteranen konnten damit de facto für immer im Amt bleiben und brauchten sich daher auch keinem taiwanesischen Wähler zu stellen.⁴

- Schließlich trugen auch die Geheimdienste und der Parteiapparat der GMD das ihrige zur Relativierung und Aushöhlung der Verfassung bei.

4.1.1.2.

Die Herausbildung eines Machttrios
Staatspräsident, Sonderpolizei (tewu) und Nationaler Sicherheitsrat - dies waren die drei Säulen, auf denen die Macht der RCh ruhte, und deren Zusammenwirken beträchtliche Energie entfaltete. Die beiden ersten hatten sich auf Taiwan bereits 1949 etablieren können, der Sicherheitsrat dagegen kam erst 1967 hinzu.

Obendrein wirkte die GMD - zusätzlich zum dichten Geflecht der informellen Guanxi (persönlichen Beziehungen) - als einigendes Band zwischen diesem Trio und anderen Schaltstellen der Macht.

4.1.1.2.1.

Der charismatische Staatspräsident

Die Republik China war ursprünglich nicht ein auf ein paar Inseln beschränkter Kleinstaat, sondern umfaßte das menschenreichste Gemeinwesen der Erde. Entsprechend zahlreich war seine Beamtschaft und entsprechend enthoben seine Spitzenführung. Für beide war das taiwanesisches Inselreich von Anfang an viel zu kleindimensioniert. "Rückkehr"-Pläne mußten her, große Utopien und hohe Stellungen - letztere vor allem für den Staatspräsidenten, dessen allesüberragende Position durch institutionelle Sonderregelungen abgesichert und durch persönliches Charisma so gut wie geheiligt wurde.

Da war erstens die bereits erwähnte Interimsbestimmung - genauer: "Interimsregelung für die Zeit der allgemeinen Mobilmachung" -, die, wie ausgeführt, dem Staatspräsidenten ein Notverordnungsrecht einräumte und seine Wiederwahl beliebig oft zuließ -

ihm also m.a.W. fast unbegrenzte Macht einräumte - und damit den in der Verfassung von 1947 verankerten Spielregeln der gleichmäßigen Machtverteilung diametral entgegenstand.

Spätestens seit Erlaß der Interimsbestimmung konnte es sich kein Verfassungsorgan mehr leisten, gegen den erklärten Willen des Präsidenten zu handeln, zumal gegen einen Jiang Jieshi, der bis zu seinem Tod i.J. 1975 einer der indiskutablen Konstanten war, an denen sich das gesamte politische Leben auf der Insel zu orientieren hatte. Ein Mann, dessen Dominanz - psychologisch gesehen - in unvordenkliche Zeiten zurückreichte⁵ -, der mit dem fast mystisch verehrten Landesvater freundschaftlich verbunden gewesen war und deshalb mit ihm zusammen auch immer wieder auf riesigen Ikonen dargestellt wurde, dessen Aussprüche überdies zum feierlichen Bestand jedes Zitatensapparats in Lehrbüchern und Zeitungen gehörten, und der auf Plakaten - von einer Lichtmandorla umhüllt - gütig auf das zu seinen Füßen abgebildete Menschengewimmel niederblickte - eine solche Persönlichkeit war offensichtlich allzu enthoben, um noch im Prokrustesbett einer Verfassung Platz zu finden. Entsprechend stark auch die Berührungsscheu zwischen Präsident und Bevölkerung.

4.1.1.2.2.

Die Dunkelkammern der "Sonderpolizei"

Das Mobilisierungs- und Kriegsrecht lieferte überdies auch das Unterfutter für die Entfaltung eines üppig wuchernden Sicherheitsapparats, der sich schließlich gleich achtfach verankern konnte, nämlich beim Präsidentenamte, beim Justizministerium, beim Verteidigungsressort, beim Innenministerium und bei der GMD. Dem Präsidenten unterstand das Nationale Sicherheitsbüro (guojia anquanju), dem Justizministerium das "Untersuchungsbüro" (sifa xingzhengbu diaochaju), dem Innenministerium die Polizei (neizhengbu jingzhengzhu) und der GMD eine Reihe von parteieigenen Überwachungsorganen (GMD zhongyang dangbu). Zu einem fast unübersehbaren Wachstum des Sicherheitswesens aber hatte es das Verteidigungsministerium gebracht, dem nicht nur das "Geheimdienstbüro" (guofangbu baomiju), sondern auch das "Nachrichten(Intelligence)-Büro" (guofangbu qingbaoju), das "Hauptquartier der

Taiwan-Garnison" (Taiwan jingbei zonglingbu) und die "Militärpolizei" (guofangbu qingbaoju) unterstanden.⁶ Jede dieser Gliederungen hatte wiederum ihre "Sicherheitsfilialen" (anquanshi) in den einzelnen gesellschaftlichen Organisationen, Betrieben und Schulen.

Aufgabe vor allem der militärischen Sonderpolizei war es, alle Arten von kommunistischer Infiltration zu bekämpfen.

Als Hauptzeuge gegen die Geheimpolizei trat der bereits erwähnte Wu Guozhen hervor, der vom Dezember 1949 bis April 1953 den Posten eines Gouverneurs von Taiwan bekleidet hatte, und der nach seiner Entlassung in den USA am 27.2.1954 einen Brief verfaßte,⁷ in dem sechs Gravamina aufgeführt sind, die dringend diskutiert und abgeschafft werden sollten. Unter Punkt 3 hieß es: "Während meiner über drei Jahre langen Amtszeit verging kaum ein Tag, an dem ich nicht irgendeine erbitterte Auseinandersetzung mit der Geheimpolizei gehabt hätte: sie mischte sich in freie Wahlen ein, nahm in zahllosen Fällen ohne Rechtsgrundlage Verhaftungen vor, peinigte und schwärzte an... Die Geheimpolizei, so, wie sie jetzt in unserem Lande arbeitet, hat dank besonderer Rückenstärkung ihre Macht derart mißbraucht, daß ihr jeder Sinn für Gesetz und Recht abhanden gekommen ist. Die Leute sind so eingeschüchtert, daß sie nur noch im stillen grollen, jedoch nicht offen zu sprechen wagen. Sollen mit Methoden dieser Art lediglich die Positionen einiger hochgestellter Persönlichkeiten abgesichert werden, so brauchen wir nicht länger darüber zu reden. Sollte uns jedoch die Unterstützung durch das Volk am Herzen liegen, so kann es in dieser Weise nicht weitergehen."

Bei der Lektüre solcher Ausführungen sollte man der Führung allerdings zugeben, daß Wu den Gouverneursposten zu einer Zeit innehatte, da das Schicksal der GMD-Regierung am seidenen Faden hing. In späteren Jahren trat Tauwetter ein, und der Zugriff wurde lockerer, obwohl Sicherheitsordonnanzen und Politoffiziere auch dann noch zum alltäglichen Erscheinungsbild gehörten, vor allem an Hochschulen und in der Armee.

4.1.1.2.3.

Der allzuständige Nationale Sicherheitsrat

Im Februar 1967 wurde - zur Bekräftigung der "70-30-Formel" und in Befolgung der am 19.3.1966 erneut geänderten "Interimsbestimmung" - der "Nationale Sicherheitsrat" (Guojia anquan huiyi) als eine Art Katalysator für die Regelung aller Fragen eingerichtet, die mit Strategie und Verteidigung, Mobilisierung der Bevölkerung und Wirtschaftsaufbau zu tun hatten.⁸

Seine Aufgabe sollte es sein, im Notfall die verfassungsmäßigen Organe (vor allem den Exekutiv- und den Gesetzgebungsorganen) zu ersetzen und damit eine Konzentration der gesamten Staatsmacht in *einer* Hand zu erreichen. Der Rat, dessen Vorsitzender ex officio der Staatspräsident sein sollte, setzte sich u.a. aus dem Ministerpräsidenten, den Ministern für Verteidigung, Äußeres, Finanzen und Wirtschaft, dem Chef des Generalstabs und anderen Spitzenfunktionären zusammen. Eine veritable politische Elefantenhochzeit fand hier statt! Dem Rat unterstanden von Anfang an vier Abteilungen, nämlich für Aufbaufragen, für gesamtstaatliche Mobilisierung, für Sicherheitsfragen ("Nationales Sicherheitsbüro") und für die Steuerung des Wissenschaftsbereichs.

Es dauerte nicht lange, da hatte sich der Sicherheitsrat in eine Art Erbhof der Jiang-Familie verwandelt: von 1967 bis 1975 stand Jiang Jieshi und von 1978 bis 1987 Jiang Jinguo an seiner Spitze. Zusätzlich wurde das Amt des Generalsekretärs im Nationalen Sicherheitsrat 1986 vom Halbbruder des Präsidenten, Jiang Weiguo, übernommen, durch einen Berufssoldaten, der seine militärische Ausbildung im Deutschland des Dritten Reichs und in den USA erhalten und der nacheinander als Kommandeur der Panzertruppe, als Rektor der Führungsakademie, als Chef der Verteidigungshochschule und als Kommandeur der Logistik gedient hatte.⁹

4.1.1.2.4.

Der allgegenwärtige Parteiapparat der GMD

Alle Fäden der Macht liefen bei der GMD und hier letztlich wieder beim Zongcai (wörtl.: "Generaldirektor") zusammen, einem Posten, der seit 1938 ohne Unterbrechung von Jiang Jieshi besetzt war.

Formell höchste Instanz der GMD war schon damals der Nationalkongreß, der den Zongcai wählt, und der in seiner tagungsfreien Zeit durch das Zentralexekutivkomitee (Zhongyang weiyuanhui, fortan "ZEK") vertreten wurde. Da aber auch dieses Komitee mit seinen über 200 Mitgliedern jährlich höchstens zwei- bis dreimal zusammentreten konnte, verlagerte sich der Schwerpunkt der Entscheidungsfindung schon seit der Vorkriegszeit auf ein "Ständiges Komitee" (Changwu weiyuanhui), das seinerseits das ZEK vertrat.

Der Nationalkongreß entsprach also m.a.W. dem sinokommunistischen Parteitag, das ZEK dem dortigen ZK und das "Ständige Komitee" dem Politbüro.

Wie innerhalb der KPCh im Politbüro, so kamen bei der GMD sämtliche wichtigen Entscheidungen auf das "Ständige Komitee" zu, das wiederum Wachs in den Händen des Zongcai zu sein pflegte. Die Beschlüsse des ZEK (oder aber des Ständigen Ausschusses) gingen sodann an den Generalsekretär (mishuzhang), der elf operative Abteilungen (sog. "Zuohui" oder "Yuanhui") zu seiner Verfügung hatte.

Die GMD, die 1923 in Guangzhou mit Kominternhilfe neuorganisiert und nach leninistischem Muster aufgebaut worden war, funktionierte also auch in den 60er Jahren noch nach dem gleichen Schema (demokratischer Zentralismus, Zellenprinzip, ZK, Politbüro etc.) wie die KPCh - mit der Folge, daß Schaltstellen der Macht, also Spitzenpositionen in der Regierung oder in sozialen Institutionen wie Gewerkschaften und Medien, entweder direkt durch Parteimitglieder besetzt oder aber zumindest durch die auf jeder Ebene (Provinz, Kreise) angesiedelten Parteiausschüsse sowie in jeder sozialen Einheit (Fabriken, Nachbarschaften, Schulen) vorhandenen Parteizellen kontrolliert wurden.

Wie sehr die GMD, von solchen Allzuständigkeiten abgesehen, auch sonst im Begriffe war, zum Staat im Staate zu werden, wurde anhand ihrer Unternehmerrolle (18 Firmen, darunter 8 im Medienbereich) sowie zahlloser Sozialprogramme deutlich, die von der Partei nicht etwa nur für Mitglieder, sondern auch für die Allgemeinheit aufgezogen wurden.¹⁰ So organisierte die GMD beispielsweise Mustersied-

lungen und schaltete sich mit einladender Geste in das Gesundheits- und Schulwesen ein. 1966 gab es 319 parteieigene Sozialdienststellen. Sie hatten 1964/65, wie es hieß, 3.689 ältere Soldaten und 9.926 Naturkatastrophenopfer unterstützt. 21.207 Personen erhielten mit Parteihilfe eine Berufsausbildung. Im Namen der GMD hatten 9.173 Ärztegruppen nicht weniger als 471.884 Familien medizinisch behandelt. Die Partei betrieb darüber hinaus Kulturhäuser und Theater, organisierte Sportveranstaltungen und schickte Vertrauensleute ins Ausland, die vor allem unter den Überseechinesen "für das freie China und gegen die kommunistische Unterwanderung arbeiten" sollten.¹¹ Darüber hinaus leitete die GMD das im Oktober 1952 gegründete "Jugendkorps" (ZG qingnian fangong jiuguo tuan, wörtl.: "Jugendkorps, das den Kommunismus bekämpft und den Staat rettet") sowie das in rd. 5.000 über die ganze Insel verteilte Dienstleistungsposten tätige Frauenkorps.

Bleibt zu erwähnen, daß die GMD mit ihrem gesellschaftspolitischen Grundkurs (Sanminzhuyi!) und mit ihren jeweiligen politischen Programmen überdies die Richtlinien der Politik bestimmte. Echte Oppositionsparteien hatten hier keine Chance. Die zwei "loyalen" Konkurrenzparteien, nämlich die "Chinesische Jugendpartei" und die "Demokratisch-Sozialistische Partei", die beide Mitte der 60er Jahre über 26 Sitze im Gesetzgebungs- und über 9 Sitze im Kontrollrat verfügten, waren nicht viel mehr als Satelliten der GMD.

Taiwan ließe sich zu dieser Zeit also ganz gewiß als "Ein-Parteien-Staat" bezeichnen, in dem alle Macht bei der GMD lag. Bis zur Geburtsstunde eines echten Mehrparteiensystems und wirklicher Oppositionsparteien sollte es noch zwei Jahrzehnte dauern!

4.1.1.2.5.

Satellitenparteien als Transmissionsinstrumente

Einfluß konnte die GMD nicht nur über ihre Zellen sowie über ihre Repräsentanten in Staat und Gesellschaft, sondern auch über die bereits erwähnten Satellitenparteien ausüben.

Typisch für chinesische Regierungen verschiedenster Couleur ist ein eingefleischtes Mißtrauen gegen jedes zur Opposition fähige Zentrum, anderer-

seits aber auch eine demonstrative "Großzügigkeit" gegenüber kleinen und machtlosen politischen Parteien, die sich so schön als Alibi verwenden lassen:

In der RCh auf Taiwan gab es jahrelang zwei "loyale" Oppositionsparteien, nämlich die "Chinesische Jugendpartei" (ZG qingnian dang), die 1923 von chinesischen Studenten in Paris gegründet worden war und sich für den Kampf gegen die damals in China herrschenden "Kriegsherren" ausgesprochen hatte, sowie die "Demokratisch-Sozialistische Partei" (minzhu shehui dang), die 1946 in Shanghai mit dem Ziel ins Leben gerufen worden war, die Periode der "Verfassungsregierung" im Sinne des Drei-Stufen-Plans Sun Yixians möglichst schnell herbeizuführen.¹²

Beide Parteien hatten sich im April 1947 in Nanjing mit der GMD zu einer Koalitionsregierung zusammengeslossen und waren seither stets wideren jüngere Brüder behandelt worden - freundlich und streng.

Nicht nur in der RCh, sondern auch in der VRCh hatten Satellitenparteien überleben dürfen. Dort gab es sogar acht sog. "Demokratische Parteien" (minzhu dang), die z.T. aus GMD-Ab-splittierungen hervorgegangen waren, die aber, ebenso wie die beiden Gruppierungen in Taiwan, den Namen "Parteien" zu Unrecht trugen, da ihnen seitens der KPCh von vornherein kein Eigengewicht, sondern nur die Eigenschaft von "Massenorganisationen" zugestanden worden war, deren klassisch-stalinistische Aufgabe es ja bekanntlich ist, den Willen der KP in der Art von "Transmissionsriemen" auf die einzelnen Segmente des Volkes zu übertragen.

- Da war zunächst einmal das "Revolutionäre Komitee der chinesischen Guomindang" (ZG GMD geming weiyuanhui), das im Januar 1948 von Anhängern linker GMD-Gruppierungen gegründet worden war, u.a. von Li Jishen (1885-1959) und von Frau He Xiangnin (1879-1972), der Ehefrau Liao Zhongkais, der einst von Sun Yixian persönlich als Nachfolger ausersehen, am 20.8.1925 aber unter rätselhaften Umständen in Guangzhou ermordet worden war. Frau He hatte während ihrer Studienjahre in Japan zur engsten Umgebung Sun Yixians gehört und später den 1927 erfolgten

Bruch zwischen GMD und KPCh aufs schärfste mißbilligt. Noch im September 1949 hatte sie an den Sitzungen der "Politischen Konsultativkonferenz" in Beijing teilgenommen und war 1960 zur Vorsitzenden des "Revolutionären Komitees der GMD" (kurz: "Mindang") gewählt worden.

- Die "Demokratische Partei der Arbeiter und Bauern" (nonggong minzhu dang, kurz: "Gongnongdang") war 1930 unter der Bezeichnung "Vorläufiges Aktionskomitee der GMD" (GMD lishi xingdong weiyuanhui) gegründet worden, und zwar hauptsächlich von Intellektuellen aus der Mittel- und Oberschicht, die im Wissenschafts-, Medizin- und Bildungswesen tätig - auf jeden Fall aber politisch wesentlich tiefer angesiedelt waren als die Spitzenmitglieder der "Revolutionären GMD".

- Schließlich gab es noch die "Demokratische Selbstbestimmungsliga Taiwans" (Taiwan minzhu zizhi tongmeng), die im November 1947 gegründet wurde und sich hauptsächlich aus Taiwanesen rekrutiert, die auf dem Festland ansässig sind. Ihr Ziel ist nicht etwa eine selbständige Republik Taiwan, sondern eine Wiederangliederung der "Provinz Taiwan" an die VR China.¹³

Die anderen fünf "Parteien" seien nachfolgend lediglich in ihren Abkürzungsformeln aufgeführt, nämlich die "Demokratische Liga Chinas" (Minmeng), die "Gesellschaft für den Demokratischen Aufbau Chinas" (Minjian), die "Gesellschaft für die Förderung der Demokratie in China" (Minjin), die "Gemeinwohlpartei" (Zhigongdang) und die "Neun-Drei-Gesellschaft" (Jiusan). Es handelt sich hier um Gruppierungen, denen zwar immer noch vereinzelte frühere GMD-Mitglieder zugehören, die aber keinen unmittelbaren GMD-Bezug aufweisen.

Insgesamt gehören den acht Parteien rd. 400.000 Mitglieder (Stand 1990) an.

4.1.2.

Frühe Formen der Mitbestimmung und Vorböten des Parlamentarismus

Den übermächtigen Apparaten von Partei und Staat konnte die breite Bevölkerung Taiwans zunächst wenig entgegensetzen. Seit den frühen 50er Jahren hatten sich Selbstverwaltungsmechanismen lediglich unterhalb der Kreisebene entfalten können. In den

frühen 60er Jahren lief der Parlamentarisierungsprozeß auch auf Provinz-, und am Ende des Jahrzehnts sogar auf zentraler Ebene an. Allerdings mußten dann immer noch fast zwei Jahrzehnte verstreichen, ehe vollwertige Oppositionsparteien ins Rennen gehen konnten.

Nach der offiziellen Gebietsaufteilung der RCh, die vom Klassifikationssystem der VRCh erheblich abweicht, gliedert sich die Republik China in 35 Provinzen, 14 "direkt der Zentrale unterstellte Städte", 1 Sonderverwaltungsgebiet (Insel Hainan) und 2 "Territorien" (Mongolei, Tibet).¹⁴

Im Rahmen dieser gesamtrepublikanischen Territorialordnung galt (und gilt) Taiwan als eine der 35 Provinzen der RCh und war Mitte der 60er Jahre seinerseits aufgeteilt in 16 Landkreise und 5 Städte.

Innerhalb des Staatsapparats werden gem. Art.112 ff. der Verfassung drei Ebenen unterschieden, nämlich Zentrale, Provinzen und Kreise/Städte. Unterhalb der Kreis(Stadt)- beginnt die Selbstverwaltungsebene. Aus nahe-liegenden Gründen ist das "parlamentarische" System dort am frühesten ausgebildet worden. Je weiter es jedoch nach oben ging, desto mehr Demokratie-Defizite waren zu verzeichnen, vor allem in den 50er und 60er Jahren.

4.1.2.1.

Selbstverwaltungs- und Kreisebene: demokratische Enklaven

Die lokalen Selbstverwaltungsgliederungen waren bereits durch die "Grundlinien der lokalen Selbstverwaltung in Kreisen und Städten der Provinz Taiwan" von 1950 festgelegt worden.

Danach unterstanden den "Kreisen" (xian) die "Dorfgemeinden" (xiang) und "Marktgemeinden" (chen), während die den "Kreisen" gleichrangigen "Städte" (shi) in "Stadtbezirke" (qu) zerfielen. "Dorfgemeinden" untergliederten sich ihrerseits in "Kleindörfer" (cun), "Marktgemeinden" dagegen in "Gemeinschaften" (li). Cun, Li und Qu wiederum konnten in "Nachbarschaften" (lin) aufgefächert werden.

Dorf- und Marktgemeinden sowie Stadtbezirke, also sämtliche Einheiten unterhalb der Kreisebene, hatten be-

reits zu Beginn der 50er Jahre ihren demokratischen Freibrief erhalten. Von da an pflegten sie ihre Vertreterversammlungen ebenso direkt zu wählen wie die Angehörigen der Cun, Li und Lin ihre Vertrauensleute - und zwar im Sinne der Art.124, 126 und 128 der Verfassung alle vier Jahre. Hier gab es nie besondere Spannungen, da die Kandidaten fast ausschließlich von bodenständigen Taiwanern gewählt wurden.

Das Zeitalter der Selbstverwaltung war mit den Wahlen im Kreis Hualian am 2.7.1950 eingeläutet worden.

Freilich gab es aber auch schon bei den Lokalwahlen gewisse Hürden zu überwinden. Entweder nämlich mußten die Kandidaten einer der drei offiziell zugelassenen Parteien (GMD, CJP, DSP) angehören oder aber sie durften nur als parteilose *Einzelkämpfer* auftreten. Verboten waren m.a.W. sowohl neue Konkurrenzparteien als auch Wahlkampfverbände zugunsten eines Einzelkandidaten.

Trotz solcher Einschränkungen begannen bereits bei den lokalen Wahlen von 1963 und 1964 bemerkenswerte Taiwanisierungstendenzen zutage zu treten.

Was zunächst die Wahlen zur Taiwan-Provinzversammlung vom 28.4.1963 anbelangt, so gewannen GMD-Mitglieder - und damit zumeist Festländer - zwar 61 der 64 Sitze;¹⁵ von den übrigen Positionen fiel jedoch die Mehrheit (11 Sitze!) an unabhängige Kandidaten, die durchwegs nicht vom Festland stammten.

Bei den Kommunalwahlen vom Juni 1964 fiel ferner zwar ebenfalls die Mehrheit von 17 der insgesamt 21 zu vergebenden Stadtbürgermeisterposten an GMD-Mitglieder, doch entschied sich die Bevölkerung in drei der wichtigsten Kommunen, nämlich bei den Oberbürgermeistern von Taibei, Tainan und Jilong für unabhängige - und einheimische - Kandidaten. Hier zeichnete sich also ein für die GMD bedenklicher Trend ab, insofern ihr nämlich die Zügel in den Großstädten aus den Fingern zu gleiten drohten.

Um hier weiteren Verlusten vorzubeugen, erklärte die Regierung drei Jahre später die Gemeinde Taibei zur "direkt der Zentralregierung unterstell-

ten Stadt" (zhixia shi) - mit der Folge, daß der Bürgermeister dieser größten taiwanesischen Stadt fortan nicht mehr von der Bevölkerung gewählt, sondern von der Zentralregierung *ernannt* wurde. Das gleiche geschah zwölf Jahre später (1979) mit der zweitgrößten Stadt Taiwans, Gaoxiong.

Allerdings war die Regierung klug genug, den vorher gewählten Bürgermeister auch nach der Umgestaltung Taibeis zur Quasiprovinz nicht abzusetzen, sondern ihn auf seinem Posten zu belassen. Man hatte offensichtlich gegen die Person des Bürgermeisters Gao nichts einzuwenden und wollte sich lediglich für künftige Eventualitäten wappnen.

4.1.2.2.

Die Provinz- und Zentralebene: Fortentwicklungen in den sechziger Jahren
Weitaus schwierigeren Bedingungen begegnete der Demokratisierungsprozeß auf Provinzebene.

Nach den Bestimmungen der Art.112 und 113 Verf. soll eine Provinz drei Organe haben, nämlich die Provinzversammlung (shengmin daibiao dahui), den "Rat der Provinz" (sheng yihui) und eine "Provinzregierung" (sheng zhengfu).

Die Provinzversammlung ist als verkleinertes Abbild der Nationalversammlung gedacht und soll deren Rechte im regionalen Zuständigkeitsbereich ausüben. Viel Macht ist damit nicht zu gewinnen!

Die erste Versammlung war zwar bereits 1951 zusammengetreten, allerdings unter der Bezeichnung "Vorläufig". Erst am 24.Juni 1959 kam es zur Einberufung des ersten regulär gewählten und aus 73 Abgeordneten bestehenden Parlaments, das nun auch den Standardnamen "Provinzversammlung von Taiwan" annahm.

Dagegen wurden die Mitglieder des 23köpfigen "Rats der Provinz", der gem. Art.113, II der Verfassung als oberstes Gesetzgebungsorgan seines Bereichs fungieren, also im Regionalrahmen eine dem Legislativum analoge Aufgabe wahrnehmen soll, nach wie vor von der Zentralregierung *ernannt* - ebenso übrigens wie der Provinzgouverneur, obwohl beide gemäß Art.113, I, 2 Verf. eigentlich direkt vom Volk hätten gewählt werden müs-

sen. Obendrein wurde der Gouverneursposten in den 60er Jahren ausschließlich von Militärs besetzt. So löste beispielsweise am 22.November 1962 General Zhou Zhiyou seinen Vorgänger, General Huan Jie, ab.

Auch ohne diese Einschränkung freilich waren die Rechtssetzungsbefugnisse der Provinz von Anfang an bescheiden genug - eine Folge des in der politischen Kultur vorherrschenden Zentralstaatsgedankens. In der Legislaturperiode 1964/65 z.B. ergingen - von einer Menge Haushaltsregelungen für Provinzunternehmen abgesehen - folgende Bestimmungen: "Regelungen über die Verwaltung der Häfen" (Beschluß vom 6.8.64), "Regelungen für den Schutz vor Naturkatastrophen" (vom 7.9.64), "Regelungen für die Kontrolle privater Brutanstalten" (vom 8.9.64) und "Regelungen für die Überprüfung von Forstwirtschaftserzeugnissen" (vom 23.4.65).¹⁶

Trotz dieser geringen Machtbefugnisse hielt es die Regierung aber für ratsam, auf Sicherheit zu gehen. Hätte sie doch befürchten müssen, daß bei direkter Wahl festländische Kandidaten angesichts der überwältigenden Vier-Fünftel-Mehrheit der Taiwaner nicht den Hauch einer Chance gehabt hätten, und daß es damit zum Gesichtsverlust der Staatsführung gekommen wäre.¹⁷

Nachdem 1967 Taibei und 1979 Gaoxiong zu "direkt der Zentralregierung unterstellten Städten" erklärt worden waren, hatte die Regierung sichergestellt, daß die drei sowohl der Bevölkerungszahl als auch der sozioökonomischen Bedeutung nach wichtigsten Gebietskörperschaften Taiwans, nämlich die Provinz selbst und die beiden größten Städte, unmittelbar der Weisungsbefugnis der Zentralregierung unterstanden.

Noch komplizierter als bei der Provinz-gestaltete sich die demokratische Entwicklung, wie gleich auszuführen, auf der Zentralebene.

4.1.2.3.

Verjüngungsprozesse beschleunigen die parlamentarische Entwicklung: Die Jiang Jingguo-Generation

Mitte der 60er Jahre begann die Nachfragefrage auf den Fingern zu brennen. Jiang Jieshi würde am 31.Oktober 1966 ins 80.Lebensjahr eintreten, und auch seine Mitkämpfer aus vergangenen Zeiten konnten wohl nicht mehr lange im Amt bleiben.

Wer freilich sollte nun ins Rennen gehen? In der GMD standen sich damals zwei Fraktionen gegenüber, nämlich die Anhängerschaft Jiang Jingguos, des älteren Sohns Jiang Jieshis, auf der einen und die Sympathisanten Chen Chengs, des Vizepräsidenten und Architekten der Bodenreform, auf der anderen Seite.

Die Auseinandersetzung endete vorzeitig im März 1965 mit dem Tode Chens. Damit war die Bahn frei für den "jungen" Jiang, der bereits im Januar 1964 zum Verteidigungsminister ernannt worden war. Gleichzeitig kamen andere Politiker aus der Generation Jiang Jingguos mit an die Macht, u.a. Yan Chenxin als Erziehungsminister, vor allem aber Li Guoding, der das Wirtschaftsministerium übernahm und später als Hauptarchitekt des taiwanesischen Wirtschaftswunders berühmt werden sollte.¹⁸

Li sorgte mit seinem "Neun-Punkte-Wirtschaftsprogramm" vom Mai 1965 und dem "Zehn-Jahres-Programm" vom August 1965 für Entwicklungsperspektiven, die sich als höchst klarsichtig erweisen sollten, und die im nachhinein fast vergessen ließen, daß am 30. Juni 1965 das amerikanische Hilfsprogramm ausgelaufen war.

Mit der Ernennung zum Verteidigungsminister begann die steile Karriere Jiang Jingguos, hinter der elementare Kräfte steckten, die ihn später bis an die Spitze des Staates befördern sollten.

Um die Öffentlichkeit nicht vor den Kopf zu stoßen und naheliegenden Gerüchten, daß eine "Jiang-Dynastie" (Jiang wangzhao) ins Haus stehe, keine Nahrung zu geben, erfolgte der Aufstieg des "Sohnes" nur in kleinen Schritten, subtilen Verlautbarungen und taktischen Intervallen. So wurde z.B. 1966, sehr zur Überraschung vieler Beobachter, nicht Jiang Jingguo, sondern der 62jährige Yan Jiagan zum Stellvertretenden Staatspräsidenten ernannt. Da Yan zu dieser Zeit allerdings mit seinen Aufgaben als Ministerpräsident bereits genug zu tun hatte, und da er im übrigen weder in Partei noch Armee über Schlüsselpositionen verfügte, trug er von vornherein das Signum eines bloßen Übergangskandidaten.

Der Generationenwechsel setzte sich in den Jahren 1967/68 ungebrochen fort, vor allem nach dem 5. Plenum des

IX. GMD-Kongresses vom November 1967. Nun wurden vor allem die Ministerien für Finanzen, Justiz und Verkehrswesen mit Nachwuchspolitikern besetzt, die zwischen 50 und 60 Jahre alt waren, und die sich - ein Bruch mit der traditionellen Personalpolitik! - vor allem durch ihre Fachkenntnisse qualifiziert hatten.

Der Verjüngungsprozeß machte auch vor dem GMD-Apparat nicht halt. 1968 wurde fast das ganze Führungspersonal auf sämtlichen Ebenen ausgetauscht. Besonders eindrucksvoll zeigte sich der Wechsel an der Spitze: So avancierte der 56jährige Zhang Baoshu zum Generalsekretär des ZEK und der 52jährige Li Huan zum Parteivorsitzenden der Provinz Taiwan. Der Verjüngungsprozeß setzte sich auch beim X. Parteikongreß der GMD fort, dessen Beginn wohl nicht ganz zufällig auf den "Jugendtag" (29. März 1969) anberaumt worden war. Diesmal kam eine ganze neue Generation ans Ruder. U.a. wurde das Durchschnittsalter der 670 Delegierten auf 46 Jahre gesenkt - eine für chinesische Begriffe ganz außergewöhnliche Verjüngung! Sogar von den 99 Mitgliedern des ZEK waren 44 neu gewählt worden!

Selbst beim Militär kam das Personalkarussell auf Hochtouren: 1968 beispielsweise wurden rd. 500 Generäle und 2.000 Obristen in den Ruhestand geschickt und durch jüngere Offiziere ersetzt.

Bei den 255.000 Regierungsangestellten (einschl. Lehrern) fiel das Revirement so gründlich aus, daß das Durchschnittsalter nur noch bei 40 Jahren lag.¹⁹

Auch die Lokalwahlen vom 21.1. und 7.4.1969 brachten eine Verjüngung. Das Alter der 847 neugewählten Stadt- und Kreisabgeordneten sowie der neuen 312 Gemeindeoberhäupter sank von vorher 45 auf ebenfalls 40 Jahre.

Mit der Verjüngung kam es aber automatisch auch zu einer "Taiwanisierung" - und diese wiederum löste Forderungen nach verstärkter Partizipation der taiwanesischen Mehrheit aus.

4.1.2.4.

Nach langer Durststrecke: Die Nationalwahlen

Nun fehlte es nur noch an einer Verjüngung auch der drei zentralen Par-

lamente, nämlich der Nationalversammlung, des Gesetzgebungs- und des Kontrollorgans.

Während überall sonst in der Politik, vor allem aber im kommerziellen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich, jugendliche Kräfte aus Taiwan das Ruder übernommen hatten, hielten hier, in den Zentralorganen, Veteranen die Stellung, die zuletzt 1947/48 in Nanjing gewählt worden waren und deren Altersdurchschnitt inzwischen längst die 70 überschritten hatte. Versammlungen der drei Parlamente drohten unter diesen Umständen immer mehr zu einer Rollstuhl- und Sanitätätersveranstaltung zu werden.

Hier wuchs m.a.W. ein innerer Widerspruch, der dem politischen System der RCh schon zu Beginn der 60er Jahre einen höchst merkwürdigen Anstrich gab.

Die Diskussion um mögliche Ergänzungswahlen zu den drei Parlamenten hatte bereits 1964 begonnen,²⁰ allerdings mit solcher Behutsamkeit, daß es noch vier weitere Jahre dauerte, ehe praktische Schritte unternommen werden konnten.

Erst im Dezember 1969 kam es dann nach sage und schreibe 21 Jahren zum ersten Mal wieder zur Abhaltung von nationalen Wahlen. In der Tat war es jetzt höchste Zeit; denn wenn die Rückkehr aufs Festland nicht bald erfolgte, so bliebe, wie man sich leicht ausrechnen konnte, von den Veteranen ohnehin schon bald niemand mehr übrig, der den Legitimationsanspruch der GMD auf das ganze China noch weiter verkörpern konnte.

Auch bei den nun wirklich unauf-schiebbar gewordenen Wahlen vom 20.12.1969 sollte allerdings keine *Runderneuerung* des Personalbestands, sondern nur eine *Lückenauffüllung* stattfinden. Deshalb war, höchst salomonisch, auch nur von "Ergänzungswahlen" (zengjia xuanju) die Rede.

Als gesetzliche Grundlage diente wieder einmal die notorische "Interimsbestimmung", die 1966 dahingehend novelliert wurde, daß in "freien Gebieten" (ziyou diqu) zusätzlich Abgeordnete für alle drei Parlamente gewählt werden dürften, wobei zwei Kategorien zu unterscheiden seien, nämlich "Abgeordnete, die Lücken füllen" (zengxuan-

zhe) und "Abgeordnete, die (aufgrund gewachsener Bevölkerungszahl) neu hinzukommen" (puxuanzhe). Im Gegensatz zu den alten Abgeordneten von 1947/48, die ihre Sitze beibehalten durften, hätten sich die "Neuen" allerdings alle sechs bzw. drei Jahre wieder zur Wahl zu stellen.²¹

Es waren freilich nur 26 Abgeordnete, die am 20.12.1969 in die Nationalversammlung und in den Legislativ Yuan gewählt werden konnten.

Gleichwohl war der Bann gebrochen und Ergänzungswahlen wurden von jetzt an zu einer kaum noch diskutierten Übung. Am 23.12.1972 beispielsweise hielten - gleichzeitig mit den Wahlen der Abgeordneten zur Taiwan-Provinzversammlung sowie der Bürgermeister und Kreisräte - weitere Neulinge in die Nationalversammlung und den Gesetzgebungs Yuan Einzug. Auch die Gleichzeitigkeit von Lokal- und Zentralwahlen gehörten von jetzt an zum politischen Leben auf der Insel. Früher oder später würden, dies war jetzt schon abzusehen, auch neue Oppositionsparteien in die Wahlkämpfe eingreifen. Der Parlamentarismus war damit endgültig aus der Talsohle heraus. Doch wie tragfähig war sein Fundament?

4.1.2.5.

Ermittlungen zur Demokratiefähigkeit der taiwanesischen Bevölkerung

Welches Demokratiepotezial steckt in der Bevölkerung Taiwans? Diese Frage beschäftigte schon in den 60er Jahren nicht nur die Regierung, die in ihrem Argwohn hinter jeder Partizipationsdiskussion auch immer schon Taiwanisierungsforderungen vermutete, sondern auch ausländische Soziologen und Anthropologen, die damals mehrere Befragungsprojekte in Mittel- und Hochschulen durchführten.²²

Wilson stellte in diesem Zusammenhang zunächst die Frage, ob die Einstellung von taiwanesischen Kindern, deren Eltern Jahrzehnte unter japanischer Kolonialherrschaft gelebt hatten, anders sei als diejenige festländischer Kinder, und kam zu dem - a priori erwarteten - Resultat, daß sich zwischen beiden Gruppen keine signifikanten Abweichungen feststellen ließen - ein Zeichen dafür, daß es eine stabile gesamtchinesische Haltung des Bürgers gegenüber dem Staat gibt.²³

Sodann stellte er mehrere direkt auf das Demokratieverständnis abzielende Fragen ("Wer macht in Taiwan die Gesetze?", "Wer ist der Bürgermeister von Taipei?", "Wer entscheidet, ob ein neuer Park angelegt werden soll?") und wollte überdies wissen, welche Symbole nach Meinung der Schüler Leitfunktion in der politischen Kultur der RCh einnehmen, wobei mehrere Stichworte (z.B. Sun Yixian, Sanminzhuyi, Wahlen, Gesetzgebungs Yuan, Jiang Jieshi oder der "Doppelzehnte" etc.) zur Auswahl standen.

Die Ergebnisse waren eindeutig: Durchschnittsschüler und Studenten betrachteten, wie die Fragebogenauswertung ergab, Politik erstens eher personifiziert als funktional. Unter den "symbolischen Assoziationen" tauchte Sun Yixian z.B. an erster und Jiang Jieshi bereits an vierter Stelle auf. Auf die Frage, wer die Gesetze mache, wurden Sun Yixian und Jiang Jieshi fast genauso häufig genannt wie die "Gerichte" und der "Gesetzgebungs Yuan".²⁴

Jiang Jieshi wurde von rd. einem Drittel der Befragten auch als Bürgermeister von Taipei-Stadt angeführt! Personen - und nochmals Personen! - beherrschen also die politischen Vorstellungen selbst solcher Staatsbürger, die in der Schule reichlich politischen Unterricht erhalten hatten, während andererseits für Institutionen und politische Prozesse nur ein verschwommenes Verständnis vorhanden war.

Zweitens ließen sich Autoritätsgläubigkeit und Konformismus in einem Maße feststellen, wie es beispielsweise bei amerikanischen Gleichaltrigen undenkbar gewesen wäre. Nicht Individual-, sondern Gruppenwerte erhielten bei allen Tests eindeutigen Vorrang - Ergebnis sowohl der elterlichen als auch der Schulerziehung. Ein typisches Lesestück in einem der offiziellen Schulbücher handelte beispielsweise von einem Gänsezug, der wohlformiert dahinschwebte und aus dem nur eine junge Gans immer wieder ausscherte, obwohl sie von den anderen geduldig ermahnt wurde, in der Formation zu bleiben. Als die Ausbrecherin aber immer noch nicht hören wollte, stieß plötzlich ein Falke herab und nahm die Einzelgängerin als Beute mit. Die Lehre ist klar: Gruppenzuwendung heißt stets Einordnung und Loyalität gegenüber der eigenen Familie, der eigenen

Schule, den eigenen Freunden und nicht zuletzt auch gegenüber der politischen Führung. Gleichgültig was der einzelne innerlich fühlt - in jedem Fall hat er seine Loyalität zu bezeugen und sich einzuordnen. Widerstände - selbst im Sinne einer loyalen Opposition - gelten als Verletzung gesellschaftlicher Grundnormen. Es gibt keine loyale Opposition und nicht einmal kritische Solidarität, sondern nur loyale Einordnung.

Als dritte Eigenart schälte sich die Sehnsucht nach klaren und eindeutigen Führungsverhältnissen heraus. Gestellt wurden Fragen wie z.B. "Ein Gruppenführer gerät bei der Wanderung auf einen langen Umweg, obwohl es, wie du weißt, eine Abkürzung gäbe. Würdest du dich sofort an ihn wenden und ihn aufklären oder einfach stillschweigend in der Gruppe mitziehen?" Und weiter: "Braucht eine Basketballmannschaft einen Spielführer - und warum?"

In entwaffnender Weise wurden solche Fragen zugunsten unzweideutiger Führungskonstellationen beantwortet: "Der Leiter führt und die Gruppe paßt sich an." Kreatives Chaos - undenkbar! Allerdings muß der Führer in seinem Verhalten vorbildlich sein und Finger-spitzengefühl gegenüber der Gruppe besitzen. Ein Vater, ein Lehrer, ein politischer Führer, der sich in diesem Sinne "richtig", d.h. sowohl rollengemäß als auch gruppenempathisch benimmt, hat in aller Regel "recht" und damit einen Anspruch auf Anerkennung seiner Autorität! Hier kamen ganz deutlich die alten konfuzianischen Tugenden des "achtungsvollen Gehorsams" (xiao) und der Loyalität wieder voll zum Durchbruch, die in der konkreten politischen Situation der 60er Jahre noch auf zwei Personen hinkanalisiert waren, nämlich auf Sun Yixian und Jiang Jieshi. Bejahung von Führungspersonen und von Autorität, Hinnahmehbereitschaft, Gruppenorientierung und Personalisierung bei gleichzeitigem Desinteresse für politische Prozesse stellten sich als nach wie vor typisch für die politische Kultur heraus.

Geringfügige Unterschiede zeigten sich allerdings zwischen den Antworten von Mittel- und Hochschülern. Beide bejahten zwar die oben beschriebenen Grundverhaltensmuster, doch ergaben sich hierbei Abstufungen: Während sich die Mittelschüler

altruistischer in ihren Einstellungen zeigten und in Grundsatzfragen notfalls auch kompromißloser reagierten, erwiesen sich die Hochschüler in ihrem Antwortverhalten wesentlich selbstbezogener und als dermaßen angepaßt, daß Appleton²⁵ von "schweigenden Studenten" (silent students) sprach, die in ihrer Mehrheit die Lebensregeln ihrer Eltern billigten, nämlich "Geld zu verdienen, mehr zu schlafen und weniger zu reden".²⁶ Sie seien konservativ, unpolitisch, sicherheitsorientiert und schweigsam.

Ist dies der geeignete Humus für Demokratie?

Wie Parallelerfahrungen vom Festland zeigen, sind Träger der Volksherrschaft nach chinesischem Allgemeinverständnis nicht, wie im Westen, Einzelpersonen, sondern stets Kleingruppen und Danweis, d.h. Grundeinheiten wie Betriebe, Dörfer oder Nachbarschaften; ferner geht es bei den Demokratisierungserwartungen, die als solche ganz zweifellos vorhanden sind, weniger um Partizipation von unten - so wichtig diese auch sein mag -, als vielmehr um die Abwehr allzu willkürlicher Herrschaftsausübung von oben. Die Zähmung despotischer und korrupter Funktionäre steht m.a.W. im Vordergrund, wenn chinesische Intellektuelle nach "Demokratie" verlangen. Forderungen nach Partizipation im individualistischen westlichen Sinne, wie sie in der Volksrepublik China später vom Dissidenten Fang Lizhi erhoben wurden, tauchten zwar von Zeit zu Zeit auch in Taiwan immer wieder auf, doch vermitteln sie immer nur Teilaspekte aus einer viel breiter angelegten Vorstellungslandschaft.

Der in diesem Klima gedeihende Konformismus macht es auch erklärlich, warum die Öffentlichkeit in Taiwan beispielsweise die offizielle Wiedervereinigungsformel noch jahrelang nachbetete, obwohl längst niemand mehr daran glaubte, und warum jedermann die offizielle Litanei des Gemeinwohls herunterzubeten pflegte, obwohl im Alltagsleben Egoismus angesagt war. Die Diskrepanz zwischen Lippenbekenntnissen und innerer Einstellung zeigte sich u.a. auch darin, daß in den 60er Jahren weniger als ein Drittel der Studenten, die zum Studium ins Ausland gingen, wieder in die Heimat zurückkehrten - allen Guangfu und Sanminzhuyi-Beteuerungen zum Trotz!

4.1.3.

Die Kulturerneuerungsbewegung

Im August 1966 hatte auf dem Festland die "Große Proletarische Kulturrevolution" begonnen, mit der Mao Zedong im Angesicht des Todes noch einmal die Permanenz seiner Revolution retten wollte, und in der er zum Kampf gegen die "Vier Relikte" (si lao), d.h. gegen alte Kultur, alte Sitten, alte Gewohnheiten und alte Denkweisen aufrief, die durch die "Vier Neuen" (si xin) ersetzt werden sollten.

Als in Taiwan Nachrichten über den Kulturvandalismus der Rotgardisten eintrafen, reifte dort über Nacht der Beschluß heran, Dämme gegen die Flucht aufzurichten und flammende Zeichen zu setzen. Gleichzeitig lieferte die "Kulturrevolution" eine einzigartige Gelegenheit, in den Ruinen der eigenen Ideologie aufzuräumen oder Reparaturen vorzunehmen. Anläßlich des 100.Geburtstags Sun Yixians am 12.November 1966 erklärte die Führung den "12.November" zum "Kulturrenaissancecetag" und inaugurierte außerdem am 28.7.1967 die "Kulturerneuerungsbewegung" (wenhua fuxing yundong), die von nun an fester Bestandteil der regierungsoffiziellen Wiedervereinigungsbemühungen sein sollte.

4.1.3.1.

Zielsetzungen der KEB

Motor der Bewegung sollte das "Komitee für die Förderung der chinesischen Kulturerneuerungsbewegung" (Zhonghua wenhua fuxing yundong tuixing weiyuanhui) sein, an deren Spitze sich Jiang Jieshi höchstpersönlich stellte. Das Komitee arbeitete ein "Zehn-Punkte-Arbeitsprogramm" und ein "Fünf-Punkte-Programm für die kulturelle Kriegsführung gegen die chinesischen Kommunisten" aus.

- Die "Zehn Punkte" umfaßten: (1) die Überarbeitung der bisherigen Schulbücher, (2) die Herausgabe und Neukommentierung literarischer und philosophischer Klassiker der chinesischen Tradition, (3) eine Kampagne zur Schaffung neuer Werke der Kunst und Literatur im Geiste der Moral, der Demokratie und der Wissenschaft, (4) den Bau von Theatern, Musikhallen und Museen sowie von Sportstätten, (5) die verstärkte Einbeziehung der Massenmedien in die KEB, (6) die Wiederbelebung der "Bewegung Neues Leben" vom Jahr 1934, (7) die markan-

tere Hervorhebung nationaler Eigenarten im Dienste der Tourismusindustrie, (8) die Förderung der chinesischen Kultur auch unter Auslandschinesen, (9) die Unterstützung ausländischer Forschungsarbeit im Bereich der chinesischen Kultur und (10) die Förderung von Stiftungen aus privaten Quellen für kulturelle und erzieherische Einrichtungen.

- Die "Fünf Punkte" der "kulturellen Kriegsführung" riefen dazu auf, (1) Maos "Große Proletarische Kulturrevolution" durch die "Drei Volksprinzipien" (Sanminzhuyi) zu unterlaufen, (2) die Bevölkerung des Festlands über die KEB auf Taiwan zu informieren, (3) alle antimaoistischen und antikommunistischen Kräfte auf dem Festland zum Widerstand zu ermutigen, (4) die Zerstörung der chinesischen Kultur und die Verfolgung der Intellektuellen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen und (5) die Untaten der "Gongfei", d.h. der Kommunisten, überall publik zu machen.²⁷

Das am 10.11.1967 in Taipei eröffnete Komiteebüro der KEB bestand aus vier Abteilungen, nämlich für "Kulturerneuerung", "Literatur", "Rundfunk- und Fernseharbeit" sowie "Filmwesen". Es arbeitete nach dem Motto, daß die KEB die "Antwort der RCh auf die Versuche der Maoisten und Rotgardisten" sein sollte, "die traditionelle chinesische Lebensart auszulöschen".²⁸ Die KEB zog sich aufs betriebsamste über 14 Jahre lang, von 1966 bis 1979, hin und brachte eine Unmenge von Verlautbarungen, Kongressen, Ausstellungen und Parolen hervor.²⁹ Nur eine Bewegung, hinter der eine Staatspartei und der Gesamtstaat mit all seinen organisatorischen und finanziellen Mitteln stand, konnte einen dermaßen langen Atem entfalten!

Immer auch wurde allzu dick aufgetragen - von raffinierter Beiläufigkeit der "Botschafts"-Übermittlung keine Rede!

Auskunft über die KEB sollte eine regierungsamtliche Broschüre geben, die den Titel "Eine Sammlung von Abhandlungen über die chinesische KEB" (Zhonghua wenhua fuxing yundong lunwenji) trug³⁰ und vor allem für Auslandschinesen gedacht war. Der Leser dieses Hefts wird mit Zitaten aus Werken des Konfuzius, des Menzius und anderer Klassiker des Altertums gera-

dezu bombardiert und kann sich des Eindrucks nicht erwehren, in ein Paradies des Konfuzianismus versetzt worden zu sein.

Trotz ihrer restaurativen Zielsetzungen war die KEB durchaus dazu angetan, die Herzen aller Patrioten, vor allem die der Auslandschinesen, zu gewinnen. Was hier thematisiert wurde, war wieder einmal die "5000jährige" kulturelle Vergangenheit des eigenen Volkes, die Stolz und Liebe zur Tradition erwecken sollte. Ganz in diesem Sinne definierte Jiang Jieshi die "chinesische Kultur" als jenen Gesamtbestand von Traditionen, der sich zwischen den Regierungszeiten der Urkaiser Yao, Shun, Yu und den Lebenszeiten des Konfuzius und Menzius entwickelt habe. Nach dem Tode des Meng Zi sei diese Kette für über 2000 Jahre unterbrochen und erst von Sun Yixian in Form der Sanminzhuyi wiederaufgenommen worden.³¹

Die KEB sollte sich aber nicht nur an die Inselbevölkerung und an die Auslandschinesen, sondern auch an die Landsleute auf dem Festland, vor allem an die dortigen Intellektuellen richten, die im Zeichen der Kulturrevolution wieder einmal unter Beschuß geraten waren und auf deren Sympathien die GMD-Führung im Falle einer "Rückkehr" deshalb besonders setzen zu können glaubte.³²

Diesseits und jenseits der Taiwanstraße gab es nun also zwei "Bewegungen", die beide den Begriff "Kultur" auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Trotz der diametral verschiedenen Zielsetzungen ließen sich bei näherem Hinsehen durchaus Gemeinsamkeiten feststellen:

- Sowohl die GPKR als auch die KEB nannten sich zwar "Bewegungen", waren aber in Wirklichkeit keine Angelegenheit der "Massen", sondern vielmehr von oben her gesteuert.

- Auch die Träger der "Bewegungen" gehörten in beiden Fällen weitgehend denselben sozialen Gruppen an, nämlich den jeweiligen Streitkräften. Auf dem Festland setzte sich nach einer kurzen Rotgardistenphase die "Volksbefreiungsarmee" durch, die unter Lin Biaos Führung zu einem "Modell für die gesamte Bevölkerung" erklärt wurde, und die zunächst indirekt, d.h. über die Rotgardisten, später aber direkt in das Geschehen eingriff.³³

In Taiwan war es ebenfalls das Verteidigungsministerium, das die Erklärung herausgab, daß die nationalchinesischen Streitkräfte als Vorhut der KEB dienen sollten.³⁴

Letztlich freilich stand sowohl auf dem Festland wie auch in Taiwan die Staatspartei - hier KPCh, dort GMD - als graue Eminenz im Hintergrund.

- Hier wie dort auch waren nahezu die gleichen Hauptadressaten angesprochen, nämlich die Studenten und die Lehrer, die im liberaleren Taiwan noch ergänzt wurden durch die literarischen Verbände und durch die Vereinigung der Auslandschinesen.

- Gemeinsam war beiden Bewegungen auch das Ziel, die - jeweils verschieden interpretierte - "Kultur" als Vehikel für ideologische Ziele einzuspannen, sei es nun für die Neubelebung der "permanenten Revolution", sei es für die Umgestaltung Taiwans zu einer für das ganze China attraktiven Musterprovinz.

- Auffällig schließlich auch die Ähnlichkeit bestimmter Einzelphänomene: Beide Führungen versuchten z.B., ihren überalterten Personalapparat im Zuge der Bewegung zu verjüngen. Wer konnte ferner übersehen, daß die damals gerade erschienenen "Ausgewählten Worte des Präsidenten Jiang Jieshi" eine Parallele zum Weltbestseller der "Worte des Vorsitzenden Mao Zedong" abgeben sollten!?

Neben solchen Gemeinsamkeiten freilich waren auch die Unterschiede kaum zu übersehen:

- So sollte die GPKR der gesamten alten Kultur den Todesstoß versetzen, während die KEB gerade umgekehrt als Motor für die Neubelebung eben dieser Traditionen gedacht war.

- Zerschlagen werden sollte im Interesse einer Renaissance der Mao-Ideologie auch der gesamte alte Partei- und Regierungsapparat, während die KEB auf Taiwan der Erneuerung des Bündnisses zwischen GMD und Regierungsapparat dienen sollte.

- Nicht zuletzt aber zwang die GPKR jedermann, zumindest aber jeden Intellektuellen zur Parteinahme, während die KEB sich weitgehend ohne Zwang vollzog.

4.1.3.2.

Auswirkungen der KEB

4.1.3.2.1.

Beschwörung der "5000jährigen Tradition"

Die KEB ließ einige Tendenzen stärker hervortreten, die in der Kulturpolitik Taiwans lange vor 1966/67 bereits als Spurenelemente vorhanden gewesen waren, die sich aber erst jetzt voll entfalten konnten.

So zeigte sich beispielsweise verstärkt die Neigung, traditionelle chinesische Tugenden wie museale Versatzstücke zu behandeln. Bezeichnend für die hier häufig zutage tretende Katalogisierungswut waren z.B. die Schriften Zhang Qiyuns, des ehemaligen Kulturministers der RCh, der zahlreiche Geschichtswerke verfaßt hatte und im übrigen auch zum engsten Vertrautenkreis um Jiang Jieshi gehörte. Zhang präsentiert in einer seiner damals erschienenen Schriften ein ganzes Arsenal von Tugenden, die er als "Bollwerk gegen den Kommunismus" empfiehlt,³⁵ nämlich

- "Neun Nationale Tugenden": "Menschlichkeit" in Form von "Gemeinschaftsförmigkeit" (ren), "Gerechtigkeit" (yi), "Anstand" (li), "Vertrauen" (yin), "Ehrlichkeit" (zheng), "Treue" (zhongshu), "Rechte Mitte" (zhongyong), "Revolution" (geming) und "Große Einheit" (datong);

- Die "Acht Grundsätze des politischen Programms", die der "Großen Lehre" (daxue) des Konfuzius nachempfunden sind;

- Die "Fünf Grundsätze des nationalen Geistes", nämlich Sun Yixians "Drei Volkslehren", Jiang Jieshis Ergänzungsschrift über "Nationalismus, Demokratie und Lebensunterhalt des Volkes" sowie Fünf-Gewalten-Verfassung;

- Die "Vier konfuzianischen Grundtugenden", nämlich "Anstand" (li), "Gerechtigkeit" (yi), "Gewissenhaftigkeit" (lian) und "Schamgefühl" (zhi);

- "Drei Zentrale Ideen", nämlich die "Einheit von Geist und Materie" (xiwu heyi), die "Einheit von Wissen und Handeln" (zhi xing heyi) und die "Einheit von Himmel und Mensch" (tianren heyi).

Zwar gibt es zu jedem dieser Begriffe eine in ihrer Fülle schon fast erdrückende Kommentarliteratur. Man fragt sich jedoch, was ein Durchschnittsbürger oder -schüler mit all diesen traditionsbeladenen Begriffen in den 60er Jahren des 20.Jhdts. noch anfangen sollte.

Zweifel dieser Art mögen auch die Führung selbst beschlichen haben; ergänzte sie doch, wie oben erwähnt, die KEB durch eine Wiederbelebung der Bewegung "Neues Leben" (xin sheng-huo) von 1934. Schon die damalige "Yundong" hatte ja der Versittlichung des Volkes durch Wiederbelebung des Konfuzianismus und gleichzeitig als Schutzimpfung gegen kommunistische Einflüsse dienen sollen. U.a. waren damals ganze Kataloge von Anstandsregeln erlassen worden, wie sie heute übrigens noch in Singapur zu Hause sind: früh aufstehen, früh schlafengehen, häufig die Hände waschen, Ungeziefer bekämpfen, die Straßen sauber halten, nicht lärmern, sein Temperament zügeln u.dgl.³⁶ Ganz auf dieser Linie verkündete Jiang Jieshi höchstpersönlich am 15.April 1968 unter dem Titel "Leben und menschliche Beziehungen" (shenghuo yu lunli) Regeln für Grundschüler und unter dem Motto "Bürger und Tugenden" (gongmin yu daode) Regeln für Mittelschüler.³⁷ Am 30.April schließlich erließ das KEB-Komitee "Regeln für die Förderung staatsbürgerlichen Wissens".³⁸ Moral und Tugenden waren also erneut kräftig im Gespräch.

4.1.3.2.2.

Neuaufgabe traditionsschwerer Literatur

1967/68 veröffentlichte die Nationale Zentralbibliothek Reproduktionen von rd. einer halben Million Bände seltener chinesischer Bücher, Bildrollen und Manuskripte, u.a. auch Repliken der zur Zeit der "Fünf Dynastien" (907-980 n.Chr.) gedruckten Tarani-Sutra, die 1929 bei Hangzhou aufgefunden worden war.

4.1.3.2.3.

Warnender Zeigefinger gegen die Schriftzeichenvereinfachung

Die KEB erteilte überdies allen Plädoyers, die altehrwürdigen chinesischen Schriftzeichen zu vereinfachen und sie damit erlernbarer zu machen, einen energischen Verweis. Hatte schon die von den Kommunisten Anfang der 50er Jahre im Rahmen der

festländischen Schriftreform durchgeführte Zeichenvereinfachung den Widerwillen konservativer Kreise, vor allem auf Taiwan, erweckt, so ging die KEB noch einen Schritt weiter, indem sie forderte, daß die Beibehaltung der alten Schriftform geradezu als konsistierendes Merkmal der Wiederbelebung von Traditionen zu postulieren sei. Niemals sollte das altehrwürdige Schreibsystem zur Spielwiese für Neuerer werden dürfen! Vor allem in den Schulen wurde jeder Form von Kurzzeichen der Kampf angesagt. Daß eine Schriftzeichenvereinfachung freilich durchaus zweckmäßig sein kann und der Tradition keineswegs Schaden zufügen muß, hat das hier ganz und gar unverdächtige Japan bewiesen.

4.1.3.2.4.

Neufassung von Lehrbüchern

Schon vor Beginn der KEB waren die Lehrbücher mit Texten aus der Tradition bis zum Rande angefüllt gewesen. Nimmt man ein Werk wie das damalige amtliche "Literaturlesebuch für Obere Mittelschulen" (Gaozhong guowen quan yiben)³⁹ zur Hand, so fällt sogleich die Traditionslastigkeit der ausgewählten Stücke ins Auge, die übrigens noch dazu bis zu einem guten Drittel auswendig zu lernen waren (zu diesem Zweck waren die betreffenden Texte am Kopf mit einem Doppelring markiert!).

Hier noch weiteren traditionellen Lesestoff hinzuzufügen, hieß geradezu Eulen nach Athen tragen, zumal sich in Lesebüchern dieser Art so gut wie nie Texte aus den 20er oder 30er Jahren befanden, aus einer Zeit also, in der das chinesische Schrifttum Anschluß an die damalige Weltliteratur gefunden und überdies brennende soziale Themen aufgegriffen hatte. So tauchte in den neugefaßten Lehrbüchern z.B. kein einziger Text aus dem Umfeld der 4.Mai-Bewegung von 1919 auf, obwohl einige der damaligen Autoren zu dieser Zeit in Taiwan durchaus hohes Ansehen genossen, ja Mitglieder der Academia Sinica waren, wie z.B. Hu Shi. Streng verboten waren überdies Autoren, die aus literarischer Sicht eigentlich als führende Repräsentanten der chinesischen Literatur des 20.Jhdts. hätten gelten müssen, wie Lu Xun, Mao Dun oder Ba Jin. Diese Schriftsteller hatten in der damaligen Zeit konventionellen Themen den Rücken gekehrt und entweder "Nestbeschmutzung" betrieben (man denke

an Lu Xuns "Ah Q"-Erzählung), sich kritisch mit der konfuzianischen Tradition auseinandergesetzt (Ba Jins "Familie") oder soziale Probleme aufs Korn genommen (Mao Duns "Mitternacht in Shanghai").

Vor solchen Darstellungen sollten die Studenten Taiwans bewahrt bleiben. Vor allem wurden sie davon abgehalten, sich kritisch mit dem Marxismus oder gar seiner Sonderform, dem Maoismus, auseinanderzusetzen. Alles was sie davon kennenlernten, war sorgfältig formulierte Gegenpropaganda, wie ja überhaupt die Kenntnis der Vorgänge auf dem Festland in der breiten Öffentlichkeit mehr als bescheiden war. Wandte man sich etwa an einen jungen Juristen mit der Frage über den Rechtscodex der Qing-Dynastie, so kamen die Antworten wie aus der Pistole geschossen. Wollte man dagegen Einzelheiten über die zeitgenössische Rechtswelt auf dem Festland erfahren, so löste man höchstens Achselzucken aus. Wenn, um mit Nietzsche zu sprechen, der Lehrer nur dort fruchtbaren Boden findet, wo Durst nach Wissen besteht, so wurde mit dem damaligen Literatur- und Geschichtsunterricht auf trockenem Acker gesät.

4.1.3.2.5.

"Neubelebung" traditioneller Architekturformen

Auch die altchinesische Architektur sollte wiederbelebt werden. Dies gelang manchmal in beglückender Weise. Zu welchen Entartungen Versuche dieser Art freilich bisweilen auch führten, wurde deutlich an einem Gebäude wie dem Danjiang-College in Taipei: Das verkröpfte Balkenwerk, das bei den klassischen Bauwerken der Song- und der Ming-Zeit noch jene ausladenden Dächer zu tragen hatte, die für altchinesische Architektur nun einmal typisch sind, wurde dort in Beton (!) nachempfunden. Da das Gebäude aber oben flach abschließt, gab es überhaupt kein Dach zu tragen! Das betonierte "Balkenwerk" wurde trotzdem in Form eines umlaufenden Gesimses in das obere Mauerwerk eingelassen und dekorierte sich dort als bereiteter Ausdruck seiner eigenen Sinn- und Funktionslosigkeit. Man "zitierte" also die Tradition, ohne zur Kenntnis nehmen zu wollen, daß das neue Material Stahlbeton seine eigenen Formgesetze in sich trägt und sich nicht dazu eignet, traditionelle Holzbauten nachzuempfinden.

4.1.3.2.6. Mißverständnis von "Kultur"?

Viele dieser KEB-Entwicklungen legten die Vermutung nahe, daß ihre Initiatoren den Begriff "Kultur" entweder mißverstanden hatten oder ihn vielleicht nur für andere Zwecke, nämlich die Wiedervereinigung, instrumentalisieren wollten.

"Kultur" ist nach chinesischer Auffassung ja nichts Starres, sondern besitzt, wie die wörtliche Übersetzung "Zivilisations-Werdung" (wenhua) erkennen läßt, einen durchaus dynamischen Charakter. Zwar ist es in den Jahrhunderten der Geschichte häufig zum Stillstand der kulturellen Entwicklung gekommen, doch hat es zwischendurch immer wieder höchst schöpferische Erneuerungsperioden gegeben, nicht zuletzt auch in jenem Zeitraum, auf den sich die KEB stets zu berufen pflegte, nämlich in der Ära des Konfuzius und des Menzius.

Mit dem konfuzianischen Erbe kann man auf zweifache Weise umgehen: man preßt es entweder, wie während der KEB zumeist geschehen, in ein Formelschema und stellt es damit in Widerspruch zur Moderne oder man sucht nach einer echten Synthese von Tradition und Neuzeit:

Wo der erstgenannte Weg eingeschlagen und eine überlebte Tradition zum Kriterium für die Beurteilung des Gegenwärtigen erhoben wird, tauchen schnell Unwerturteile über die Moderne auf, die als "nicht gesund" (bu kangjian) oder aber als "geistig verschmutzend" (jingshen wurao) empfunden wird - paradoxerweise wurde die letztere Formulierung ausgerechnet von den Ideologen der KPCh verwendet, die, konservativ wie sie schnell geworden waren, ihren Machtanspruch gegen eine nachdrängende reformerische Generation verteidigen wollten.

Demgegenüber trägt der Konfuzianismus aber durchaus die Keime zur Selbsterneuerung in sich, und zwar in Form des Metakonfuzianismus. Dabei handelt es sich allerdings nicht um die Philosophie der Großen Tradition, die ja spätestens mit dem Untergang des Kaisertums und des Mandarinate i.J. 1911 von der Bühne der Geschichte abgetreten ist, sondern um die im Alltag zurechtgeschliffene konfuzianische Denkart des "kleinen Mannes", die sowohl auf dem Festland als auch in

Taiwan den Ansturm des Marxismus genauso mühelos abgewettert hat wie das westliche Wertesystem.

In dieser Metamorphose hat der Konfuzianismus bewiesen, daß er durchaus nicht zum alten Eisen gehört, sondern ganz im Gegenteil in der Lage ist, den Aufbau einer industriellen - und möglicherweise auch postindustriellen - Gesellschaft voranzubringen. Hongkong, Singapur, Südkorea und nicht zuletzt auch Taiwan sind ein Beispiel für diese Erneuerungsfähigkeit.

4.1.3.2.7.

Die KEB und das Alte Palastmuseum

Im Rahmen der KEB kam auch eine Einrichtung zu Ehren, die auf der Insel eineinhalb Jahrzehnte lang ein Dornröschendasein geführt hatte, nämlich die Kunstsammlung des "Alten Palastmuseums" (Gugong bowuguan), die 1949 vom Festland nach Taiwan überführt worden war.

Das neugebaute Museum, das die Sammlung künftig beherbergen sollte, wurde am 12. November 1965 in Wai-shuangxi, einem nördlichen Vorort von Taipei, seiner Bestimmung übergeben und erhielt aus Anlaß des 100. Geburtstags (chinesische Zählung!) Sun Yixians den Namen "Zhongshan"-Museum, wobei der Nom de guerre des "Landesvaters" gewählt wurde, den sich dieser während seines Exils in Japan zugelegt hatte und der in japanischer Aussprache "Nakayama" lautet.⁴⁰

Die Sammlung besteht aus 243.000 Einzelstücken, wobei Kalligraphien, Gemälde, Jade, Porzellane aus den berühmtesten Öfen Chinas und Bronzen aus der Shang- und Zhou-Zeit den Löwenanteil ausmachen. Rd. 5.000 Jahre Geschichte werden von den Exponaten abgedeckt. Die Stücke stammen, wie der Name schon sagt, hauptsächlich aus den kaiserlichen Sammlungen Beijings. Der dortige Kaiserpalast war bis November 1924 von Exkaiser Pu Yi bewohnt und dann - nach dessen Vertreibung durch den Kriegsherrn Feng Yuxiang - zu einem öffentlichen Museum deklariert worden.

Die Kunstsammlungen des nunmehr "Palastmuseum" genannten Hauses grieten während der 30er Jahre in die Strudel der neueren chinesischen Geschichte hinein und hatten eine Odyssee ohnegleichen durchzumachen: Erste Station auf ihrer langen Reise war

1927 die neue Hauptstadt Nanjing, wohin die Schätze nach Errichtung der "Republik China" überführt wurden. Als die Japaner 1937 China angriffen und in nur wenigen Monaten bis vor die Tore Nanjings gelangten, wurden die Kunstsammlungen ins chinesische Hinterland nach Südwestchina verfrachtet. Ein Teil landete in Anshun (Provinz Guizhou), ein Teil im hintersten Winkel der Provinz Sichuan, wo sie z.T. in der Stadt Luoshan, z.T. am heiligen Emei-Pilgerberg versteckt wurden. Zurück in Nanjing blieb nur ein Restbestand.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren die in Sichuan ausgelagerten Schätze zunächst in die provisorische GMD-Hauptstadt Chongqing und von dort auf dem Yangzi zurück nach Nanjing verschifft worden. Doch auch hier war die Reise noch längst nicht zu Ende. Vielmehr wurden die in Kisten verpackten Schätze gegen Ende des Bürgerkriegs zusammen mit anderen Sammlungen (nämlich Beständen der Zentralbibliothek und des Instituts für Geschichte und Philologie der Academia Sinica) zwischen Dezember 1948 und Februar 1949 auf drei Schiffen nach Taiwan verbracht, wo sie zum größten Teil im Lagerhaus einer Zuckerfabrik in Taizhong eingebunkert wurden. 1956 fanden sie dann einen würdigeren Platz im neuerrichteten Ausstellungsgebäude von Beigou, einem Vorort von Taizhong.

Um die weltberühmte Sammlung einem breiteren Publikum, nicht zuletzt auch den immer zahlreicher nach Taiwan kommenden Touristen zugänglich zu machen, beschloß der Exekutiv Yuan im Herbst 1960, einen repräsentativen Rahmen zu schaffen und ein neues Palastmuseum - diesmal in Taipei - zu eröffnen.⁴¹

Mit seinen ständigen, aber auch seinen wechselnden Ausstellungen hat das Palastmuseum seitdem unzählige Besucher aus aller Welt angezogen. Vor allem die Tourismuspropaganda verstand es geschickt, darauf hinzuweisen, daß es nirgends auf der Welt eine vollständigere und qualitativ gehobene Sammlung chinesischer Kunst zu bestaunen gebe als in Taipei. Diese Aussage hat seit 1971 noch eine zusätzliche Note bekommen, insofern nunmehr nämlich kein einziges Stück mehr die Insel verlassen konnte. Muß Taipei doch befürchten, daß Beijing Kunstge-

genstände aus Taiwan, wo immer sie in der Welt auftauchen, augenblicklich beschlagnahmen ließe. Noch 1961 hatte das Palastmuseum Leihgaben nach Washington, New York, Boston, Chicago und San Francisco vergeben. Spätestens seit 1971, als das diplomatische Rennen gegen Beijing verloren ging, sieht sich die Regierung jedoch gezwungen, kein Stück der Palastsammlung mehr ins Ausland gehen zu lassen.

4.1.3.2.8.

KEB und Volksreligion

Der Hang zum Konservativismus, wie er in der KEB so deutlich zum Ausdruck kam, hatte auch liebenswürdige Auswirkungen, die das Leben auf der Insel um so viel angenehmer machen als auf dem Festland. Er begünstigte nämlich u.a. die Fortentwicklung der Volksreligion und ließ auch Volkstheater, Opern und andere Zweige der Tradition, die während der japanischen Besatzungszeit empfindlich gelitten hatten, wieder zu vollem Leben erwachen.

Während auf dem Festland "Kampagnen gegen den Aberglauben", u.a. gegen die Volksreligion, stattfanden, und während im Verlauf der Kulturrevolution vor allem jede Religionsausübung als "revisionistisch" gebrandmarkt und verfolgt wurde, konnte sich auf Taiwan ein farbiges religiöses Leben entfalten; kein Wunder, daß jeder Besucher der Insel, wenn er bisher nur die Volksrepublik gekannt hatte, über die Vitalität der Volksreligion auf Taiwan zugleich erstaunt und entzückt ist, zumal - dem altchinesischen Hang zum Synkretismus und zur religiösen Toleranz folgend - Animismus und Daoismus hier eine wohl einzigartige Mischung eingegangen sind.

Wohl in keiner anderen chinesischen Provinz auch steht der Daoismus so sehr im Mittelpunkt der Volksverehrung wie auf Taiwan. Hier gibt es nicht weniger als 7.353 daoistische Tempel (Stand 1987), allen voran den "nach Süden zeigenden Schrein" (Zhinangong) nahe Taibei, der dem sanften Gott Lü Dongbin geweiht ist.

Daneben gibt es auf Taiwan rd. 300.000 Katholiken, 412.000 Protestanten - von Presbyterianern und Baptisten bis hin zu Methodisten und Lutheranern - sowie 55.000 Muslims. Vor allem die Missionen sind überall kraftvoll vertreten, nicht zuletzt in Schulen und Sozialeinrichtungen.

Die Einwanderer aus der Provinz Guangdong hatten seit Jahrhunderten vor allem daoistische Elemente mitgebracht, die Einwanderer aus Fujian dagegen hauptsächlich ihre heimischen Bodengottheiten. All diese vielfältigen Traditionen wurden in der Art des für China typischen Synkretismus aufs vielfachste miteinander vermengt. Eine besonders wichtige Rolle spielen in Taiwan, das ja von stürmischen Gewässern umgeben ist, die Seegötter - allen voran die Göttin Mazu, die ursprünglich nur eine schlichte lokale Meeresgottheit gewesen, dann aber mit der (daoistischen) Ehefrau des Jadedkaisers zu einer Person verschmolzen worden war und deshalb in den Tempeln Taiwans auch als "Tianshang shengmu" ("Heilige Mutter vom - daoistischen - Himmel") verehrt wird. Ihr sind auf der Insel 330 Tempel geweiht. Am 23.Tag des dritten Mondes, der ihr "Geburtstag" ist, pilgern Zehntausende von Gläubigen zu ihrem Haupttempel in Beigang (Zentraltaiwan). Besonders ausgeprägt ist auf der Insel ferner die Verehrung von Tiergottheiten, vor allem des "Pferdegotts" (Maye) und des "Rindergotts" (Niuye), wie ja überhaupt in der Vergangenheit jedes Objekt augenblicklich Gegenstand religiöser Verehrung geworden war, sobald von ihm eine übernatürliche Kraft auszugehen schien. Dieser allgegenwärtige "Animismus" schlug sich übrigens auch in der Angst vor bösen Geistern nieder, die man dadurch abwehrt, daß man ihnen entweder Opfergaben darbringt oder einen daoistischen Exorzistenpriester gegen sie ins Feld schickt.

Am beeindruckendsten für westliche Ausländer sind die Stätten des Buddhismus, sei es nun der mit Klöstern übersäte "Löwenkopfberg" (shitou-shan) oder aber das Anbetungszeremoniell in den meisten der 3.265 Tempel, die von rd. 6.000 Mönchen (heshang) und Nonnen (nigu) betreut werden. In Zhanghua (Zentraltaiwan) steht die höchste Kultfigur Ostasiens, ein 22 m hohes Buddha-Monument, das zwar nicht unbedingt vom künstlerischen Geschmack, wohl aber von der Frömmigkeit seiner Erbauer und Spender Zeugnis ablegt.

Nicht nur in den Tempeln, sondern auch in jedem Haus steht ein Altar, auf dem die Haushaltsgötter neben den Ahnen der eigenen Familie verehrt werden. Vor dem Hausaltar, dessen Aufbauten meist bis zur Decke hoch-

reichen und mit Bildern, Schriftbändern, Kerzenleuchtern sowie Seelentäfelchen der Ahnen geschmückt sind, steht der "Tisch der Acht Unsterblichen", an dem die taiwanesischen Durchschnittsfamilie das Essen einzunehmen pflegt und auf dem auch die Opfergaben für den "Küchengott" und für die Ahnen aufgestellt werden.

Die Götter in den Tempeln Taiwans sind eine meist grelle Mischung von Gestalten der Volksreligion und des Daoismus, von buddhistischen Bodhisattvas (hier ragt vor allem die Gnadengöttin Guanyin hervor) und mönchischen Asketen (Luoshan) sowie von konfuzianischen Weisen und Lehrern, wobei stets die daoistischen Elemente ein gewisses Übergewicht beanspruchen.

Besonders populär und dementsprechend häufig verehrt werden, wie erwähnt, die Meeresgöttin Mazu (eine daoistische Gottheit), sodann Guanyin, die buddhistische Göttin der Barmherzigkeit, die in Japan als "Kannon" angebetet wird, ferner der Kriegsgott Guan Di, der zugleich auch Patron der Kaufleute ist, und nicht zuletzt Cheng Huang, der "Stadtkaiser", der vor allem als Schutzgott der Gemeinde Vertrauen genießt.

Vertrauen dieser Art wird freilich nicht unkritisch entgegengebracht, sondern muß von den Göttern immer wieder neu eingeworben werden, da der Gläubige sich bei Versagen schnell konkurrierenden Gottheiten zuwendet. Es besteht hier m.a.W. ein striktes Do-ut-des-Verhältnis, also ein Anspruch auf "Wechselseitigkeit", wie er ja für die gesamte konfuzianische Ethik typisch ist. Man lebt, wie Max Weber es ausgedrückt hat, mit seiner Gottheit "auf Zinsfuß" - gerade auch auf Taiwan.

Neben den Hauptgöttern gibt es eine Unzahl von kleineren "Geistern" (shen):

Keine Naturerscheinung, für die nicht ein spezieller, mit Namen anruferbarer Gott vorhanden wäre, seien es nun Himmel, Erde, Sonne, Mond, Sterne, Berge, Wasser, Feuer, Meer, Wind, Regen, Donner oder Blitz.

"Geister" sind aber auch für kleinere Einrichtungen und für Räumlichkeiten zuständig, so z.B. für die Küche, für

das Bett, für die Türschwelle, für die Hausfundamente, für die Reisscheune oder aber den Schweinestall.

Als Götter werden darüber hinaus historische Personen verehrt, seien es nun die großen Gelehrten oder aber die eigenen Ahnen, die entweder auf dem Festland geblieben oder aber als Pioniere nach Taiwan gekommen sind.

Kein Gott, der nicht einer Beamtenhierarchie angehörte. Unter dem Vorsitz des Jadekaisers (Yuhuang shang-di), also der daoistischen Hauptgottheit, gibt es z.B. vier Großabteilungen, nämlich die "Zentralverwaltung", die "Lokalverwaltung", die Armee und das Polizeiwesen.

- Zur "Zentralverwaltung" gehören elf Götterressorts, nämlich für Erziehung, Landwirtschaft, Arbeit, Handel, Medizin, Schifffahrt, Erholung, Teufelsaustreibung, Pestbekämpfung, weibliche Fertigkeiten und Geburtswesen.

- Die "Lokalverwaltung" wiederum zerfällt in zwei Unterabteilungen mit ihren je fünf "Justiz"- und vier "Schutz"-Göttern. Zusätzlich gibt es hier noch zehn Höllen, denen jeweils ein präzise genannter Gott als Oberbeamte vorsteht.

- Die dritte Abteilung umfaßt die himmlischen und höllischen Armeen unter dem Oberkommandierenden Wang Ye, dem wiederum 36 Generale für die himmlischen Armeen, 72 Generale für die Armeen der Hölle und außerdem die Großgarnisonen der fünf Himmelsrichtungen nachgeordnet sind.

- Die vierte Abteilung ist dem Hauptpolizisten Cheng Huang anvertraut. Ihm unterstehen alle "Polizeibeamten", deren Hauptaufgabe es ist, die guten Taten der Menschen aufzuzeichnen und die schlechten zu strafen sowie, zweitens, die "Richter", die vor allem über die Künste und den Krieg wachen.⁴²

Jeder größere Tempel auf Taiwan hat Götterhierarchien dieses Zuschnitts Rechnung zu tragen. Kein Wunder, daß sich der Besucher zumeist mit einer verwirrenden Vielfalt von Statuen und Bildern konfrontiert sieht - und daß auch die Einheimischen hier selten voll durchblicken!

Verwirrend auch das Anbetungszeremoniell, das allerdings bei genauerem Hinsehen aus einfachsten Elementen besteht und dem schlichten Zweck dient, ein Ich-Du-Verhältnis zur Gottheit herzustellen. Das gebräuchlichste Zeremoniell besteht aus folgenden zehn Schritten:

(1) Aufstellen der Opfergaben (Fleisch, Reis, Gemüse, Früchte, Süßigkeiten, Tee und Alkohol) vor dem Götterbildnis. (2) Anzünden der Kerzen: In dem Moment, da das Licht zu brennen beginnt, ist die Gottheit anwesend. (3) Drei Tassen werden eingegossen und der Gottheit angeboten. (4) Verbrennen von Weihrauch - ein Geruchsoffer. (5) Anbieten von Alkohol: zumeist 3, manchmal aber auch 7, 9 oder 11 Gläser. "Falls du keinen Wein anbietest, gibt dir der Gott auch keine Antwort", heißt ein taiwanesisches Sprichwort. (6) Nun beginnt das Befragungszeremoniell mit den beiden rotlackierten halbmondförmigen "heiligen Hölzern", die etwa Bananengröße haben und auf der einen Seite flach, auf der anderen aber gewölbt sind. Der Gläubige wirft die Blöcke auf den Boden: landen sie beide mit der gewölbten Seite nach oben, so zeigt dies an, daß die Gottheit ärgerlich ist. Man wiederholt den Versuch so lange, bis die zwei flachen Seiten nach oben zu liegen kommen - nun "lacht" die Gottheit - ein Zeichen dafür, daß sie die Opfergabe annimmt und zu Auskünften bereit ist. (7) Erneut wird Alkohol angeboten. (8) Nun beginnt das Frage- und Antwortspiel. Der Gläubige stellt eine Frage ("Bestehe ich die Prüfung?", "Wird mein Kind ein Junge?" etc.) und wirft dann die Blöcke. Zeigen die flachen Seiten nach oben, lautet die Antwort "Ja". Fällt sie verneinend aus, beginnt das Spiel von neuem - eine naive Manipulation des Götterwillens! (9) Nun folgt das Geldopfer: verbrannt wird Göttergeld, das man am Eingang für ein paar Fen erstanden hat. Dafür steht in jedem Tempel ein eigener Ofen zur Verfügung. Anschließend werden in die Glut auch noch Feuerwerkskörper geworfen, deren Knall die Freude des Gläubigen zum Ausdruck bringen, das Ohr der Gottheit erfreuen und gleichzeitig einen eventuell anwesenden Dämon verscheuchen soll. Kein Wunder, daß so mancher ausländische Besucher eine solche Opferstätte am liebsten mit Ohrenschützern betreten möchte. (10) Zum dritten Mal wird der Gottheit Alkohol gereicht. (11) An-

schließend werden noch einmal die heiligen Blöcke geworfen, um herauszufinden, ob der Gott mit dem Zeremoniell zufrieden war. (12) Der Alkohol, der bei den drei Darbietungen kredenzt worden war, wird nun in die Asche des verbrannten Göttergelds gegossen. Die anderen Opfergaben aber werden (13) wieder eingesammelt, mit nach Hause genommen und dort im Kreise der Familie verzehrt.

Die in den Tempeln stets in größeren Mengen anfallende Opferasche wird in rote Beutelchen eingenäht, die als Amulette dienen. Man hängt sie sich um den Hals oder aber auf den Rückspiegel von Taxen, Lkws, Bussen und Privatautos. Die Tempelvereinigungen erzielen mit dem Verkauf dieser Amulette ein bescheidenes Nebeneinkommen.

Wem die einfache - und individuelle - Befragungszeremonie nicht genügt, schaltet gegen Honorar ein Medium ein - einen daoistischen Priester, einen buddhistischen Mönch oder eine Nonne -, das die Kommunikation in professioneller Manier übernimmt.

Um sich der Gunst der Götter besonders zu empfehlen oder aber um ihnen ausnahmsweise auch einmal zu danken, erbringt der Gläubige bisweilen sogar Kleider- oder Schmuckopfer (z.B. durch Umhängen einer Goldbrotsche) für die Gottheit, opfert ihr eine ganze Ziege oder ein Schwein, ja läßt bisweilen stunden- oder tageweise zur Ergötzung der Gottheit eine Lokaloper aufführen, wobei das Theaterzelt meist direkt vor dem Temepleingang aufgerichtet wird.

Die Aufzählung der Zeremonien wäre unvollständig, würden hier nicht auch noch die "Befragungsstäbchen" (qian) erwähnt, mit deren Hilfe man die Gottheit zusätzlich konsultieren (jiu qian) kann. Die neben dem Altar erhältlichen Stäbchen stecken, wie Pfeile im Köcher, in einem Behälter - meist einem Bambusrohr. Der Gläubige schüttelt, nachdem er an den Gott eine bestimmte Frage gestellt hat, das waagrecht zu haltende Rohr so lange, bis eines der Stäbchen herausfällt. Anhand der Nummer, die auf dem Qian angebracht ist, kann er sodann an der Tempelkasse einen entsprechend nummerierten, mit Großlettern bedruckten Zettel (qianshu) erwerben, der in dunklen Andeutungen ein Ja oder vielleicht auch ein Nein auf seine Frage suggeriert.

Unzählige Gläubige, unter ihnen vor allem ältere Menschen, finden in diesen Glaubensformen und Zeremonien Genugtuung und täglichen Trost. Vor allem sind die Tempel und ihre Umgebung ein beliebter Ort der Kommunikation.

Es war ein Verdienst der KEB, daß sie, gewollt oder ungewollt, auch der Volksreligion neue Impulse gegeben hat. Gerade in den 60er Jahren entstanden überall auf der Insel Dutzende von neuen Großtempeln, die zumeist von privaten Spendergemeinschaften finanziert und verschwenderisch ausgestattet wurden. Alle vorschnellen Aussagen, daß "die" Chinesen "im Grunde genommen nicht besonders religiös" seien, wurden durch solche frommen Taten Lügen gestraft.

4.1.4. Renaissance des Erziehungs- und Forschungswesens

China besitzt eine alte pädagogische Tradition, die in kaiserlicher Zeit allerdings nur einem Bruchteil der Bevölkerung zugute kam. Kinder der Elite waren damals in Clanschulen (sog. sishu, wörtl.: "privaten Dorfschulen") mit dem klassischen konfuzianischen Prüfungswissen ausgerüstet und für die Staatsprüfungen vorbereitet worden.

Diese Tradition setzte sich nach Gründung der Republik unter verändertem Vorzeichen fort. Gemäß Art.164 der Verfassung sollen nicht weniger als 15% des Zentralbudgets, 25% der Provinz- und 35% der Kreis/Stadt-Haushalte für Erziehungs- und Kulturausgaben veranschlagt werden. Zusätzlich wurde die Gründung von Privatschulen ausdrücklich erlaubt.

Die hier angelegten Möglichkeiten wurden auf Taiwan voll ausgeschöpft. Zwischen 1950/51 und 1988 konnte die Zahl der Hochschulen beispielsweise von 7 auf 109, die der Mittelschulen von 128 auf 1.063 und die der Grundschulen von 1.231 auf 2.478 erweitert werden.⁴³

Am schnellsten vollzog sich diese Entwicklung in den 60er Jahren. Damals wurden nicht nur zahlreiche Schulen neu gegründet, sondern auch die Modalitäten des Schulbesuchs geändert. Vor allem traten 1968 an die die Stelle der bis dahin (u.a. in Art.160 Verf.) vorgeschriebenen sechs Pflichtschuljahre nunmehr neun Jahre⁴⁴ - eine

Änderung, die sowohl den gestiegenen gesellschaftlichen Anforderungen als auch den erweiterten finanziellen Möglichkeiten der Republik gerecht werden sollte.

Von jetzt an unterschied man auch zwischen vier Stufen (sige jieduan), nämlich der "Vorschulerziehung" (xueqian jiaoyun, 4.-6.Lebensjahr), "Volkschulerziehung" (guomin jiaoyun, 6.-12.), "Mittelschulerziehung" (zhongxue jiaoyun, 12.-18.) und "Hochschulerziehung" (gaoxue jiaoyun, 18.-22.).⁴⁵

Das Schuleintrittsalter lag jetzt bei 6 Jahren. Der allgemeine Ausbildungsstrang folgt(e), wie gesagt, dem 6:3:3:4-Schema, d.h. es waren 6 Jahre Volksschule, 3 Jahre Untere Mittelschule (zhuzhong), 3 Jahre Obere Mittelschule (gaozhong) und 4 Jahre Hochschule zu durchlaufen. Unmittelbar nach der Umstellung der Schulpflicht von 6 auf 9 Jahre mußten die Erst- und Zweitkläbler wegen der anfänglichen Raumnot zwar noch eine Zeitlang in zwei Schichten unterrichtet werden. Mit gewaltigem finanziellen Aufwand gelang es jedoch schon bald, der wachsenden Schülerzahl auf den Fersen zu bleiben und die zusätzlich benötigten Schulräume hinzuzubauen, so daß noch Ende der 60er Jahre rd. 25% der Bevölkerung gleichzeitig die Schule besuchen konnten.

Zum Vergleich: Auf dem Festland dauerte es bis 1985, ehe dort wenigstens in Zone 1, d.h. in den Provinzen entlang der Küste, die 9jährige Grundschulpflicht eingeführt werden konnte. Bis dahin hatte es nirgends Schulzwang gegeben.

Nach den ersten 9 Klassen konnte sich der Schüler nun entweder für den Hauptschulabschluß, für eine weiterführende 5jährige Berufsausbildung oder aber für den Eintritt in die "Obere Mittelschule" entscheiden.

Im Laufe der Jahre pendelte sich die Zahl der Hochschüler auf etwa ein Sechstel der Grundschüler ein.

Dem hierarchischen konfuzianischen Denken entsprechend sahen sich die Hochschulen zwar nicht offiziell, wohl aber informell schon bald in eine Rangstufe - von der "besten" bis hinunter zur "schlechtesten" - eingeordnet, an deren Spitze bereits in den 60er Jahren eindeutig die Nationale Tai-

wan-Universität, die "Taida", gerückt war, die zugleich auch den Ruf besaß, älteste Hochschule auf der Insel zu sein. Zu Ansehen brachten es auch einige Technische Hochschulen, wie z.B. die Nationale Qinghua-Universität in Xinzhu, die u.a. Kurse in Nuklearwissenschaft anbot,⁴⁶ sowie die Nationale Jiaotong ("Verkehrs"-)Universität, die ebenfalls in Xinzhu liegt und sich schon früh auf Elektronik zu spezialisieren begann.

Wie ehemals auf dem Festland förderte die Regierung auch auf Taiwan neben den Nationalen Universitäten zusätzliche Hochschulgründungen durch Provinzen, Städte und private Stiftungen. So entstanden z.B. unter der Regie der Provinzregierung Taiwans nach und nach 8 Pädagogische Hochschulen und unter Leitung der Stadtverwaltung Taibei eine Lehrerbildungsanstalt. Private Stiftungen - darunter zahlreiche religiöse Orden - gründeten ebenfalls Universitäten und Hochschulen oder führten auf Taiwan kurzentschlossen jene Lehrtradition fort, die sie vorher auf dem Festland begonnen hatten, die aber durch die sinokommunistische "Anti-Amerika-Pro-Korea-Bewegung" von 1950 endgültig unterbunden worden war. Ein Beispiel hierfür war die vom Steyler Missionsorden SVD (Societas Verbi Divini) betriebene Furen-Universität.

Und die Forschung?

In einer schon während der 60er Jahre zumindest auf politischem und technologischem Gebiet pluralistisch gewordenen Gesellschaft wie Taiwan verteilte sich die Forschung auf verschiedenste Träger, vor allem auf die 1928 gegründete Academia Sinica, die 1949 von Shanghai nach Nangang/Taibei umgezogen war, ferner auf die dem Staatlichen Wissenschaftsrat unterstehenden Institutionen, auf Hochschulen und nicht zuletzt auch auf die verschiedenen staatlichen, militärischen und zivilen Industriebetriebe.

Die Academia Sinica mit ihren im Durchschnitt rd. 120 Mitgliedern, denen über 500 Ordentliche und Außerordentliche Forscher und Assistenten zur Verfügung gestellt wurden, hatte auf Taiwan schon in den 50er Jahren ihre Forschungs- und Beratungstätigkeit wieder aufgenommen und verfügte Mitte der 60er Jahre bereits wieder über 9 Institute, nachdem vorher nur 2

(für Mathematik und Geschichte) vom Festland mit auf die Insel herübergekommen waren. Schon damals stand allerdings aufgrund des Organisationsgesetzes der Academia Sinica (in der Fassung vom 28.12.1954) fest, daß über kurz oder lang weitere 14 Institute errichtet würden.⁴⁷

Die "Akademiker" wurden, wie schon auf dem Festland, in einer alle zwei Jahre stattfindenden Mitgliederversammlung gewählt und waren dazu aufgerufen, ihren Posten ehrenamtlich auf Lebenszeit zu bekleiden.

Der Staatliche Wissenschaftsrat setzte, um die staatlichen Forschungsmittel gezielt zu kanalisieren, schon in den 60er Jahren die ersten Schwerpunktprogramme, die am 1. Januar 1968 mit einem Zuschuß von 300 Mio. US\$ alimentiert wurden.

Es gab auch Sorgen: Auf den ersten Blick paradox mußte es erscheinen, daß ausgerechnet damals, als Taiwan einen einzigartigen Schul- und Hochschulgründungsboom erlebte, besonders viele Studenten zum Studium ins Ausland drängten und von dort nur selten zurückkehrten. Zwischen 1960 und 1967 beispielsweise gab es 84.760 Hochschulabschlüsse. Im gleichen Zeitraum gingen 15.093 Studenten ins Ausland - also nicht weniger als 18%. Zurück kamen im gleichen Zeitraum lediglich 762, also kaum 5% der "Ausreisenden".⁴⁸

So teuer dieser ständige "Brain-Drain" die taiwanische Wirtschaft auch zu stehen kam, so ersparte er der Regierung andererseits doch viele Unannehmlichkeiten, da es gerade die kritischsten Studenten waren, die im Ausland blieben, und da aus diesem Grunde auch die in so vielen Dritt-Welt-Ländern gefürchtete Zeitbombe des "akademischen Proletariats" in Taiwan erst gar nicht zu ticken begann.

20 Jahre später, nämlich in 1987, durchliefen zwar nahezu dreimal so viele Studenten wie 1967 (2.472) ein Auslandsstudium, nämlich 6.599 (6.052 davon allein in den USA), doch war die "Ausfallquote" jetzt nur noch gering, da es einerseits schwierig geworden war, im Studienland auch eine Arbeit zu finden, und da andererseits Taiwan in der Zwischenzeit interessante Arbeits- und Forschungsmöglichkeiten zu bieten hatte.

Trotz der quantitativen Explosion blieb das Erziehungswesen Taiwans in seinen Grundzügen unverändert, vor allem was drei seiner Haupteigenschaften, nämlich Autoritätsbezogenheit, harten Wettbewerb und auch gewisse Entfremdungseffekte, anbelangt. Nach wie vor mußte beispielsweise viel auswendig gelernt werden, und gleichzeitig blieb die kritische Hinterfragung des Stoffs unerwünscht. Darüber hinaus gehörte, ähnlich wie in Japan und Südkorea, auch in Taiwan rigoroser Wettbewerb immer noch zum Schulalltag. Allenfalls 15% der Schüler schafften die Hochschule, korrigieren), alle anderen blieben auf der Strecke. Aber auch innerhalb der einzelnen Schulstufen gab es keine Gleichheit, sondern, wie bereits erwähnt, hierarchische Abstufungen. Da der Prestigewert der einzelnen Hochschulen ein offenes Geheimnis war, wußte schon in den 60er Jahren jedermann sogleich, wo er einen Studenten der betreffenden Institution jeweils einzuordnen hatte.

1968 war zwar die Eingangsprüfung zur "Unteren Mittelschule" abgeschafft worden, da 6 Jahre Volksschule und 3 Jahre Untere Mittelschule von jetzt an als Pflichtstandard galten, doch minderte dies im ganzen gesehen keineswegs den Wettbewerbsdruck, sondern verlagerte ihn nun lediglich an die Schwelle zur Oberen Mittelschule.

Die starre theoretische Ausrichtung des Unterrichts führte überdies nach wie vor zur Ablehnung körperlicher Arbeit sowie zu sozialer Distanz. Taiwanische Dörfer mußten beispielsweise die betrübliche Erfahrung machen, daß Jugendliche aus ihrer Mitte, wenn sie erst einmal die Hochschule besuchten, schon bald die Bindung an die engere Heimat abstreiften und kaum etwas zur Entwicklung ihrer Herkunftsgemeinden beitrugen.⁴⁹

Hier war m.a.W. ein Versäumnis entstanden, das auch in späteren Jahren nicht mehr korrigiert werden konnte.

4.1.5.

Anfänge der wissenschaftlichen Erforschung des Festlandkommunismus
Erstmals in den frühen 60er Jahren begann auf Taiwan auch eine ernsthafte und im analytischen Gehalt vorzügliche Auseinandersetzung mit dem Marxismus und seiner sinokommunistischen Variante.

Allerdings wurden die Ergebnisse der Öffentlichkeit bis in die 70er Jahre hinein in einem Vokabular unterbreitet, das aus der Instrumentenkammer des klassischen Antikommunismus stammte und deshalb für viele westliche Leser "unverdaulich" war. Noch 1967 hieß beispielsweise das mit verblüffenden Detailinformationen angeereicherte und 1958 Seiten umfassende Handbuch über die festländischen Ereignisse "Feiqing nianbao", wörtl.: "Jahrbuch der räuberischen Angelegenheiten". Mao Zedong, Liu Shaoqi oder Lin Biao wurden in der Formulierung "Mao Feizedong" oder ganz einfach "Mao Fei", "Lin Fei", "Liu Fei", d.h. etwa "Räuber Mao", "Räuber Lin" etc., aufgeführt. Auch die Silbe "sogenannt" (wei) geisterte allenthalben durch die taiwanische Presse, ja sogar durch wissenschaftliche Publikationen, wenn die Rede auf Festlandchina kam und wenn etwa die "sog." Verfassung oder der "sog." Ministerpräsident erwähnt wurde (wei).

Erst Jahre später ging man dazu über, die beiden Silben "Feiqing" in "Feiqing nianbao" und "Feiqing yanjiu" ("Erforschung der räuberischen Angelegenheiten") durch "Zhonggong" ("sino-kommunistisch") zu ersetzen, so z.B. erstmals beim "Jahrbuch" von 1969.

Zahlreiche Institutionen der RCh nahmen sich nun der Festlandsforschung an, sei es das "Institut für moderne Geschichte" der Academia Sinica, das "Institut für die Erforschung von Festlandsproblemen" (das von der 6. Abteilung des ZEK der GMD betrieben wurde) oder aber das "Forschungsbüro für Festlandsangelegenheiten" des Exekutivyuans.

Ganz in den Vordergrund aber spielten sich zwei Institute, von deren Ergebnissen bald auch schon die ausländische Chinaforschung profitieren konnte, nämlich das "Institut für Internationale Beziehungen der Republik China" (ZHMG guoji guanxi yanjiusuo), das am 1. April 1961 gemeinsam von den Ministerien für Erziehung und für Äußeres gegründet wurde, und das seit 1964 bei der staatlichen Zhengzhi-Universität untergebracht ist. Drei für die Chinaforschung wichtige Monatszeitschriften wurden von dem Institut seitdem herausgegeben, nämlich "Wenti yu yanjiu" (wörtl.: "Probleme und Forschungen"), ferner später die in ihrem Namen geänderte Monatszeit-

schrift "Feiqing yuebao" und nicht zuletzt auch das auf englisch monatlich erscheinende Organ "Issues and Studies".

Die zweite wichtige Institution, die seit 1959 mit der Monatszeitschrift "Feiqing yanjiu" (heute "Zhonggong yanjiu", "Sinokommunistische Probleme"), und seit 1968 mit dem bereits erwähnten "Jahrbuch" hervortritt, ist die "Gesellschaft für die Erforschung des Sinokommunismus" (Zhonggong yanjiu she), die von der Geheimdienstabteilung (qingbao ju) des Verteidigungsministeriums betrieben wird und ihren Sitz in Shilin, einem nordwestlichen Vorort Taipeis hat.⁵⁰

Ausländische Benutzer, die sich von der gehässigen Terminologie nicht abschrecken ließen, lernten die Publikationen beider Institute schon bald als wahre Fundgruben schätzen. Sie brauchten nur die Reizschwelle etwas anzuheben, über ein paar Ausdrücke hinwegzulesen und schon hatten sie solideste Informationen zur Hand. Wichtige Dokumente zur Entwicklung auf dem Festland, wie z.B. der Verfassungsentwurf vom 6.9.1970⁵¹ oder aber das berühmte "5-7-1"(wu-qi-yi)-Dokument zum Sturz Lin Biaos (1971) wurden hier erstmals einem staunenden Publikum unterbreitet. Ex post stellte sich regelmäßig heraus, daß die Texte, so unglaublich sie ursprünglich auch anmuteten, durchwegs authentisch waren - ein Beweis dafür, daß die alten Beziehungen zwischen KPCh und GMD auch in Zeiten der Hochspannung immer noch funktionierten, und daß offensichtlich schon damals wieder ein regelmäßiger Materialfluß vom Festland nach Taiwan erfolgte. Zumindest stellt die Fülle und die Auswahl der Dokumente den Geheimdiensten der RCh - und wohl auch ihrer Finanzkraft - ein glänzendes Zeugnis aus.

4.1.6.

Die Entwicklung des Massenkommunikationswesens

Anfang der 60er Jahre begann in Taiwan eine Entwicklung, die traditionellen Unterhaltungsformen wie dem Brettspiel, dem Straßentheater oder der "Beijing-Oper" weitgehend das Wasser abgrub und gewisse Traditionen, wie z.B. das Schattentheater, beinahe auf den Aussterbeetat brachte, nämlich das Fernsehen. Die Stunde des neuen Zeitalters schlug auf der In-

sel am 24. Februar 1962 mit einer zunächst vom Erziehungsministerium auf Experimentierbasis betriebenen Sendestation.

Die öffentliche Hand konnte sich jedoch nicht durchsetzen: Noch im selben Jahr folgte der erste kommerzielle Sender, der "Taishi" (Abkürzung von "Taiwan dianshi gongsi"), der nach außen hin unter der englischen Bezeichnung "Taiwan Television Enterprise, Ltd." (TTV) auftrat, 1969 der "Huashi" ("Zhonghua dianshi tai", engl.: "China Television Co., Ltd.", CTV) und 1971 der "Zhongshi" ("Zhongguo dianshi gongsi", engl.: "Chinese Television System", CTS), die sich alle drei von Anfang an nach amerikanischem Muster mit Werbesendungen finanzierten und aus den USA die Unsitte des Einblendens von Werbespots in laufende Programme hinein übernahmen. Der Zuschauer bekam damals zumeist Uraltkonserven aus US-Beständen, z.T. sogar noch Antikriegspropagandafilme gegen Japan und Deutschland zu sehen.

Es dauerte bis 1983, ehe eine gewisse Selbstbesinnung einsetzte und auch öffentliches Fernsehen zum Zuge kommen konnte. CTS strahlte von jetzt an im Auftrag des Erziehungsministeriums Unterrichtsprogramme in den Morgen- und Abendstunden aus. Seit 1984 wurden die drei Privatsender gezwungen, wöchentlich 15 Stunden öffentliche, also nicht von Werbeträgern finanzierte Produktionen in ihr Programm aufzunehmen - zumeist in- und ausländische Beiträge seriöseren Inhalts. Letztlich ging das Tauziehen freilich wiederum zugunsten des Privatfernsehens aus.

1988 gab es 5 Mio. Fernsehgeräte, d.h. im Durchschnitt besaß jeder Haushalt ein Gerät - zumeist in PAL-Farbe. Die meisten Apparate wurden in Taiwan hergestellt oder zumindest - mit Teilen aus Japan und Südkorea - in Taiwan zusammengesetzt.

Die Regierung ließ den Sendern im allgemeinen freie Hand, veranlaßte sie allerdings, eine Art Selbstzensur zu üben und auf Sex- sowie Gewaltszenen zu verzichten. Da dieser Appell jedoch nicht die erhoffte Wirkung zeigte, erließ das Kulturbüro des Erziehungsministeriums am 3. Januar 1973 ein Verbot gegen Filme, in denen "übertriebene Gewalt" oder "sexuelle Intimitäten"

zutage treten. Das Kulturbüro werde dafür sorgen, daß keine entsprechenden Filme mehr produziert, importiert oder vorgeführt werden.⁵² Spuren von Vorzensur begannen sich hier anzudeuten.

Im übrigen waren gewisse allgemeine Tabus - wie etwa positive Berichterstattung über den Kommunismus oder öffentliche Diskussionen über die politische Verselbständigung Taiwans - ganz selbstverständlich auch Anathemata der televisionären Programmgestaltung. Für die Einhaltung dieser Richtlinien sorgte im übrigen auch der GMD-Apparat, der in sämtlichen Redaktionsstuben seine Zellen unterhielt. Im allgemeinen blieben den Sendeanstalten aber weite Grauzonen vorbehalten, von denen sie geschickt und locker Gebrauch machten.

Trotz seines nicht immer überzeugenden Niveaus sorgte das Fernsehen in Taiwan für eine gewisse "Kosmopolitisation" der Inselbevölkerung: Tag für Tag kamen Bilder über Länder von jenseits der Formosastraße oder des Pazifik ins Haus und vermittelten neue Einsichten und bisher unbekannte Horizonte.

Dadurch trug das Fernsehen zur Änderung zahlreicher Sitten und Gebräuche bei, die noch in den frühen 60er Jahren als ganz selbstverständlich gegolten hatten, die jetzt aber häufig den Geruch des "Baoshou", d.h. des "Altmodisch-Konservativen" annahmen. Zwar suchten die Behörden, allen voran das Kultur- und Erziehungsministerium, dem Hang zur Abwertung der Traditionen entgegenzutreten und vor allem im Rahmen von Kampagnen wie der KEB das chinesische Erbe anzumahnen, doch machte der unerbittliche Medienalltag solche Versuche zumeist wieder fruchtlos. Vor allem Filme amerikanischer Machart lösten in der Öffentlichkeit Wirkungen aus, die den Regierenden durchaus anstößig erschienen: schon Ende der 60er Jahre tauchten beispielsweise die ersten Miniröcke und bei Männern lange Haare auf. Die Regierung versuchte, Erscheinungen dieser Art nicht nur durch Propaganda, sondern z.T. auch durch handfestes polizeiliches Einschreiten zu bekämpfen. Männer mit langen Haaren wurden beispielsweise auf die Polizeistationen mitgenommen und dort zurechtfrisiert sowie mit Geldstrafen belegt.

Nicht zuletzt aber sorgte das Fernsehen dafür, daß die "mandarinäre" Hochsprache, das Guoyu (wörtl.: "Staatssprache") auch auf der bis 1945 ausschließlich vom Japanischen oder von chinesischen Dialekten beherrschten Insel zum unumstrittenen Medium und zum Standard der Beurteilung von Sprachverhalten wurde.

In den Jahren unmittelbar nach 1945 war das Mandarin noch weitgehend auf die Zuwanderer vom Festland beschränkt gewesen. In Taiwan selbst gab es hauptsächlich drei Dialektgruppen, nämlich die Sprecher des Südfujiandialekts, der sog. "Minnanhua", die etwa 75% der Bevölkerung ausmachten, weshalb ihr Idiom auch "Taiwanhua" ("Taiwanesisch") heißt, ferner die Zuwanderer aus der Provinz Guangdong, die sich zumeist des "Kejia" ("Hakka")-Dialekts bedienten (13%), und schließlich, drittens, die malayo-polyneisischen "Shandiren", die etwa 2% der Bevölkerung stellten.

Drei gesellschaftliche Gruppen waren von Anfang an auf das Mandarin verpflichtet worden, nämlich Schulbesucher, Soldaten und Regierungsangestellte. Die weitere Zunahme der Hochsprache auf Kosten der Dialekte sollte, wie sich schon bald herausstellte, eine Generationenfrage sein. Je mehr Jugendliche die Schulen verließen und je mehr Angehörige der alten Generation das Zeitliche segneten, um so stärker kam es zu einer "daluhua" ("Festlandisierung"), und desto mehr vermischten sich auch die ursprünglich so auffälligen kommunikativen Unterschiede zwischen "Einheimischen" und "Zuwanderern", die es zwar schriftlich nie gegeben hatte, da sowohl Hochsprache als auch Dialekte mit den gleichen Ideogrammen geschrieben werden, die aber im mündlichen Umgang so sperrig wirkten, daß selbst in rudimentären Gesprächssituationen Verständigung oft kaum möglich war. Hinzu kam, daß ja auch die meisten Spitzenvertreter aus Politik und Wirtschaft zumeist aus dem Yangzi-Einzugsbereich, d.h. aus Jiangsu und Shanghai, stammten und sich ebenfalls eines nicht gerade orthodoxen Mandarin befleißigten. Ein Student sagte damals zum Autor dieser Zeilen, daß er Jiang Jieshi zwar bewundere, ihn aber kaum verstehe. Immer dann auch, wenn der Präsident gerade wieder seine Neujahrsrede oder seine Ansprache zum Doppelzehnten gehalten hatte, gab es am nächsten Tag belustigte und zungenbrecherische Nachsprechversuche.

Trotz all dieser Hindernisse hatte sich bereits Mitte der 60er Jahre auf Taiwan das Mandarin als lingua franca durchgesetzt, und zwar vor allem via Radio, Film und Fernsehen.

Um mehr Zuschauer anzulocken, ging CTS, also das dritte Fernsehprogramm, Anfang der 70er Jahre dazu über, Fernsehserien und Programme auf taiwanesisch auszustrahlen. Die Rechnung schien zunächst aufzugehen, so daß auch die beiden älteren Kanäle nachzogen und einige Dialektsendungen dazwischenschalteten. Sogar Filme in der Taiwan-Sprache kamen auf den Markt.

Doch schon Anfang der 80er Jahre sollte sich zeigen, daß die Zukunft von Film und Fernsehen der Hochsprache gehörte. Zu dieser bitteren Einsicht mußten vor allem die Produzenten von Dialekt-Spielfilmen kommen. Während die drei großen Filmstudios, die der Hochsprache von Anfang an Vorrang eingeräumt hatten, mit Gewinn arbeiteten, weil ihre Filme - und übrigens auch TV-Produktionen - über die eigenen Landesgrenzen hinaus, d.h. vor allem unter den Huaqiao (Auslandschinesen) absetzbar waren, mußten die bodenständigen Filmer das Handtuch werfen.

Lediglich im Rundfunkbereich überlebten die Dialekte, ja konnten sogar stellenweise noch höhere Anteile hinzugewinnen; entwickelte sich doch auf Taiwan eine Vielfalt von Sendeanstalten, wie es in diesem Ausmaß weltweit wohl einzigartig war. Bis 1988 gab es beispielsweise nicht weniger als 188 Stationen. Jeder Kreis und jede Stadt verfügte über mehrere Rundfunkanstalten, die, sieht man einmal von der 1928 in Nanjing gegründeten staatlichen "Chinesischen Funkanstalt" (Zhongguo guangbo gongsi) ab, durchwegs kommerziell ausgerichtet waren und daher bestrebt sein mußten, einen möglichst weiten Hörerkreis zu erreichen, also auch die Dialekte zu bedienen. Selbst die staatliche "Voice of Free China", die eine ähnliche Auslandsmission übernahm wie beispielsweise die "Deutsche Welle", sendete von Anfang an in vier Dialekten (Cantonesisch, Zhaozhou, Hakka und Hokkien = Fujianhua, "Fukiensisches"), daneben aber auch in zehn Fremdsprachen, u.a. in Englisch und Deutsch.

Anfang der 60er Jahre kamen einige Filme heraus, die die traditionelle "Huangmeidiao"-Machart aufwiesen, in

Mandarin gehalten waren und so populär wurden, daß einige Besucher bestimmte Streifen bis zu drei Dutzend Mal anschauten, so z.B. den damaligen Hauptkassenschlager "Liang Shanbo und Zhu Yingtai", das Epos der Liebe zwischen einem frischgebackenen Xiucai ("Blühenden Talent"), also einem Examensabsolventen der ersten Stufe, und einer Hofdame, das im Anklang an die traditionelle Opernkultur gestaltet, gleichzeitig aber auch auf musicalhaft-süßliche Art verziert und mit anrührenden Melodien unterlegt war.

Filme dieses Genres sollten in den nachfolgenden Jahren zu Hunderten erscheinen und zur Verfestigung der Hochsprache auch unter Bevölkerungsteilen beitragen, die bis dahin nur im Dialekt gelebt hatten.

Andererseits dauerte es noch bis in die späten 80er Jahre, ehe sich in Taiwan auch Formen von "Telekratie" herausentwickelten. In den 60er und 70er Jahren bediente sich die Führung zwar durchaus schon des neuen Mediums, so z.B. Jiang Jieshi, der einige seiner Ansprachen auch über Bildschirm hielt. Doch wäre es ihm nie eingefallen, das Fernsehen als integrierenden Bestandteil seiner Politik zu begreifen. Erst in den 80er Jahren, als es mit den Wahlen auch auf zentraler Ebene ernst wurde, begannen die Politiker umzulernen.

Auch auf dem Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt entfaltete Taiwan, wie später noch auszuführen, beträchtliche Vitalität. Außerdem gab es schon in den 50er und 60er Jahren eine wahre Bücherflut: Hier wirkte die alte literarische Tradition Chinas nach, die auch durch 50 Jahre japanischer Vormundschaft nie erloschen war. Ganz im Gegensatz zu zahlreichen anderen asiatischen Ländern, wie z.B. Indonesien, wo man selbst in der Hauptstadt Jakarta nur wenige - und mangelhaft sortierte - Buchläden antrifft, platzten die Buchhandlungen in Taiwan schon bald aus allen Nähten. In einem Jahr wie 1987 wurden z.B. 10.700 Buchtitel von 2.958 Verlegern in einer Gesamtauflage von 38 Mrd. Exemplaren herausgebracht - und dies bei einer Einwohnerzahl von damals nicht einmal 20 Millionen.

Allerdings trat dabei auch eine Gewohnheit zutage, die sich vor allem für ausländische Firmen unangenehm auswirkte, die aber vom taiwanesischen

Durchschnittsverleger mit größter Selbstverständlichkeit geübt wurde, nämlich das Abkopieren von Büchern (schönfärberisch "fanyinshu", "Nachdruckbücher" genannt), von Schallplatten und Kassetten.

Hartnäckig entzog sich die RCh schon damals dem Welturheberrechtsabkommen⁵³ und öffnete damit die Schleusen für eine wahre Flut von Raubkopien. Vor allem angloamerikanische Verlage bekamen die Billigkonkurrenz schon bald zu spüren und zwar nicht nur bei chinabezogenen Standardwerken, sondern auch auf dem Gebiet der naturwissenschaftlichen Literatur und auf dem hartumkämpften Markt der Nachschlagewerke. Zu Schleuderpreisen erschien in Taiwan beispielsweise die Encyclopedia Britannica. Offiziell war es zwar streng verboten, solche Raubkopien außer Landes zu schaffen. Wer freilich in Taibei oder in Gaoxiong nicht gerade aufs Hauptpostamt ging, sondern den Umweg über Nebenpostämter wählte, hatte freie Bahn. Ironischerweise wurden die Preise der authentischen Bücher stets auf den Umschlägen mitabgedruckt, um zu demonstrieren, wie billig die Kopie doch sei! Andererseits waren die Herausgeber klug genug, sich nicht die Finger zu verbrennen. Das Standardwerk der beiden Harvard-Professoren John K. Fairbank und Edwin Reischauer mit dem Titel "China, Tradition und Transformation" endete in der Taiwan-Ausgabe beispielsweise auf Seite 472. Kapitel wie "The Rise of Chinese Communists" und "The Rise and Decline of Nationalist China" wurden weggelassen.

Was bei Büchern und Schallplatten begonnen hatte, setzte sich während der späten 60er und der 70er Jahre auch bei anderen Warenkategorien fort, seien es nun Markenuhren, Sporthemden, Lederutensilien, Kosmetika oder Pharmazeutika. Taiwan wurde neben anderen "Sündern" wie Hongkong, Indien, Südkorea und Thailand zu einem Paradies der illegalen Aneignung fremder Erfindungsleistungen.

Erst Anfang der 80er Jahre traf Taiwan einige Gegenmaßnahmen, um vor allem amerikanische Unternehmen zu beruhigen.

4.1.7.

Die harten Lehrjahre der Opposition

Von seinen Freunden wurde Taiwan jahrelang als "Freies China", von seinen Gegnern aber als "Polizeistaat" bezeichnet. Beide Kennzeichnungen er-

wiesen sich als Klischees, insofern nämlich die Ist-Zustände in der RCh von einer Demokratie westlichen Zuschnitts lange Zeit mindestens ebenso weit entfernt waren wie von einem Überwachungsstaat stalinistischer Prägung. Sogar das Kriegsrecht wurde milde gehandhabt, und nur selten trat das Militär als Exekutor in Erscheinung. Allerdings gab es einige Tabus, die zu mißachteten strenge Sanktionen nach sich zog. Dazu gehörte u.a. die Gründung von Oppositionsparteien, die Forderung nach einer Verselbständigung Taiwans sowie öffentliche Zweifel an der "Rückkehr" oder am Recht der GMD, ganz China zu vertreten, von prokommunistischer Propaganda ganz zu schweigen.

Genau gegen diese Tabus aber gab es in den sechziger Jahren immer wieder Verstöße.

4.1.7.1.

Illegale Parteigründung

Am 15. Juni 1960 etablierte sich ein "Forum für die Verbesserung der Wahlen" (xuanju gajin zutanhui) und kündigte zugleich an, daß binnen Jahresfrist unter der Bezeichnung "Chinesische Demokratische Partei" (Zhongguo minzhu dang) eine neue Oppositionspartei gegründet werde, deren Ziel es sei, eine Alternative zur GMD zu etablieren und gleichzeitig den GMD-Apparat in die Schranken zu weisen: Die Staatspartei müsse sich aus Einrichtungen wie Militär und Polizei zurückziehen, solle ferner gezwungen werden, ihre Ausgaben künftig nicht mehr aus der Staatskasse, sondern nur noch aus Mitgliedsbeiträgen zu bestreiten, und solle sich überdies dazu bequemen, ihre Tarnorganisationen, wie z.B. das "Jugendkorps zur Rettung des Landes", die "Kulturarbeitsgruppe", die Freizeitorganisationen auf den Universitätscampi und andere Gremien aufzulösen.

Sprecher der neuen Organisation waren liberale Intellektuelle, die zumeist nicht aus Taiwan, sondern vom Festland stammten, unter ihnen Lei Zhen, Li Wanju und Gao Yushu.

Wenige Wochen später war es mit dem Traum freilich schon wieder zu Ende: Das "Forum" wurde verboten, sein Gründer Lei Zhen zusammen mit anderen Gesinnungsgenossen am 4. September 1960 verhaftet und außerdem die Halbmonatszeitschrift "Freies Chi-

na" (Ziyou Zhongguo) verboten. Außerdem wurden gegen die Gruppe harte Gefängnisstrafen zwischen 3 und 12 Jahren verhängt!⁵⁴

4.1.7.2.

Forderungen nach einer Verselbständigung Taiwans

Bis zu den Zentralwahlen von 1969 waren sämtliche Führungsgremien in Staat, Armee und Partei fast ausschließlich von Festländern besetzt - ebenso übrigens wie die Posten des Provinzgouverneurs von Taiwan und des Kommandos der "Taiwan-Garnison", die im Sicherheitswesen der Insel eine tragende Rolle spielt, und die als eigentliche Exekutorin des 1949 ausgerufenen Notstandsrechts zu wirken hatte.

Die durch diese Personalpolitik geschaffene Vorherrschaft der Festländer (rd. 20%) über die Mehrheit der Taiwanesen (rd. 80%) wurden den "Einheimischen" allerdings durch wirtschaftliche Wohltaten versüßt. Rd. 60% der gesamten Produktion auf Taiwan war in Privathand, und 80% der Privatunternehmer wiederum rekrutierten sich aus den "Einheimischen" (benshengren). Während die Festländer zumeist Regierungs- und Militärposten bekleideten, stellten die Taiwanesen den Löwenanteil der Nouveaux Riches.⁵⁵ Auch sozial begann sich das Wirtschaftswunder zugunsten der Einheimischen auszuwirken. 1968 beispielsweise wurde der kostenfreie Schulunterricht von 6 auf insgesamt 9 Jahre ausgedehnt.

Dies war ein Trostpflaster, mit dem sich gut leben ließ, zumal die BSP-Zuwachsraten in den 60er Jahren mit zu den Weltspitzenwerten gehörten und bei sage und schreibe durchschnittlich 9% lagen. Lediglich zwei Wölkchen verdüsterten ein wenig den strahlenden wirtschaftlichen Himmel, nämlich eine 1968 einsetzende Inflation, die aus dem bis dahin signifikant "billigen" Taiwan plötzlich ein teures Land werden ließ, und zweitens die nach wie vor gewaltig zu Buch schlagenden Verteidigungsausgaben, die 10% des BSP und 80% des Haushalts der Nationalregierung sowie 55% des kombinierten zentralen und provinziellen Haushalts verschlangen.⁵⁶

Neben der Saturiertheit der damaligen Wirtschaftswunderjahre gab es auch Unzufriedenheit, vor allem unter einer

kleinen Zahl von Intellektuellen, die sich mit dem Mißverhältnis von Bevölkerungszahl und Amtsinhaberschaft nicht abfinden wollten, und die sich von dem offiziellen Rückkehr-"Märchen" des Regimes abgestoßen fühlten, da es offensichtlich zum bloßen Lippenbekenntnis verkümmert war, in dessen Namen aber gleichwohl das Kriegsrecht praktiziert wurde und gleichzeitig Jahr für Jahr riesige Summen in die Rüstung flossen.

Öl ins Feuer der Opposition waren aber auch zahlreiche Korruptionsfälle, die in aller Regel Folge eines strukturellen Mißverhältnisses waren, insofern nämlich durch die Hand schlechtbezahlter Beamter riesige Mengen von Gütern zu laufen pflegten, die hauptsächlich als Deputate an die staatlichen Angestellten und Lehrer gingen. Schon 1963 war ein Gesetz zur Bekämpfung der Korruption ergangen, das freilich nicht die erwünschte Wirkung gezeitigt hatte. Aus dem Schattenreich der Dunkelziffern kamen von Zeit zu Zeit Einzelskandale ans Licht, so z.B. 1966 wegen wiederholter Unregelmäßigkeiten bei der Eisenbahnverwaltung ("Sojabohnen-Fall"), beim Forstbüro der Provinz ("Versickern" von Bauholz) und bei einigen Abgeordneten der Taiwan-Provinzversammlung, die im Zusammenhang mit dem Straßenbau öffentliche Gelder veruntreut hatten. 1969 ging der "Bananenskandal" durch die Presse, in dessen Verlauf führende Funktionäre bäuerlicher Genossenschaften, Zollbeamte des Hafens von Gaoxiong und GMD-Kader in Verdacht gerieten, für private Zwecke - vielleicht sogar auch für die GMD-Parteikasse - Millionenbeträge abgezweigt zu haben.⁵⁷

Traumatisch wirkte auch das "2-2-8-Ereignis"⁵⁸ nach, das, "un-entsorgt" wie es war, zu einer emotionsgeladenen Trennung zwischen "Tamen" ("ihnen", gemeint sind die Festländer) und "Women" ("uns", d.h. den in Taiwan Geborenen) beitrug und schon früh den Nährboden für eine Bewegung abgegeben hatte, die unter den verschiedensten Namen, zumeist aber unter der Bezeichnung "Taiwan duli yundong" (Taiwanische Unabhängigkeitsbewegung) bekannt wurde, deren Anhänger freilich auf typisch chinesische Weise von Anfang an keinen Konsens finden konnten, sondern sich sogleich wieder in zahlreiche lokale Gruppierungen oder einander bekämpfende Fraktionen aufzuspalten begannen.

4.1.7.2.1.

Der Fall Liao Wenyi

Eine der frühesten - und bekanntesten - Formationen dieser Separatismusbewegung war die "Allianz für die erneute Befreiung Taiwans" (Taiwan zai jiefang tongmeng), die 1947 von dem 1910 in Zentraltaiwan geborenen Liao Wenyi ("Thomas Liao") gegründet worden war. Liao, Sprößling einer altingesessenen und wohlhabenden taiwanesischen Familie hatte in den 20er Jahren in Japan und in den 30er Jahren in den USA studiert, war 1940 nach Taiwan zurückgekehrt und hatte dort in den Jahren 1945 ff. als Augenzeuge die korrupten Machenschaften des ersten GMD-Gouverneurs Chen Yi miterleben müssen. Als er dann auch noch bei den Wahlen zum Provinzparlament im Herbst 1946 durch Manipulationen ausgeschaltet wurde, hatte er sich nach Hongkong abgesetzt und dort seine "Allianz" organisiert.

Einige Jahre später siedelte er nach Tokyo über und gründete dort am 1. September 1955 eine neue Organisation, den "Provisorischen Kongreß der Republik Formosa". Am 28. Februar 1956, also genau neun Jahre nach dem 2-2-8-Zwischenfall, wurde er von der schnell wachsenden Anhängerschaft dieser Bewegung zum "Präsidenten" der "Provisorischen Regierung der Republik Formosa" gewählt und besuchte in dieser Eigenschaft die Schweiz, Hongkong, die Philippinen und die USA. 1960 gründete er zusätzlich die "Vereinte Front für die Unabhängigkeit Taiwans".

Schon wenige Jahre später freilich ging Liao zu seiner eigenen Bewegung plötzlich auf Distanz. Angeblich waren es nervenaufreibende innerfraktionelle Auseinandersetzungen sowie die wachsende Erkenntnis, daß die Hauptfeinde seiner politischen Bestrebungen nicht in Taibei, sondern in Beijing saßen, die ihn dazu veranlaßten, am 14. Mai 1965 freiwillig nach Taiwan zurückzukehren, wo er, wie es hieß, von der Regierung mit Großmut aufgenommen wurde.⁵⁹ Schon zwei Wochen später lösten sich alle drei Unabhängigkeitsgruppen auf, die aus Liaos Bewegung hervorgegangen waren, nämlich die "Hongkong-Macau-Vereinigung" und zwei weitere Allianzen in Tokyo.

Die Regierung in Taibei glaubte allen Ernstes, daß damit der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung ein für al-

lemal das Rückgrat gebrochen sei. Das Thema der "Heimkehr des Dr. Thomas Liao nach 18jährigem Exil" beherrschte im Frühsommer 1965 wochenlang die Schlagzeilen. Es war die Rede von einem "Triumph der Vernunft" und einem Sieg des "Antikommunismus".⁶⁰ Liao habe eingesehen, daß die Taiwanesen genauso wie die Festlandchinesen unterschiedslos "Abkommen des Gelben Kaisers" seien und daß "Blut dicker als Wasser" ist. Er habe sich mit eigenen Augen davon überzeugen können, wie Taiwan in den 18 Jahren seiner Abwesenheit ungeahnte wirtschaftliche und soziale Fortschritte habe erzielen können, und wie die Insel zu einem "unversenkbar Schlichtschiff im antikommunistischen Kampf" geworden sei.⁶¹

Wie es andererseits Separatisten erging, die sich nicht rechtzeitig eines anderen besonnen hatten, mußte ein früheres Mitglied der "Chinesischen Jugendpartei", Su Dongqi, erfahren, der 1961 vom Taiwan-Garnisonskommando festgenommen und nach Geheimverhandlungen am 27. Mai 1962 zum Tode verurteilt wurde - vermutlich weil er sich ebenfalls für die Unabhängigkeit Taiwans ausgesprochen hatte. Das Urteil wurde später allerdings in lebenslanges Gefängnis umgewandelt.⁶²

4.1.7.2.2.

Der Fall Peng Mingmin

Es dauerte nicht lange, bis die Augen, die aus der reuigen Umkehr Liaos hoffnungsfrohe Schlüsse gezogen hatten, ihr Urteil wieder revidieren mußten; denn der Hydra Unabhängigkeitsbewegung wuchsen immer neue Köpfe - allerdings weniger im asiatischen Umfeld als vielmehr in den USA. Schon fünf Jahre nach der Rückkehr des "verlorenen Sohns" Liao stieg ein neuer Stern der Unabhängigkeitsbewegung am Himmel auf, nämlich der 1923 auf Taiwan geborene Peng Mingmin, seines Zeichens Professor für Völkerrecht an der Taida.

Peng hatte zusammen mit zwei seiner früheren Schüler Anfang 1964 15 Thesen erarbeitet, die ihren Niederschlag später in seiner "Erklärung für die Selbstrettung Taiwans" (Taiwan ziju yundong xuanyan) fanden, die - auffallend parallel zu Sun Yixians "Drei Volkslehren" - ebenfalls drei Forderungen in den Mittelpunkt stellten, nämlich (1) die Aufgabe des "Rück-

kehr-Mythos", (2) den Erlaß einer neuen Verfassung, die den Grundrechten und der Demokratie zum Durchbruch verhelfen sollte, und (3) die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit allen Staaten, die für den Weltfrieden eintreten, notfalls also auch mit KP-regierten Ländern.⁶³

Peng wurde wegen seines bürgerlichen Ungehorsams 1964 zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Die Regierung verübelte es ihm, daß er zu allem Überfluß auch noch Wahlen zu den zentralen Parlamenten gefordert, und daß er sich zu der Behauptung verstiegen hatte, daß die "Regierung niemanden repräsentiert" - weder das Festland, das sie 1949 habe verlassen müssen, noch die Taiwanesen, von denen sie ja nie gewählt worden sei.⁶⁴ Die gesamte Herrschaftslegitimation der Regierung beruhe auf Fiktionen, so z.B. dem Anspruch, immer noch das ganze China zu repräsentieren und eines Tages aufs Festland zurückzukehren. Niemand glaube ernsthaft an Aussagen dieser Art und doch habe das gesamte Leben auf der Insel seit 1949 (Kriegsrecht!) unter ihren Konsequenzen zu leiden.

Nach 13 Monaten war Peng vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen und unter Hausarrest gestellt worden. Die Überwachung, der er und zwei seiner Mitarbeiter fortan unterlagen, nahm bisweilen skurrile Formen an. Xie Zongnen, einer seiner Anhänger, der wegen seines Eintretens für die "Unabhängigkeit" ebenfalls mehrere Jahre hatte im Gefängnis sitzen müssen, wurde nach seiner Entlassung ständig von zwei Männern in Zivil beschattet. Eines Tages beschloß er, die lästigen Begleiter abzuschütteln und spielte deshalb im Fahrstuhl eines Kaufhauses mit ihnen Katz und Maus vor der sich öffnenden und schließenden Tür. Als die beiden Verfolger dann doch noch mit ihm in den Fahrstuhl gelangen konnten, stellte er sie vor den anderen Fahrgästen bloß, konnte allerdings bei den vorsichtigen Mitpassagieren keinerlei Reaktion für sich verbuchen. Am nächsten Tag wurde er wegen dieses Verhaltens verwarnet, doch blieben die beiden Bewacher von jetzt an auf Distanz. Als es eines Tages regnete und kein Taxi aufzutreiben war, bat Xie kurzentschlossen einen seiner beiden Dauerbegleiter, ihn doch auf seinem Motorrad nach Hause zu bringen, eine Bitte, die dieser wortlos erfüllte.⁶⁵

Vier Jahre nach seiner Entlassung gelang es Peng, am 3.1.1970 nach Schweden zu fliehen. Einige Zeit später erhielt er an der amerikanischen University of Michigan eine Professur. Wer jedoch geglaubt hatte, daß Michigan nunmehr zum Zentrum der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung würde, sah sich schon bald getäuscht. Peng gab von seinem Asyl aus anfangs zwar noch zahlreiche publikumswirksame Erklärungen ab und wies auch immer wieder darauf hin, daß das Ziel seiner Bewegung auf einen "dritten Weg zwischen den Nationalisten und den Kommunisten" hinauslaufe,⁶⁶ doch kapitulierte er am Ende vor dem offensichtlich unausrottbaren "Fraktionismus", der unter den Exilanten grassierte.⁶⁷

4.1.7.2.3.

Die "World United Formosans for Independence": Einheit und Zersplitterung

Fast in jedem westlichen Land, ja in jeder größeren Stadt der USA etablierten sich damals Unabhängigkeitsbewegungen, die unter den verschiedensten Bezeichnungen firmierten, sei es nun als "Formosanische Christen für die Unabhängigkeit" (Taiwan jidutu ziyue xiehui) oder "KP Taiwans" (Taiwan gongchandan) oder "Vereinigung der Sozialisten Taiwans" (Taiwan shehui-zhuyizhe tongmeng). Als weltweiter Zusammenschluß bildete sich die 1970 in Tokyo gegründete "World United Formosans for Independence" (WUFI, Taiwan duli lianmeng) die dadurch berühmt-berüchtigt wurde, daß eines ihrer Mitglieder, ein 32jähriger Student aus Taiwan, am 24. April 1970 vor dem Plaza-Hotel in New York auf Jiang Jinguo einen Mordanschlag verübte.⁶⁸ Ein unbestrittener Führer konnte sich innerhalb der Bewegung nicht durchsetzen. Vielmehr bildeten sich, ganz im überkommenen chinesischen Stil, zahlreiche Gruppen und Grüppchen heraus, die sich jeweils um eine Einzelpersonlichkeit scharen und versuchen, ihren Einflußbereich auf andere Gruppen auszudehnen.

Wie allergisch die Führung in Taipei gleichwohl auf die "Taidu" reagierte, zeigte eine Äußerung Jiang Jieshis vom Mai 1970, in der die Unabhängigkeitsbewegung als ein Manöver der chinesischen Kommunisten hingestellt wurde, das die Spaltung des chinesischen Volkes zum Ziel habe. Ein schlimmeres Verdammungsurteil hätte es kaum geben können!

Erklärtes Ziel der Taidu war es, die herrschende Guomindang-Regierung zu stürzen (tuifan) und einen neuen, selbständigen, auch von der Volksrepublik China völlig unabhängigen taiwanesischen Staat aufzubauen, in dem alle auf der Insel vertretenen Bevölkerungsgruppen, von den Shandiren über die Taiwanesen bis zu den Festlandchinesen, Gleichberechtigung genießen sollen. Daneben werden zwar auch der Schutz der Menschenrechte, die Entwicklung der Demokratie, Pressefreiheit u.dgl. angemahnt, doch bleiben all diese Teilziele dem obersten Anliegen, nämlich dem Aufbau einer Nation Taiwan, untergeordnet.

Beim Nationenbegriff freilich begann die Schwierigkeiten: Theoretisch sollten zwar alle Personen zur gemeinsamen Nation gehören, "die sich mit Taiwan identifizieren, die Taiwan lieben, die Taiwan als ihre Heimat betrachten, die mit Taiwan das gleiche Schicksal teilen wollen; sie alle sind - ohne Rücksicht darauf, wann sie nach Taiwan kamen - Taiwanesen, sie alle sind gleichberechtigte Staatsbürger nach einer Unabhängigkeitserklärung Taiwans."⁶⁹

Praktisch aber herrschte die Tendenz vor, nur "typisch Taiwanesisches" wie Dialekt, Abstammung und Kultur gelten zu lassen. Die Ideologen der "Taidu" verwendeten viel Mühe darauf, eine eigene taiwanesischen Identität, ja einen eigenen, von den festländischen Traditionen abweichenden Volkscharakter nachzuweisen und zu propagieren. Sogar von einem besonderen "ozeanischen Charakter" (dayang xingge) Taiwans war die Rede!

Ein solcher "Diyuzhuyi" ("Kirchturmhorizont", wörtl.: "Regionalismus") artete nicht selten zu Fremdenfeindlichkeit aus, von der auch Festlandchinesen betroffen waren und sie von vornherein keinen angemessenen Platz in der Bewegung finden ließ.⁷⁰

4.1.7.2.4.

Politische Gefangene

Ende der 60er Jahre gab es in der RCH nach rohen Schätzungen 5.000 politische Gefangene,⁷¹ von denen sich allerdings die wenigsten für die Unabhängigkeit Taiwans eingesetzt hatten. Zumeist waren sie vielmehr "kommunistischer" Machenschaften beschuldigt worden.

Politische Gefangene wurden zumeist auf die im Südosten Taiwans liegende Lü Dao ("Grüne Insel") verbracht, wo sie durch körperliche Arbeit und Schulung umerzogen werden sollten. Einer der berühmtesten Schlager Taiwans Mitte der 60er Jahre rief einen solchen Aufenthalt in Erinnerung - allerdings sentimental verklärt.

4.2.

"Take off": Taiwans Wirtschaft bekommt Flügel (1958-1970)

4.2.1.

Kursänderungszwänge

Während die Führung auf dem Gebiet der Ideologie und der Sicherheitspolitik auch während der späten 50er und frühen 60er Jahre übervorsichtig - und damit unbeweglich blieb, entfaltete sie im Bereich der Wirtschaftspolitik ein Ausmaß an Phantasie und Flexibilität, das so eindrucksvoll war, daß sich fast von selbst der Name "Taiwan-GmbH" einstellte.

Anlässe, vom bisherigen Wirtschaftsdogmatismus abzurücken, gab es genug: Wenn die Regierung etwas zurücktrat und mit kritischen Augen die in den 50er Jahren so rasch hochgezogene Wirtschaftsfassade betrachtete, so mußten ihr einige häßliche Mängel daran auffallen: vor allem litt Taiwans Ökonomie inzwischen unter Kapitalengpässen, war technisch rückständig, zeigte Anzeichen einer Inflation und ließ vor allem erste Übersättigungsercheinungen am allzu eng gewordenen Binnenmarkt erkennen.

Taiwan war m.a.W. an jenem neuralgischen Punkt seiner Entwicklung angelangt, den früher oder später jedes Entwicklungsland zu verspüren bekommt, d.h., es stand vor der kritischen Entscheidung, ob der Übergang von der "Importsubstitution" zur "Exportförderung" gewagt, ob also die hohen - und Sicherheit vermittelnden - Schutzzäune niedergedrückt und der kräftige - häufig aber auch stürmische - Wind von außen, d.h. das Nachfragepotential des Weltmarkts für die Entwicklung der eigenen Volkswirtschaft genutzt werden sollte. Die Gefahren, die bei einem solchen Strategiewechsel drohten, waren erheblich, da Taiwan, wenn es sich denn den Schwankungen des Weltmarkts aussetzen wollte, das Risiko einging, daß Teile seiner jungen Industrie dem Konkurrenzdruck von außen vielleicht nicht standhalten könnten.

Die Regierung ließ sich von solchen Bedenken jedoch nicht abschrecken; war das GMD-Modernisierungsprogramm doch gleich doppelt abgesichert, insofern es auf einen beträchtlichen Vorrat an wirtschaftlichem Sachverstand und technischer Begabung zurückgreifen und außerdem mit der Investitionsbereitschaft zahlreicher Ausländer, vor allem der Amerikaner, rechnen konnte.

Eine Neubesinnung schien auch deshalb angebracht, weil der 2.Vierjahresplan (1957-1960) etwas hinter seinen Zielsetzungen zurückgeblieben war: Die Planer hatten jährlich 7,5% BSP-Zuwachs vorgegeben, am Ende waren jedoch nur 7% herausgekommen. Dieses Defizit sollte allerdings auf lange Zeit hin das einzige seiner Art bleiben. Beim 3.Vierjahresplan (1961-1964) waren beispielsweise 8% angepeilt, doch wurden es am Ende 9,1%, beim 4.Plan (1965-1968) lautete das Verhältnis von Planung zu Planergebnis 7 zu 9,9, beim 5.Wirtschaftsplan (1969-1972) sogar 7 zu 11,6 und erst beim 6.Plan (1973-1976) gab es wieder einen durch die damalige Ölkrise verursachten Rückschlag von 9,5 zu 7,8, der allerdings beim 7.Plan (1976-1981) mit 7,5 zu 9,5 locker wieder gutgemacht wurde.⁷²

4.2.2.

Strategiewechsel: Von der Importsubstitution zur Exportförderung

Noch während der 2.Vierjahrplanperiode begann - 1959 - ein neuer Kurs, der die bisherige Politik ("Mit Hilfe der Landwirtschaft die Industrie hochziehen und mit Hilfe der Industrie die Landwirtschaft entwickeln") (dazu oben 3.3.2.4.) durch einen neuen Fahrplan ersetzte, der unter dem Motto stand "Mit Hilfe des Handels das Wachstum fördern und mit Hilfe des Wachstums den Handel vorantreiben" (yi maoyi zujin chengzhang, yi chengzhang tuochan maoyi).⁷³

"Handelsförderung" (maoyi zujin) - besser "Exportförderung" - war also das Zauberwort, mit dem sich die taiwanische Wirtschaftspolitik Ende der 50er Jahre neues Gelände erschließen und in bisher unerreichbare Dimensionen vorstoßen wollte. "Exportförderung" hieß aber nicht nur, mehr Waren zu verkaufen, sondern gleichzeitig auch ausländische Investitionen ins eigene Land zu locken, also das Investitionsklima zu verbessern.

Erstaunlich, wie Taiwan seine gesamte Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren auf dieses Doppelziel auszurichten verstand:

Der Exportförderung dienten (1) weiche Kredite für Ausfuhrgeschäfte, (2) Bildung von Ausfuhrkartellen, (3) Erleichterung des Devisenbezugs und (4) die Vereinfachung des Wechselkurssystems: hatte es bisher ein je nach Schutzbedürftigkeit der einzelnen heimischen Industriezweige abgestuftes, also "multiples" Wechselkurssystem gegeben, so wurde nunmehr (zwischen 1958 und 1961) ein einheitlicher, fest an den US-Dollar gebundener Wechselkurs eingeführt, der immerhin elf Jahre lang vorhielt und von 1961 bis 1972 ständig beim Austauschverhältnis 40 NT\$ = 1 US\$ lag.⁷⁴

Als besonders wirkungsvoll im Rahmen der neuen Politik erwiesen sich die Exportkartelle, die auch vor drastischen Maßnahmen nicht zurückschreckten. Das Exportförderungskartell der Textilindustrie beispielsweise legte für jeden Betrieb Exportquoten fest, die, wenn sie nicht erreicht wurden, Vertragsstrafen zugunsten eines gemeinsamen Kartellfonds nach sich zogen, während diejenigen Betriebe, die ihr Soll übererfüllten, aus eben diesem Fonds belohnt wurden.

Der zweite Strang der neuen Politik, nämlich die Anwerbung ausländischen Kapitals mittels Verbesserung des Investitionsklimas, wurde gleich fünffach instrumentiert, nämlich durch den Erlaß attraktiver Investitionsschutzbestimmungen, durch Lichtung des Paragraphen- und Bürokratiedschungels, in dem sich bisher zahlreiche Investoren immer wieder verfangen hatten, durch die Zulassung ausländischer Banken, durch Schaffung eines organisierten Kapitalmarkts in Form der "Taiwan-Börse AG" und nicht zuletzt auch durch die Gründung von Exportverarbeitungs- sowie von Industriezonen.⁷⁵

- Am 10.September 1960 ergingen die "Investitionsförderungsbestimmungen" (jiangli touzi tiaoli), die in 35 Paragraphen Regelungen über Steuervergünstigungen, Bodenerwerbsmöglichkeiten, Zusammenarbeit mit öffentlichen Unternehmen u.dgl. festlegten.⁷⁶ Ergänzend dazu wurden am 11.Januar 1961 Anwendungsbestimmungen bekanntgegeben, die in 103 Paragraphen nähere Einzelheiten regeln, sei es nun

über Steuern, Landregistrierung, Vertragsgestaltung etc.⁷⁷ Mit diesen Neuregelungen wurden die "Statuten für ausländische Investitionen" vom 24. Juli 1954 sowie für die "Investitionen von Überseechinesen" vom 19. November 1955 größtenteils außer Kraft gesetzt.⁷⁸

- Ferner erhielten ausländische Banken grünes Licht. Zwischen 1959 und 1970 ließen sich daraufhin 16 Geldinstitute nieder, darunter drei amerikanische, eine japanische, eine thailändische und eine philippinische sowie eine überseechinesische Bank.⁷⁹

- Am 9.2.1962 öffnete die vom Exekutiv Yuan gegründete "Taiwan-Börse AG" ihre Pforten. Damit verfügte Taiwan zum ersten Mal in seiner Geschichte über einen eigenen organisierten Wertpapiermarkt. Hauptaufgabe der neuen Institution sollte es sein, liquide Mittel aufzubringen und gleichzeitig dem bisherigen Schwarzmarkt mit seinen Wucherzinsen das Wasser abzugraben. Die Rechnung ging überraschend schnell auf: bereits 1968 gab es 42 Privatunternehmen, die Aktien emittierten. Hatte der Wertpapierumsatz 1962 noch bei bescheidenen 0,5 Mrd. NT\$ gelegen, so war er bis 1979 auf 207 Mrd. angestiegen.⁸⁰

- Den durchschlagendsten Werbeeffekt aber erzielte Taiwan mit seinen Industrie- und Exportverarbeitungs-zonen, die Mitte der 60er Jahre ins Rennen gingen. Die Regierung legte von Anfang an Wert darauf, daß zwischen beiden Kategorien streng unterschieden wurde: In den "Exportverarbeitungs-zonen" ("Export Processing Zones", jiagong chukouqu) durften nur hochwertige Produkte - und zwar ausschließlich für den Export - hergestellt werden, wobei die Investoren nicht nur die benötigte Infrastruktur, sondern auch voll betriebsfähige Gebäude angeboten erhielten, während andererseits in den "Industrie-zonen" ("Industrial Parks", gongyequ) Waren aller Art und jeder Qualität sowohl für den Export als auch für den Binnenmarkt erzeugt werden durften. Ferner brauchten Investoren in den Exportverarbeitungs-zonen im allgemeinen weder das Gelände noch die Betriebsgebäude zu kaufen, konnten also Startkapital sparen, während Investoren in den Industrie-zonen stärker zur Kasse gebeten wurden.

Die ersten Industrie-zonen entstanden zwischen 1965 und 1970 für je zwei bis zehn Betriebe mit einer Niederlassungsfläche von je rd. 4.000-5.000 qm. (Karte Nr.20) (Siehe S. 483)

Weniger üppig war in den 60er Jahren das Angebot an Exportverarbeitungs-zonen. In diesem Zeitraum entstand lediglich die 1966 fertiggestellte EVZ Gaoxiong mit einer Gesamtfläche von 69 ha für insgesamt 170 Betriebe, die zum Entzücken der Planer 1970 fast schon "ausgebucht" war. U.a. ließen sich hier 57 ausländische (darunter 42 japanische und 12 amerikanische), 27 überseechinesische, 38 Joint Venture- und 30 einheimische - also insgesamt 152 Betriebe mit einem Gesamtinvestitionskapital von 41 Mio. US\$ nieder.⁸¹

- Der neuen außenwirtschaftlich orientierten Politik kam aber nicht zuletzt auch die in den 60er Jahren ange-kurbelte berufliche Qualifizierung zugute. Am auffälligsten war das rapide Anwachsen der Fachhochschulen von 12 i.J. 1960 auf 70 i.J. 1970 sowie die 1968 verordnete Verlängerung der Grundschulpflicht von 6 auf 9 Jahre. Der IV. Allchinesische Bildungskongreß vom Februar 1962 hatte dem offensichtlichen Zusammenhang zwischen beruflicher Bildung und wirtschaftlicher Entwicklung Rechnung getragen und neue bildungspolitische Akzente gesetzt. Er hatte gefordert, daß (1) verstärkt Fachleute ausgebildet, daß (2) die Berufsbezeichnungen sowie die Gehälter von Absolventen gewerblicher Schulen "interessanter" gestaltet werden, daß (3) die Fachlehrerausbildung verbessert, (4) ein Lehrlingsausbildungssystem eingerichtet und (5) die Ausbildungszeit der Fachschulen auf 2 bis 5 Jahre festgelegt werden sollte.

Diese Forderungen wurden von der Regierung nach und nach in konkrete Einzelmaßnahmen umgesetzt.⁸²

4.2.3.

Und die Landwirtschaft?

Trotz des Vorpreschens der Industrie- und Dienstleistungssektoren war die Landwirtschaft keineswegs ein Stiefkind geblieben, sondern hatte sich inzwischen auf Intensivierungskurs begeben, wobei Erhöhung des Kunstdüngereinsatzes, Ausbau der (für den Reisanbau wichtigen) Bewässerungssysteme, Flurbereinigung und vor allem die Umstellung auf neue gewinnträch-

tige Exportprodukte wie Champignons, Spargel und Aale die Hauptrolle spielten. Gleichzeitig wurden - in den kühleren Bergregionen! - Milchkühe eingeführt und Äpfel sowie Birnen ange-pflanzt. Dies waren durchwegs revolutionäre Neuerungen; hatte es doch in der traditionellen EBkultur Taiwans weder Milchprodukte noch Obst aus gemäßigten Klimaregionen gegeben. Die hier vorgenommenen Innovationen waren m.a.W. Ergebnisse einer gerade in den 60er Jahren aufblühenden Landwirtschafts- und Ernährungsforschung, nicht zuletzt aber auch beharrlicher Aufklärungspolitik.

Mit dem gegen Ende der 60er Jahre einsetzenden Mechanisierungsprozeß in der Landwirtschaft ging eine Massenabschlachtung der Wasserbüffel einher - man fühlte sich an das große Zugpferdesterben in Deutschland nach 1950 erinnert. Die taiwanische Landschaft hat seitdem viel von ihrer früheren Poesie verloren.

Die Änderungen in der Anbaustruktur schlugen sich schnell auch auf das Agrarexportsortiment nieder: Während traditionelle Ausfuhr-güter wie Reis und Zucker rapide zurückgingen (der Anteil des Zuckers am Agrarexport reduzierte sich beispielsweise von 60% i.J. 1960 auf 12,6% i.J. 1970), schoben sich bisher unbekannte Produkte wie Champignon- und Spargelkonserven auf die Plätze 5 und 6 der Agrarausfuhrliste vor.

Die Umstellung forderte beträchtliche finanzielle Mittel, die von der Regierung bereitwillig zur Verfügung gestellt oder garantiert wurden. Daß die GMD so viel "Herz für die Bauern" hatte, war immer noch auf die bösen Erfahrungen in Festlandchina zurückzuführen. Die Partei hatte dort zwar die Städte kontrolliert, doch waren die Dörfer immer mehr in die Hände der Kommunisten gefallen. Viele GMD-Politiker hatten Tokyo oder Boston besser gekannt als ihr eigenes Hinterland. Kein Wunder, daß sie nach 1945 von der durch die Kommunisten entfachten bäuerlichen Welle regelrecht überrollt wurden. Nie mehr sollte es in Zukunft eine solche "Überraschung" geben! Daher die Landreform und daher auch die Nachkorrekturen, die die GMD an ihrer Landwirtschaftspolitik immer wieder vornahm.

4.2.4.

Ergebnisse

Die Resultate des neuen Entwicklungskurses konnten sich sehen lassen: Hatte sich das Ein- und Ausfuhrvolumen i.J. 1958 noch auf bescheidene 382 Mio.US\$ beschränkt, so war es bis 1970 auf 3 Mrd. angewachsen, hatte sich also fast verachtfacht.⁸³ Zehn Jahre später, d.h. 1980, war gegenüber 1970 eine weitere Verelffachung eingetreten (39,5 Mrd.US\$).⁸⁴

Allerdings endete die Bilanz, sieht man einmal vom Jahr 1964 ab, bis 1970 fast immer mit einem leichten Minus. Von 1971 ab freilich war dann (wiederum mit Ausnahme der beiden Ölkrisenjahre 1973 und 1974) nur noch Überschuß zu verzeichnen, der von Jahr zu Jahr ruckartig anstieg.⁸⁵

Man vergesse in diesem Zusammenhang nicht, daß der Außenhandel der RCh jahrelang beträchtlich größer war als derjenige des Festlands, obwohl Taiwan nur ein 315tel der Fläche des Festlands und seine Bevölkerung nur ein Fünfzigstel derjenigen des Festlands ausmachte.

Im nachhinein gesehen erwiesen sich die 60er Jahre als eine Art Inkubationszeit, in deren Verlauf die Saat für den nachfolgenden Erntesegen ausgebracht wurde. Wie sehr sich in der Zwischenzeit die Exportstruktur verändert hatte, zeigt ein Vergleich bei den zehn Hauptausfuhrprodukten zwischen 1953 und 1960 einerseits sowie zwischen 1960 und 1970 andererseits. Dominierten im erstgenannten Zeitraum noch Landwirtschaftserzeugnisse, so waren es seit 1960 hauptsächlich Nichtagrarprodukte, nämlich - in dieser Reihenfolge - Textilien, Elektrogeräte, Konserven, Sperrholz, Plastikwaren, Metallerzeugnisse, Maschinen, Zucker, Holzprodukte und Chemikalien.⁸⁶

Dieses neue Bild zeigt schlagartig, wie sehr sich die Produktpalette in nur 17 Jahren verändert hatte. Lebensmittel- und Textilindustrie konnten bis Ende der 60er Jahre zwar noch die Plätze 1 und 2 behaupten, doch hatten sich in der Zwischenzeit Chemie- und Elektroindustrie auf Platz 3 und 4 vorgehoben, wobei die Produktion einsteilen allerdings noch eher arbeits- als technologieintensiv war.

4.2.5.

Die ersten Großinfrastrukturprojekte

Auch die Infrastruktur machte einen "großen Sprung nach vorn". Am 9.5.1960 wurde die "Ost-West-Querstraße" (Hengguang gonglu) vom westlichen Taizhong nach Hualian an der Ostküste dem Verkehr übergeben. Tausende von Soldaten und Armeeverteranen hatten vier Jahre lang an diesem Wunderwerk gebaut, das sich mitten durch die Hochgebirgswelt Taiwans schlängelt und nicht nur der Wirtschaft (Apfelanbauplantagen im hochgelegenen Lishan), sondern auch dem Tourismus neue Möglichkeiten erschlossen hat. Jiang Jieshi sprach bei der Einweihungszeremonie von einem "Meilenstein der RCh-Verkehrsgeschichte". Die Fahrt über das Bergpanorama, vor allem durch die rd. 10 km lange, von steil aufragenden Felsnadeln gesäumte Taroko(Tailuge)-Schlucht am Ostausgang gehört mit zu den großartigsten Landschaftseindrücken, die ein Besucher Asiens gewinnen kann.

Am 14.Juni 1964 war der Shimen-Staudamm nach achtjähriger Bauzeit in Dienst gestellt worden - ebenfalls eine jener infrastrukturellen Großtaten, wie sie später für Taiwan fast zur Regel wurden.

4.2.6.

Gründe für den Umstellungserfolg

Am Rohstoffreichtum Taiwans lag es gewiß nicht, daß die Inselwirtschaft in den 60er Jahren so schnell den Durchbruch schaffte.

Während nämlich das Festland fast alle 130 in der modernen Industrie benötigten Rohstoffe in größerer oder kleinerer Menge vorrätig (wenn auch nicht immer verfügbar) hat, ist es um die Bodenschätze auf Taiwan nicht gerade günstig bestellt. Es gibt dort in bescheidenen Mengen Kohle und Erdgas sowie Gold, Silber, Kupfer, Pyrit, Schwefel, Marmor, Speckstein und einige wenige andere Mineralien, doch ging die Förderung - beispielsweise von Kohle - laufend zurück. Wurden 1952 noch 2.286 t Kohle und 1965 auf dem Höhepunkt der Entwicklung 5.000 t gefördert, so waren es 1988 nur noch 1.225 t.⁸⁷

Vor allem mußte jeder Tropfen Erdöl eingeführt werden - ein Schwachpunkt, der sich vor allem Mitte der 70er Jahre schmerzhaft bemerkbar machen sollte.

Der Schlüssel für den Erfolg muß also anderswo gesucht werden.

Als Haupterklärungsgrund kann hier ganz gewiß das wirtschaftsfreundliche metakonfuzianische Wertesystem herangezogen werden, das später noch im einzelnen zu erläutern ist.

Ein weiteres "Geheimnis" bestand aber auch darin, daß die Führung eine offene Personalpolitik betrieb. Ganz im Gegensatz zur traditionellen Gewohnheit, immer nur Generalisten ans Steuer zu lassen, konnten in Taiwan während der 60er Jahre außergewöhnlich viele Fachleute in Spitzenstellungen aufrücken. Chen Cheng und später Jiang Jinguo waren zwar keine "gelernten Wirtschaftler", doch sorgten sie durch geschickte Personalpolitik dafür, daß handverlesene Experten zum Zuge kamen, und daß bei der ökonomischen Steuerung kaum etwas dem Zufall überlassen blieb. Anders als auf dem Festland, wo ein Fehlexperiment das andere jagte und den Wirtschaftsprozess (wie beispielsweise beim Großen Sprung und bei der Kulturrevolution) oft um Jahre zurückwarf, blieb das taiwanesisches Wirtschaftsboot auf einem fast traumwandlerisch sicheren Kurs.

Diese Personalpolitik erfolgte nicht ohne Hintergedanken; vor allem Jiang Jinguo war darauf aus, sich als einer der Väter des "taiwanesischen Wirtschaftswunders" zu profilieren. Aus demselben Grund auch übernahm er 1969 den Vorsitz im "Council for International Economic Cooperation and Development" (CIECD, Guojijingji hezuo fachan weiyuanhui), der von da an als Kommandobrücke der Wirtschaftspolitik gelten durfte.

Damit ist ein weiteres Stichwort für die Deutung des ökonomischen Erfolgs gegeben - die elastische Planung:

Die Umschaltung auf den Exportförderungskurs erfolgte im wesentlichen während des 2.Vierjahresplans (1957-1960), dessen Hauptorientierungen von den "19 Punkten" (zur Wirtschaftsreform) sowie vom Investitionsförderungsstatut des Jahres 1960 bestimmt waren.

Die Planer mußten damals bereits das baldige Ende der amerikanischen Wirtschaftshilfe in ihre Berechnungen miteinbeziehen: Der "Council for US

AID" (Mei yuan yunyong weiyuanhui), der viele Jahre lang die Hilfeleistungen gesteuert hatte (dazu 3.3.4.3.) würde sich voraussichtlich 1965 von der Insel zurückziehen, da die Wirtschaft Taiwans bis dahin "auf eigenen Beinen" stünde (zili gengsheng).

Um hier kein Vakuum entstehen zu lassen, hatte die Regierung vorauseilend bereits am 1.9.1963 den oben erwähnten CIECD ins Leben gerufen, der als ein den verschiedenen Ministerien (bu) gleichrangiger "Weiyuanhui" ("Rat") direkt dem Exekutiv Yuan unterstellt wurde, und zwar mit dem Auftrag, erstens den Council for US AID zu ersetzen und zweitens für solide planerische Perspektiven zu sorgen, gleichzeitig die weltwirtschaftlichen Entwicklungen zu beobachten und die wirtschaftlichen sowie die finanziellen Sektoren aufeinander abzustimmen.

Ganz in diesem Sinne arbeitete der CIECD kurz nach seiner Gründung einen Zehnjahresperspektivplan für den Zeitraum 1965 bis 1974 heraus.

Ohne die klaren Vorgaben des CIECD hätten auch die einzelnen Exportförderungsmaßnahmen - angefangen von den laufend revidierten Importzöllen über die Beibehaltung des einheitlichen Devisenkurses und die Reduzierung der Militäraufwendungen bis hin zur Einrichtung von Exportverarbeitungs-zonen - nicht so geschmeidig durchgezogen werden können.⁸⁸

Wie durch ein Wunder - vermutlich aber auf einen Wink des CIECD-Vorsitzenden Jiang Jingguo hin - mischte sich die sonst so interventionslüsterne Verwaltungsbürokratie nun kaum noch ins operative Wirtschaftsgeschehen ein, sondern beschränkte sich darauf, die Einhaltung der Rahmenrichtlinien zu überwachen. Soviel Zurückhaltung hatte man ihr gar nicht zugetraut! Da innerhalb der Rahmenvorgaben so viel Raum für gestalterische Phantasie blieb, zeigten sich auch schon bald mehrere multinationale Firmen an Investitionen interessiert und brachten ihr technologisches Know-how sowie ihre Finanzkraft ein, ohne allerdings auf der Insel - ähnlich wie etwa in Lateinamerika - die Zügel der Wirtschaftspolitik in die Hand zu bekommen.⁸⁹

Da sich der Aufgabenbereich des CIECD im Laufe der Zeit immer mehr erweiterte - man denke an Städte- und

Arbeitskräfteplanung, Wirtschaftsfor-schung und Leistungsevaluierung - und die Außenwirtschaft damit im Gesamt-spektrum etwas zurücktrat, erfolgte am 1. August 1973 eine Umbenennung des CIECD in "Wirtschaftsplanungsrat" (jingji jihua weiyuanhui, engl.: EPC). Auch die "neue" Organisation blieb allerdings ein Amt des Exekutivyuans.

Die Qualität der taiwanesischen Planungs-politik wird besonders spürbar, wenn man sie mit der festländischen Praxis vergleicht. Während die dortigen, nach stalinistischem Muster aufgezogenen Fünfjahrespläne fast regel-mäßig auf dem Papier stehenblieben, wurden sie in Taiwan, sieht man einmal vom 2. Plan (1957-1960) und vom 6. Plan (1973-1976) ab, fast "chronisch" übererfüllt. Der im Rahmen des 5. Plans (1969-1972) angepeilte 7%-BSP-Zuwachs lag am Ende bei sage und schreibe 11,6%. Auch das Pro-Kopf-Einkommen übertraf zur gleichen Zeit alle Erwartungen.

Die wohlhabend gestimmte "Schritt für Schritt"-Strategie (Landwirtschaft - Leichtindustrie - Handel - Schwerindustrie) und die Koppelung von arbeitsintensiver mit kapitalintensiver Technologie⁹⁰ heben sich wohltuend ab von den Disproportionen, die auf dem Festland im Gefolge einer verfehlten Schwerindustrie (!)-Politik verursacht wurden.

Mit Hilfe des durch die Steuerungsim-pulse ausgelösten Wachstums verbesserte sich wiederum das Investitionsklima, von dem Anleger aus den USA und Japan sowie aus Hongkong und Südostasien immer eifriger Gebrauch machten.

4.2.7.

"Take off"

Die Inselwirtschaft d.J. 1970 hatte mit derjenigen Ende der 50er Jahre nur noch wenig gemeinsam; denn Taiwan war in der Zwischenzeit aus einem Landwirtschafts- zu einem Industrieland geworden, hatte hohe Wachstumsraten und Vollbeschäftigung aufzuweisen, konnte auf rasch ansteigende Auslandsinvestitionen bauen und war nicht zuletzt auch in die "Take off"-Phase eingetreten, die nach der bekannten Rostowschen Definition⁹¹ durch drei Kriterien gekennzeichnet ist, nämlich durch den Anstieg der produktiven Investitionen auf über 10% des Volkseinkommens (Nettoso-

zialprodukts), durch das Entstehen ferner mehrerer industrieller Sektoren mit hohen Wachstumsraten und nicht zuletzt auch durch Schaffung eines politischen und sozialen Rahmenwerks, das dafür garantiert, daß diese beiden Erfolge nicht nur Eintagsfliegen bleiben, sondern auf Dauer stabilisiert werden können.⁹²

4.3.

Die "Rückkehr" aufs Festland: greifbar nahe und doch so unendlich fern

Seit 1949 hatte es auf Taiwan nicht mehr soviel Hoffnung auf eine Rückkehr gegeben wie seit Mitte der 60er Jahre. Zwischendurch war zwar eine defätistische Stimmungslage aufgekommen; doch jetzt war die Welt wieder in Ordnung: das "Guangfu" schien keine Lebenslüge mehr zu sein, da sich doch alle Zeichen des Zusammenbruchs der "kommunistischen" Herrschaft mehrten - sei es nun in Vietnam oder aber auf dem Festland.

In Festlandssüdostasien war der Zweite Indochinakrieg seit Anfang 1965 auf volle Touren gekommen. Niemand in Taiwan zweifelte am Sieg der USA.

Auch in der VR China standen die Zeichen auf Sturm. Gleich zwei Katastrophen waren in den 60er Jahren über das Land hereingebrochen, nämlich zuerst die "Drei schlimmen Jahre" (1959/61), die dem maoistischen Experiment des "Großen Sprungs" auf dem Fuße gefolgt waren und das Land in eine Hungerkatastrophe gestürzt hatten, und schließlich 1966 ff. die "Große Proletarische Kulturrevolution", die das Festland zum zweiten Mal heimsuchte und den Humus für neue Aufstände zu bereiten schien.

Taiwan stand in diesen unruhigen Zeiten Gewehr bei Fuß. Wann eigentlich sollte man die Initiative zur "Rückkehr aufs Festland" ergreifen, wenn nicht jetzt!? Wann würde sich je wieder eine so einmalige Doppelkonstellation von Ereignissen ergeben?

4.3.1.

Rückkehrhoffnungen vor dem Hintergrund der festländischen "Drei schlimmen Jahren"

Am 3. März 1962 landete eine MiG-15 der "Volksbefreiungsarmee" auf dem südlich von Taibei gelegenen Taoyuan-Flughafen - für die RCh-Propaganda ein Zeichen des Himmels! Kein Wunder, daß der Überläufer, ein Offizier

namens Liu Zhengsi, in den kommenden Wochen wie ein Nationalheld gefeiert wurde, zumal er nichts unterließ, um bei Führung und Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als könne es mit den "Gongfei" (den "kommunistischen Banditen") nur noch wenige Wochen dauern. Die gleichzeitige Flucht Tausender von VR-Einwohnern nach Hongkong schien diese Aussichten noch zu untermauern.

Die Gerüchte jagten sich in diesen Wochen und Taiwan war rastlos geschäftig: Am 1. April 1962 wurde ein "Amt für wirtschaftliche Mobilisierung und Planung" eingerichtet. Überdies erhoben die Behörden vom 1. Mai 1962 ab eine Sondersteuer, die als vorübergehender Beitrag für Verteidigungszwecke bezeichnet wurde und bis zum 1. Juli 1963 erhoben werden sollte. Zug- und Busfahrtscheine vor allem wurden mit "Verteidigungszuschlägen" von bis zu 30% bedacht. Beschwörend hieß es, daß das Zugeld ausschließlich für die militärische Vorbereitung der "Rückkehr zum Festland" verwendet werde.⁹³

Es fanden sich auch Andeutungen, daß eine Großoffensive über die Straße von Formosa hinweg geplant sei und daß General Liu Anji hierbei den Oberbefehl führe.

Offensichtlich waren entsprechende Nachrichten auch in die Volksrepublik China gelangt; denn auch dort wurden entlang der Fujian-Küste immer mehr Truppenverbände zusammengezogen.

Die amerikanische Regierung betrachtete diese Entwicklungen mit wachsender Sorge. Anfang Juli sah Präsident Kennedy sich genötigt, bei einer Pressekonzferenz darauf hinzuweisen, daß im Verteidigungspakt von 1954 strikte gegenseitige Konsultationspflicht vereinbart sei. Die USA könnten nationalchinesische Gewaltakte gegen die VRCh nur im Falle einer Selbstverteidigung billigen. Zusätzlich drängte die Washingtoner Regierung auch über ihren Botschafter in Taipeh, Admiral Kirk, auf Mäßigung. Sie hatte schließlich Erfolg; denn am 9. Juli 1962 erklärte Ministerpräsident Chen Cheng, daß in Taiwan niemand an die Entfesselung eines Kriegs gegen das Festland denke.⁹⁴

Vermutlich als Ersatz für die große Lösung begann Taiwan damals mit kleineren Störunternehmen in den Kü-

stenbereichen Südostchinas. Vor allem die Miliz in den Provinzen Guangdong und Fujian bekam bald alle Hände voll zu tun, um mit den leichtfüßigen Guerillaeinheiten Taiwans fertig zu werden. Ein Bericht der festländischen Zeitung *Nanfeng ribao*⁹⁵ illustriert die Lage: Beim Viehauftrieb entdeckten im Sommer 1964 Milizionäre einen Zigarettenstummel ausländischer Herkunft und alarmierten daraufhin das Milizhauptquartier des Kreises, das sofort einen Kordon um den verdächtigen Platz ziehen, alle Straßen absperren und Wachen aufmarschieren ließ. Sieben "US-Jiang-Geheimagenten" hätten daraufhin, wie es hieß, gefaßt werden können. Alles in allem seien in der betreffenden Gegend zwischen 1954 und 1964 nach Angaben der örtlichen Behörden nicht weniger als 32 Gruppen von "US-Jiang-Geheimagenten" dingfest gemacht worden, nachdem sie entweder als Froschmänner angelandet oder aber mit Fallschirmen abgesprungen waren. Im Januar 1964 habe eine Gruppe von 17 Geheimagenten der "Bewegung Freies China" in die Huanghua-Bucht infiltrieren können, sei dann aber von der wachsamen Miliz des Kreises Yangjiang aufgespürt und vernichtet worden. Einer der küstennahen Kreise habe eine "Luftabwehr"-Gruppe organisiert, der es gelang, Agenten gefangenzunehmen, die mit Fallschirmen abgesprungen waren. Eine andere Milizorganisation sei auf "VBA-Soldaten" gestoßen, deren merkwürdiges Verhalten Mißtrauen erregte, und die sich bei näherem Hinsehen als verkleidete Agenten entpuppt hätten, die der sog. "Unabhängigen 23. Kolonne der Antikommunistischen Nationalen Rettungsarmee der Provinz Guangdong" angehörten - einer Gliederung, die eng mit der GMD auf Taiwan zusammengearbeitet habe.⁹⁶

Guerillaoperationen dieser Art waren im Januar 1963 von Taibeier Regierungsstellen erstmals offen zugegeben worden.⁹⁷

Gleichzeitig wurden neue Kontingente von Offizieren und Soldaten ausgebildet, gemeinsame Militärübungen mit den US-Streitkräften durchexerziert, neue Waffen ausprobiert und Erkundungsflüge über dem Festland durchgeführt. Bei einer dieser Missionen ging - im Oktober 1963 - ein U-2-Flugzeug verloren, das, wie sich später herausstellte, über Ostchina abgeschossen worden war.

Die Einsatzgruppen der GMD führten nicht nur Sabotageakte durch, sondern hatten auch den Auftrag, Informationen zu sammeln. Bei einem ihrer Überfälle erbeuteten sie 1963 in der Volkskommune gleichen Namens die berühmten "Lianjiang-Dokumente", die nicht zuletzt der Chinawissenschaft Einblicke in die Funktionsweise der damaligen Volkskommunen gewährten.⁹⁸

Von solchen Erfolgen abgesehen, scheint sich die Wirksamkeit der Kampfgruppen freilich in bescheidenen Grenzen gehalten zu haben; überdies hatte bereits mit dem Ausbleiben der ursprünglich geplanten RCh-Offensive von 1962 eine Politik eingesetzt, die nur noch zu 30% auf den Gewehrlauf, zu 70% aber auf politische Mittel setzte (dies war der Inhalt der bereits erwähnten "70-30-Politik"). Unter diesen veränderten Voraussetzungen scheint es die Hauptaufgabe der Einsatzgruppen gewesen zu sein, Unmutsgedanken zu bestärken und wachzuhalten, die die dreijährige Hungerkatastrophe (1959/61) bei der festländischen Landbevölkerung hinterlassen hatte, und die der Führung in Taipeh als idealer Nährboden für den baldigen Umsturz erschienen. Freilich hatte sich, unter dem Einfluß des Reformkurses Liu Shaoqis, die Lage in den Jahren 1962/63 bereits wieder so merklich gebessert, daß die schlimmsten Blessuren der "Drei schlimmen Jahre" zu verheilen begannen. Insofern brachten die Guerillaaktionen keinen Schulterschuß, sondern stießen ins Leere und mußten auch bald wieder eingestellt werden. Immerhin hatte die Führung in Taiwan sich mit diesen Vorstößen eine Zeitlang selbst Mut zusprechen können.

Während die "Rückkehr"-Philosophie nach außen hin unverdrossen weiterverkündet wurde, trat sie in der täglichen Praxis zunehmend in den Hintergrund, vor allem bei wirtschaftlichen Überlegungen. Die Ökonomie wurde zum täglichen Prüfstein: Immer nämlich, wenn es galt, bei Kollisionen zwischen Militäraufwendungen und Investitionsinteressen einen Ausgleich zu finden, pflegte sich die Regierung nun für den Vorrang der wirtschaftlichen Entwicklung zu entscheiden.

Dies zeigte sich u.a. am 30.6.1963, als die ein Jahr vorher eingeführte "Sondersteuer für Verteidigungszwecke"

tatsächlich wieder abgeschafft, und als überdies das internationale Kapital, das sich während der gefährlichen Monate d.J. 1962 rar gemacht hatte, durch beschwichtigende Gesten und beruhigende Hinweise wieder ins Land gelockt wurde.

4.3.2.

Rückkehrhoffnungen vor dem Hintergrund der Kulturrevolution (1966 ff.)

In den Jahren 1966 ff. ging erneut ein Sturm über die VR China hinweg, der - aus GMD-Sicht - das Land in eine ähnliche Katastrophe zu stürzen versprach wie schon 1958 ff. Auch diesmal waren die Intellektuellen wieder Hauptzielscheibe, und auch jetzt kamen in Taibei erneut Rückkehrhoffnungen auf, zumal die Maoisten nicht nur zu Hause, sondern mit ihrer rotgardistischen Außenpolitik auch international politischen Selbstmord zu begehen schienen. Von den zwölf asiatischen Staaten beispielsweise, mit denen China 1967 diplomatische Beziehungen unterhielt, mußten vier, nämlich Indonesien, Indien, Birma und die Mongolische Volksrepublik schwere Übergriffe gegen diplomatisches Personal hinnehmen. In Rangun veranstalteten lokale (auslandschinesische) Rotgardisten "revolutionäre Kundgebungen" gegen die Regierung Ne Win. Zwei weitere Länder, nämlich Nepal und Sri Lanka, kamen mit leichteren Belagerungen ihrer Botschaften in Beijing davon. Sogar die Beziehungen zu Nordkorea und zu Nordvietnam kühlten sich ab, nachdem die Rotgardisten die Sowjetanbindung Hanois kritisiert und den koreanischen Parteichef Kim Ilsung öffentlich verhöhnt hatten.

Auch sonst hatte die volksrepublikanische Außenpolitik fast nur noch Rückschläge erlitten: 1965 z.B. war die von Beijing so sorgfältig mitinszenierte Afro-Asiatische Konferenz wie eine Fata Morgana verschwunden, in Indonesien hatte die von der VRCh unterstützte KPI das Fiasko der September-Niederlage erlebt, in Lateinamerika war Castro endgültig auf die sowjetische Linie eingeschwenkt und gleichzeitig hatte Moskau mit einer in dieser Intensität bisher beispiellosen Asienoffensive begonnen:

Während es mit den "Gongfei" laufend abwärts zu gehen schien, konnte die GMD-Führung außenpolitische Punkte sammeln, wirtschaftliche Erfolge verbuchen und eine seit langem nicht mehr erfahrene innenpolitische Stabilität verzeichnen.

In dieser Atmosphäre mußte jedes Zeichen vom Festland wie ein Wink des Himmels erscheinen, so z.B. die Flucht einer Iljuschin-28-Bomber- und einer VBA-Marinebootbesatzung im November 1966 und im Januar 1967.

Auch diesmal freilich folgte dem Wunsch keine Tat. Beide Seiten dieses und jenseits der Taiwanstraße beschränkten sich vielmehr darauf, einander mit propagandistischer statt mit physischer Munition zu bekämpfen, wobei die Volksrepublik wesentlich aggressiver war als Taiwan: Ihre Sendungen begannen bereits um 4 Uhr morgens und endeten erst 22 Stunden später wieder um 2 Uhr nachts. Die VR-Propaganda wurde in Mandarin und in Minnanhua sowie in Hakka vorgetragen und zwar tagsüber auf vier Wellen, abends sogar auf sieben. Meist war dabei von "Errungenschaften", Glück und Wohleben auf dem Festland die Rede - eine ermüdende Kost für taiwanische Hörer.

Taiwan blieb die Antwort nicht schuldig und brachte ebenfalls zahllose Rundfunkaufrufe, wobei es sich allerdings nicht nur an die breite Bevölkerung, sondern - in Codesprache - auch an seine Agenten auf dem Festland wandte.⁹⁹

Eine weitere Methode Beijings bestand darin, daß es seine "Abteilung für Vereinte Frontenarbeit" beim ZK beauftragte, Landsleute aus Taiwan zu umwerben, die in den USA, Japan und anderen Teilen der Welt lebten. Ganz im Stile der Einladungspolitik, wie sie nur wenige Jahre später gegenüber den USA zelebriert werden sollte, lud die chinesische Tischtennisvereinigung Sportler aus der "Provinz Taiwan" zu Wettkämpfen auf dem Festland ein.¹⁰⁰

Stets bediente sich die VR-Propaganda einer Doppeltaktik, indem sie einerseits die "Taiwan-Behörden" angriff und andererseits das "Volk von Taiwan" hochleben ließ und es für eine "gemeinsame Front" zu gewinnen versuchte. Vor allem der "28. Februar" wurde immer wieder als Köder ausgeworfen, um die Aufmerksamkeit des "taiwanesischen Volkes" zu gewinnen, wobei hohe ehemalige GMD-Mitglieder, wie Liao Chengzhi und Fu Zuoyi, das Wort führten. Liao war jedem Chinesen vertraut als Sohn Liao Zhongkai's, eines Mitbegründers der GMD und engen Mitarbeiters Sun Yi-

xians, während sich Fu Zuoyi dadurch einen - etwas zweifelhaften - Namen gemacht hatte, daß er 1949 als Oberbefehlshaber der GMD-Truppen im Raum Beijing (dem damaligen Beiping) im kritischen Augenblick kapituliert hatte und zu den Truppen Lin Biaos übergelaufen war. Immer wieder betonte er in seinen Ansprachen an das "taiwanische Volk", wie richtig er damals doch gehandelt habe.¹⁰¹

Im November 1970 erklärte Ministerpräsident Zhou Enlai in Beijing gegenüber dem amerikanischen Mao-Biographen Edgar Snow ("Red Star over China"), daß das Taiwan-Problem der Schlüssel zur Lösung aller sino-amerikanischen Fragen sei.

4.4.

Außenpolitik: Das Tauziehen um die Anerkennung

4.4.1.

Das Hin und Her der 60er Jahre

4.4.1.1.

Die Anerkennung der VR China durch das Frankreich de Gaulles

Die 60er Jahre schienen sich zunächst einmal günstig für die RCh an zu lassen. Im Dezember 1961 lehnte die Vollversammlung der UNO mit 48 gegen 36 Stimmen bei 20 Enthaltungen einen Antrag der UdSSR auf Ausstoßung der RCh zugunsten Beijings ab. Überdies stimmte sie im Gegenzug mit 61 gegen 34 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung für einen amerikanischen Antrag, der die Frage der Vertretung Chinas in den Vereinten Nationen zur "wichtigen Angelegenheit" ("important matter") im Sinne des Art.18 der UNO-Charta erklärte und damit die Verdrängung der RCh von einer Zwei-Drittel-Mehrheit abhängig machte.

Doch schon 1964 bahnte sich eine dramatische Wendung an. Am 27. Januar nahm das Frankreich de Gaulles mit der VR China diplomatische Beziehungen auf - ein für die RCh schockierendes Ereignis, da es jetzt vermutlich nicht mehr lange dauern konnte, bis auch die frankophonen Länder Afrikas nachziehen würden. Auch gab es beunruhigende Meldungen, daß in der Zwischenzeit Gespräche zwischen Bonn und Beijing über die Botschaften beider Länder in Bern aufgenommen worden seien.

Während im Fall der Bundesrepublik schon nach kurzer Zeit wieder Entwarnung gegeben werden konnte, da

die USA dem Bonner Partner Zurückhaltung nahegelegt hatten, sollten sich die Vorahnungen im Hinblick auf Afrika bestätigen.

4.4.1.2.

Das diplomatische Tauziehen in Afrika

Im diplomatischen Kopf-an-Kopf-Rennen Taipeis mit Beijing begannen vor allem die afrikanischen Länder Mitte der 60er Jahre eine schicksalhafte Rolle anzunehmen - zumindest aus der Sicht Taipeis.

Lateinamerika erschien als eine sichere Festung, doch Afrika mit seinen zahlreichen, gerade aus der Kolonialherrschaft entlassenen Ländern war mitten in der Gärung und erschien als leichte Beute für Befreiungsideologien, nicht zuletzt für die Rhetorik Beijings. Ende 1968 unterhielten zwar noch 21 schwarzafrikanische Staaten Beziehungen zur RCh, doch waren immerhin schon 14 zu Beijing "übergelaufen", nämlich Guinea, Ghana, Somalia, Mali, Kongo (Stanleyville), Tansania, Uganda, Kenia, Burundi, Kongo (Brazzaville), die "Zentralafrikanische Republik", Sambia, Benin und Mauretanien. Obendrein waren diese Vierzehn innerhalb von nur sechs Jahren, zwischen 1959 und 1965, auf Beijings Seite getreten. In diesem Tempo durfte es nicht weitergehen! Zumindest aber mußten die bisherigen Partnerländer, koste es was es wolle, gehalten werden. Wenn sie an der Seite der RCh blieben, brauchte die Regierung in Taiwan wohl noch auf lange Zeit nicht um ihren Sitz in der UNO zu bangen; fielen sie dagegen ab, so käme es wohl schon bald zu einem Erdbeben. Kein Wunder, daß Taipeis in diesen Jahren keine Kosten und Mühen scheute, in Afrika als Freund und Helfer sowie als Financier zahlloser kleinerer Projekte hervorzutreten. Diese waren in der Tat seine stärkste Waffe, wie jedermann sich überzeugen konnte; hatte Taipeis doch schon seit zehn Jahren mit seiner Entwicklungspolitik überall auf dem schwarzen Kontinent Lorbeeren ernten können.

Stets im Wettlauf mit Beijing legte es bei seinen Entwicklungsprojekten noch einmal zu. So kam es, daß in den 60er Jahren 22 Hilfstruppen mit zusammen 1.100 Mann in 21 Ländern Afrikas tätig waren. Mitte 1966 befanden sich über 630 Experten aus Taiwan in 19 afrikanischen Staaten. Zusätzlich waren zwi-

schen 1960 und 1966 auf Taiwan über 300 Afrikaner aus 28 Nationen in Landwirtschaftsseminaren geschult worden.

Die Regierung in Taipeis wußte recht wohl, wie gut ihre Programme in Afrika ankamen und glaubte sich deshalb zu der Hoffnung berechtigt, daß die Partner bei der Stange blieben.

Herzstück der Hilfsprogramme für Afrika war die dort unter dem Namen "Operation Vanguard" geleistete Landwirtschaftshilfe, die Musterhöfe aufbaute, neue Pflanzensorten einführte, Bewässerungsprojekte anlegte, Landwirtschaftsschulen einrichtete und den Umgang mit einfachen Maschinen und Bebauungsmethoden vermittelte. Niemand, der diese Entwicklungshilfe nicht für hervorragend befunden hätte.

Zum Hauptkoordinator wurde der Stellvertretende Außenminister Yang Xikun, der in Taiwan unter dem Ehrennamen "Feizhou xiansheng" ("Mr.Africa") sprichwörtlich bekannt wurde, und der im Laufe der Jahre Dutzende von Afrikamissionen unternahm.

Der demonstrativ vorgetragene Entwicklungshilfekurs schien Taiwan zunächst Recht zu geben: Ende der 60er Jahre erkannten immer noch mehr afrikanische Länder Taipeis als Beijing an. Entsprechend günstig fielen die seit Jahren üblichen "zwei Abstimmungen" vor der UNO-Vollversammlung aus. 1968 beispielsweise plädierten 44 Staaten für die Einsetzung der VRCh auf Kosten der RCh, 58 waren dagegen und 23 enthielten sich (1969 = 48:56:21). Bei der Frage, ob die "China question" zu einer "important matter" im Sinne der UNO-Charta erklärt werden sollte, fielen die Stimmenverhältnisse zugunsten Taipeis sogar noch günstiger aus. Gerüchte, daß Kanada, Italien, Belgien, Luxemburg und Portugal sich mit Plänen zur Anerkennung Beijings trügen, brauchten in Taiwan zu dieser Zeit also noch keine Existenzangst auszulösen; schien sich die VRCh durch ihre Kulturrevolution doch aus der internationalen Völkergemeinschaft herauskatapultiert zu haben. Niemand konnte damals ahnen, daß sich das Blatt schon zwei Jahre später völlig gewendet haben würde. Noch ehe US-Präsident Nixon nach Beijing reiste, hatte der Abfall der afrikanischen Staaten von Taipeis längst

begonnen, vor allem nachdem die VRCh seit 1970 ebenfalls mit Hilfsangeboten an die afrikanischen Türen zu klopfen begann und schließlich sogar das Großprojekt des Baus der Tansambahn (vom Kupfergürtel Sambias nach Daressalam) in Angriff nahm - ein Projekt, das Beijing wegen der damit verbundenen Kosten später noch häufig bereuen sollte.¹⁰²

Als in den Jahren 1970/72 gleich 12 weitere afrikanische Länder zur VR China "überliefen", machte man in Taipeis aus der Not eine Tugend und wies darauf hin, daß die Inselwirtschaft doch viel Geld sparen könne, wenn sie nun ihre kostspieligen Hilfsprojekte in Afrika einstelle; solle nun doch bitte Beijing zur Ader gelassen werden! In Zukunft wolle man die teure Entwicklungshilfepolitik durch Kommerz ersetzen und mehr auf Gewinne achten.¹⁰³

4.4.2.

Die langsame Abnabelung von den USA

Die Beziehungen zum Hauptverbündeten, den USA, zeigten in den 60er Jahren einen ruhigen Verlauf, obwohl es gleich am Anfang Turbulenzen gab, die allerdings von der VR China ausgingen. Am 17.Juni 1960, d.h. am Vorabend der Visite des US-Präsidenten Eisenhower in Taiwan nämlich, feuerte die Artillerie der "Volksbefreiungsarmee" auf die Insel Jinnen 85.965 Granaten ab. Weitere 80.000 folgten in den nächsten beiden Tagen. Am 19.Juni erhielt die RCh-Artillerie den Befehl, zurückzuschießen und schaltete daraufhin sieben gegnerische Artilleriestellungen und vier Munitionslager aus.

Trotz der erneuten Verkraterung Jinnens durch das Dauerfeuer hatten seine Anlagen bewiesen, daß sie auch jetzt noch jedem Angriff standhalten konnten, und daß die Insel weiterhin einen verlässlichen Vorposten abgab.

Am 1.Juli 1965 endete die direkte amerikanische Wirtschaftshilfe an Taiwan, die, wie in Kap.3 beschrieben, lange Zeit so wohlthuenden Einfluß auf die Inselwirtschaft ausgeübt hatte und deshalb auch in Washington als voller Erfolg verbucht werden konnte.¹⁰⁴

Trotz der offiziellen HilfeEinstellung flossen aber auch weiterhin hohe Beträge in die Inselwirtschaft, vor allem in Form von Anleihen. Die US-Hilfen

traten lediglich in neuem Gewande auf. Zum Motor der taiwanesischen Wirtschaft wurden von jetzt an definitiv der Außenhandel und die ausländischen Investitionen, an denen US-Firmen den Löwenanteil hatten.

Bereits 1965 durchbrach der Außenhandel Taiwans die Schallmauer von 1 Mrd. US\$.

Die Einstellung der amerikanischen Hilfe wurde u.a. auch zum Prüfstein für die Frage, ob die knapper gewordenen Mittel in Zukunft eher in die Rüstung oder aber in die Wirtschaft fließen sollten, ob also in Zukunft die "Rückkehr" oder aber der "Aufbau" an erster Stelle stehen sollte. In aller Stille begann die RCh Farbe zu bekennen - und zwar zugunsten des Aufbaus.

Am 31. August 1965 wurde in Taipeh ein RCh-amerikanisches Abkommen unterzeichnet, in dem der Status der US-Streitkräfte auf Taiwan festgelegt wurde.¹⁰⁵ Gleichzeitig begannen die amerikanischen Militärberater immer häufiger auf eine Verkleinerung der RCh-Armee zu drängen. Mit ihren 600.000 Mann sei sie zu groß für die Verteidigung Taiwans und zu klein für eine Invasion des Festlands. Warum nicht endlich mit der 70-30-Formel Ernst machen? Taiwan möge sich an einem, wie es hieß, "small but elite"-Armeekonzept orientieren, wie es sich doch auch in Israel so hervorragend bewährt habe.¹⁰⁶ Ferner solle die RCh ihre 80.000 Soldaten aus Jinmen und Mazu abziehen und dadurch wenigstens Militärausgaben einsparen, zumal die beiden Inseln ja erheblich dazu beitragen, die Spannungen mit der VR China zu perpetuieren. Mitte der 60er Jahre gab Taiwan, wie oben bereits erwähnt, vermutlich 10% seines BSP, 80% des zentralen Regierungshaushalts und 55% der kombinierten Haushalte von Zentrale und Provinzen für die Verteidigung aus.¹⁰⁷

Viel Erfolg hatten die Amerikaner mit diesem Zureden freilich nicht; umfaßte doch die RCh-Armee sogar Mitte der 70er Jahre noch rd. 530.000 Mann.

1969 stellten die USA im Zuge der amerikanischen Entspannungspolitik gegenüber Beijing die Patrouillen der 7. US-Flotte in der Formosastraße ein - wahrscheinlich nicht ganz ohne schlechtes Gewissen; denn die Militärs der RCh verstanden es geschickt, ame-

rikanische Entscheidungsträger immer wieder an die Bedeutung Taiwans zu erinnern - ob sie nun auf die Analysen MacArthurs zurückkamen oder aber darauf hinwiesen, daß beispielsweise die japanische Flotte, die im Dezember 1941 Pearl Harbor angegriffen hatte, vom südtaiwanesischen Hafen Gaoxiong aus in See gestochen war. Wollten sich die USA ein so einzigartiges geostrategisches Partnerland wie Taiwan wirklich entgehen lassen? Taiwan verfüge über interessante Häfen, über Fluganlagen, auf denen auch B-52-Bomber landen könnten, und über die (damals) drittgrößte Armee Asiens. Einen solchen Partner könne man strategisch doch unmöglich links liegen lassen!

4.4.3.

Die Suche nach einem Halt in der asiatischen Nachbarschaft

4.4.3.1.

Auf der Suche nach Partnern für eine "Antikommunistische Front": ASPAC und WACL

Anders als in Afrika schienen die Zeichen für Taiwan in Asien während der 60er Jahre günstig zu stehen: Die Kulturrevolution in China und der Vietnamkrieg waren Wasser auf die Mühlen des Antikommunismus.¹⁰⁸

Sollte Taiwan diese Gelegenheit nicht nutzen und sich um ein regionales Bündnis aller "freiheitlichen" Staaten bemühen, also mit Partnern wie Südkorea, den Philippinen und Südvietnam ein gemeinsames antikommunistisches Bündnis eingehen?

In der Tat kam es am 16. Juni 1966 bei einer Außenministerkonferenz in Seoul auf Einladung der südkoreanischen Regierung zur Gründung eines lockeren politisch-wirtschaftlich-kulturellen Bündnisses von neun Staaten (Australien, Japan, Malaysia, RCh, Neuseeland, Philippinen, Südkorea, Südvietnam und Thailand), das den Namen "ASPAC" (Asian and Pacific Council) annahm und dessen Ziel es sein sollte, auf der gemeinsamen Grundlage des Kampfes gegen kommunistische Regime die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit herbeizuführen.

Taiwan suchte in der ASPAC nicht zuletzt auch einen Ersatz für den künftig vielleicht gar nicht so unwahrscheinlichen Fall, daß sich die USA eines Ta-

ges ihren Verteidigungsverpflichtungen entziehen könnten. Die ASPAC sollte m.a.W. als antikommunistische Regionalorganisation in dem Maße ausgebaut werden, wie die USA ihre Ostasienverpflichtungen zurückschraubten.

Zusätzlich zur ASPAC suchte Taiwan in den 60er Jahren noch ein zweites antikommunistisches Standbein und beteiligte sich an der Gründung einer sog. "World Anticommunist League". Die erste Konferenz der WACL fand am 25. September 1967 in Taipeh in Anwesenheit von Vertretern aus 72 Ländern statt. Schon vier Jahre später mußte sich Taipeh jedoch der Einsicht beugen, daß der Antikommunismus auf die Dauer keine tragfähige Grundlage für Bündnisse und längerdauernde Verpflichtungen abgab. Vor allem nach dem Nixon-Besuch in Beijing begann dieses Fundament schnell zu zerbröckeln.

Neben multilateralen ging die RCh auch noch zahlreiche bilaterale Bindungen mit antikommunistischen Regierungen ein und schloß mit Südvietnam, Südkorea und den Philippinen Verträge ab, in denen vor allem wechselseitige Ausbildungsprogramme dominierten.

Eine Zeitlang bot Taiwan auch Militäreinheiten für den Einsatz im Vietnamkrieg an, doch glaubten die USA, diese Offerte nicht annehmen zu dürfen, da eine Einschaltung nationalchinesischer Truppen dazu angetan sein konnte, die VR China noch weiter zu reizen.

4.4.3.2.

Das perfide Japan

Während viele andere Nachbarn mit Taiwan enger zusammenrückten, begann ausgerechnet Japan aus der Reihe zu tanzen.

Am 9. November 1962 wurde zwischen Liao Chengzhi, dem Vorsitzender der Chinesisch-Japanischen Freundschaftsvereinigung, und Takasaki Tatsunosoki in Beijing ein privates "Chinesisch-Japanisches Handelsmemorandum" unterzeichnet, aufgrund dessen es auch zur Einrichtung beiderseitiger Handelsbüros kam. Dieser sog. "LT-Handel" (benannt nach den beiden Unterzeichneten), der 1967 in "MT" ("Memorandum-Trade") umgetauft wurde, war Ausgangspunkt für ein

immer dichter werdendes Maschennetz von bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

Taipei protestierte gegen diesen Handel mit solchem Nachdruck, daß der damalige japanische Ministerpräsident Yoshida sich zu dem Versprechen veranlaßt sah, die staatliche Eximbank werde japanischen Lieferanten keine Garantien erteilen, auch nicht für die bereits vereinbarte Lieferung einer Nylonfabrik sowie mehrerer Schiffe. Der volksrepublikanischen Regierung gegenüber begründete Yoshida diesen Schritt mit einem Hinweis auf die strenge Trennung von Politik und Wirtschaft.¹⁰⁹

In ähnlichem Sinne argumentierte Tokyo gegenüber Taipei: seiner Wirtschaft zuliebe müsse es zwar den Handel mit der VRCh dulden, doch wolle es seine diplomatischen Beziehungen mit der RCh auch weiterhin unverbrüchlich aufrechterhalten. Taipei möge bitte begreifen, daß Handel und Politik mitvoneinander nichts zu tun hätten, und daß die Regierung dem japanischen Privatunternehmertum auf die Dauer doch unmöglich Steine in den Weg legen könne.

Das LT-Abkommen stürzte die Taipeier Regierung in ein Dilemma. Eigentlich hätte sie jetzt, wenn sie konsequent zu ihrer Rückkehr-Option gestanden hätte, die Beziehungen zu Japan abbrechen oder zumindest wirtschaftliche Sanktionen ergreifen müssen; doch war die Wirtschaft Taiwans in der Zwischenzeit schon wieder so sehr auf Japan angewiesen, daß ein solcher Schritt ökonomisch allzu verhängnisvoll gewesen wäre. Bei der Abwägung zwischen Rückkehr- und Wirtschaftsinteressen gab Taipei also auch diesmal wieder klein bei und entschied sich für die Ökonomie.

Im übrigen war das Yoshida-Versprechen wie sich schon bald herausstellte, keine Eintagsfliege, sondern hielt immerhin fast zehn Jahre lang vor. Erst nach 1972, als Tokyo mit Beijing bereits diplomatische Beziehungen aufgenommen hatte, konnte auch der chinesisch-japanische Handel auf eine breitere institutionelle Grundlage gestellt werden. Erst jetzt erhielt auch die staatliche Eximbank das Recht, den Verkauf japanischer Anlagen nach China zu finanzieren oder aber mit Garantien abzusichern, und es dauerte

immerhin weitere eineinhalb Jahre, ehe am 5. Januar 1974 zwischen Beijing und Tokyo ein Handelsabkommen unterzeichnet wurde, das die langjährigen "LT"- und "MT"-Handelspraxis durch Beziehungen neuen Charakters ablöste.¹¹⁰

Anmerkungen:

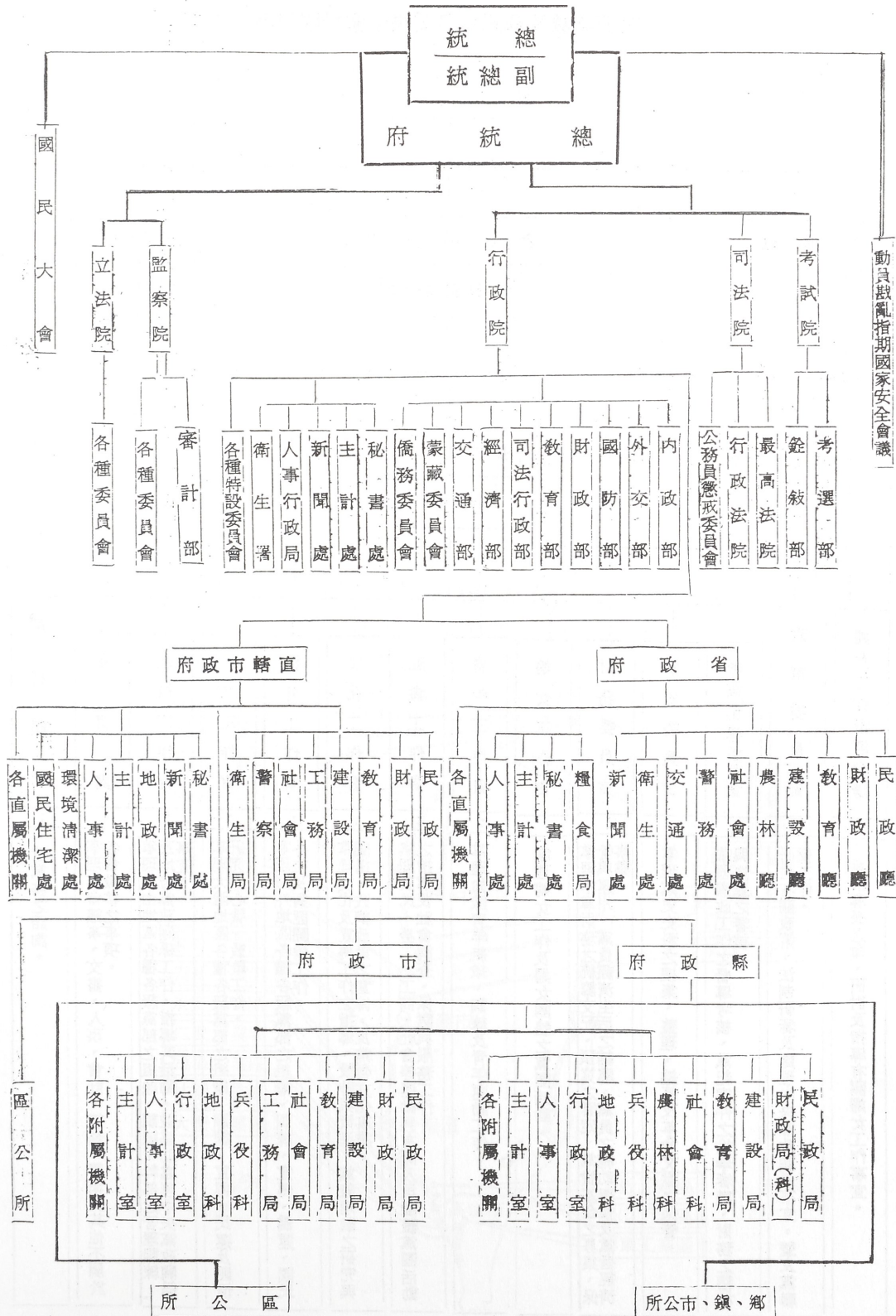
- 1) Arnold Abrams in: FEER, 20.4.70, S.18.
- 2) Novellierungen vom 7.2. bzw. 19.3.1966.
- 3) Einzelheiten dazu Oskar Weggel, "Zentralregierung und Provinzverwaltung auf Taiwan. Selbstverwaltungsideologie und Verfassungswirklichkeit" in: Verfassung und Recht in Übersee 1968, S.391-420, hier 397 f.
- 4) Kernsätze abgedruckt bei Lin Zhidong, "Zhonghua minguo xianfa zhilan" ("Kommentar zur Verfassung der Republik China"), Taipei 1960, S.238 und 298.
- 5) Genaugenommen stand er seit 1927 an der Spitze des Staates.
- 6) Dazu ausführlich Sibainian, a.a.O., S.877, incl. Organogramm; Thomas B.Gold, "State and Society in the Taiwan Miracle", New York 1986, S.62 f.
- 7) Abgedruckt bei Kerr, a.a.O., S.480-482.
- 8) ZYRB, 1.1.67, S.1; Nianjian 1974, a.a.O., S.115.
- 9) Nieh in C.a., Juni 1986, Ü 50.
- 10) Vgl. z.B. China Yearbook 1965/ 66, S.102 ff.
- 11) Ebenda.
- 12) Vgl. zu beiden Parteien "Republic of China Yearbook 1989", Taipei 1989, S.194 f.
- 13) Z.G. baikie nianjian, "China-Jahrbuch" 1980, Beijing und Shanghai 1980, S.49-51.
- 14) Vgl. China Yearbook 1966/67, Taipei 1967, S.40.
- 15) ZYRB, 29.4.63, S.1.
- 16) Näheres dazu Weggel, "Zentralregierung und Provinzverwaltung auf Taiwan", a.a.O., S.402 mit Nachweisen.
- 17) Näheres dazu ebenda, S.406.
- 18) Von ihm stammt das Buch "The Evolution of Policy behind Taiwan's Development Success", New Haven and London 1988.
- 19) Dazu FEER, 19.9.68, S.55.
- 20) LHB, 28.2.64.
- 21) ZHMG nianjian, 63 nian, Jahrbuch der RCh, Taipei 1974, S.18.
- 21a) Zahlen in: Republic of China Yearbook 1989, Taipei 1989, S.196 f.
- 22) Sheldon L.Appleton, "The Political Socialization of College Students on Taiwan", AS 1970, S.910-923; ders., "Taiwanese and Mainlanders on Taiwan: A Survey of Student Attitudes", CQ, Nr.44, Oktober/Dezember 1970, S.38-65; ders., "Silent Students and the Future of Taiwan", Pacific Affairs, Summer 1970, S.227-239; ders., "Regime Support among Taiwan Highschool Students", AS 1973, S.750-760; Richard W.Wilson, "Childhood Political Socialization on Taiwan", Dissertation, Princeton University 1967; ders., "A Comparison of Political Attitudes of Taiwanese Children and Mainlander Children on Taiwan", AS 1968, S.988-1000; Robert and Ai-li S.Chin, "Comparative Evaluations of Aspects of Contemporary Culture by College Students in Taiwan", National Taiwan University Journal of Sociology, Nr.1 (1963), S.41-55.
- 23) Wilson, 1968, a.a.O., S.989.
- 24) Ebenda, S.992.
- 25) Appleton, 1970, a.a.O., S.228 f.

- 26) Ders., 1973, S.760.
- 27) FCW (Free China Weekly), 5.11.67. Einen detaillierten chronologischen Überblick über die laufenden Ereignisse der KEB von 1966 bis 1979 sowie der einzelnen Programme Wang Shounan, "Zhonghua wenhua fuxing yundong jiyao" (Abriß zur KEB der RCh), Taipei 1981.
- 28) FCW, 12.11.67.
- 29) Bei Wang Shounan, Anm.27, sind die Aktivitäten der KEB von 1966 bis 1975 nach Jahren, Monaten und Tagen gegliedert. Zur Aufzählung benötigt er 412 Seiten!
- 30) "Zhonghua wenhua fuxing yundong lunwenji" ("Sammlung von Abhandlungen über die chinesische KEB") Taipei 1967.
- 31) CYB 1966/67, S.9 f.
- 32) Stephen Uhally, "Taiwan's Response to the Cultural Revolution", AS, November 1967, S.824-829.
- 33) Näheres Weggel, "Geschichte Chinas im 20. Jahrhundert", a.a.O., S.255 ff., vor allem 263 ff.
- 34) China Yearbook 1967, S.9.
- 35) Chang Chi-yun, "The Essence of Chinese Culture", Taipei 1957; ders., "Chinese Culture as a Bulwark against Communism", Taipei 1959.
- 36) Die damaligen Regeln sind im Volltext auf deutsch übersetzt in "Ostasiatische Rundschau" 1936, S.523 ff.
- 37) Wang Shounan, a.a.O., S.23.
- 38) Wörtl.: "Regeln zur Förderung dessen, was ein Staatsbürger im Leben wissen muß" (guomin shenghuo xu zhi tuixing banfa, ebenda, S.23).
- 39) Tainan 1966.
- 40) Zu den zahlreichen Aktivitäten rund um dieses Ereignis vgl. Wang Shounan, a.a.O., S.3.
- 41) Zur Geschichte im einzelnen: Zhongguo wenwu tushuo, frei übersetzt: "Tafeln sprechen zur chinesischen Kunst", hg. vom Palastmuseum, Taipei 1965, S.80-82.
- 42) Einzelheiten dazu Gerald P.Kramer und George Wu, "An Introduction to Taiwanese Folk Religions", Taipei 1970, S.16 ff.
- 43) RCh Yearbook 1989, a.a.O., S.376.
- 44) Aufgrund eines Beschlusses des Exekutivyuans vom 3.August 1967.
- 45) Guoqing jianjie, a.a.O., S.12.
- 46) Am 1.12.1961 wurde an der Nationalen Qinghua-Universität in Xinzhu der erste Nuklearreaktor installiert.
- 47) Abgedruckt in: "A Brief Sketch of Academia Sinica", 1964, Nangang, Taipei.
- 48) Zahlen zusammengestellt aus ZHMG wushiqi nian tongji tiyao ("Statistischer Abriß der RCh 1968"), Taipei 1968, S.598-605.
- 49) Bernard Gallin, "Hsin Hsing, Taiwan", Berkeley, Los Angeles, University of California Press 1966, S.277 f.
- 50) Zusammenstellung der Institutsangaben in "Report on Relevant Centers of Materials and Research on Contemporary China in East Asia" by Jürgen Domes (Broschüre, o.O., o.J.).
- 51) Vgl. dazu Y.H.Nieh und Oskar Weggel, "Der neue Verfassungsentwurf der VR China" in: "Verfassung und Recht in Übersee", 1951, S.59 ff.
- 52) CIS, zit. in MD Asien, 24.1.72, S.9.
- 53) Berner Konferenz aus dem Jahre 1886, der 78 Länder beigetreten sind, und die literarische und künstlerische Werke schützen soll; Schutz geistigen Eigentums nach der 1883 verabschiedeten Pariser Konferenz, der 100 Länder angehören. Die World Intellectual Property Organization mit Sitz

- in Genf überwacht diese Abkommen, hat aber auf Taiwan keine Zugriffsmöglichkeiten.
- 54) Einzelheiten dazu bei Peng Mingmin, "A Taste of Freedom. Memoirs of a Formosan Independence Leader", New York, Chicago, San Francisco 1972, S.100 f., 165, 169, 176.
- 55) Näheres dazu Allan B.Cole, "Political Roles of Taiwanese Enterprises", AS, September 1967, S.645 ff.; Mark Plummer, "Taiwan: The New Look in Government", AS 1969, S.18-22, 20.
- 56) The New York Times, 24.3.68, S.5.
- 57) Wolf, Meadows, "Who is Mr.Bananas?", FEER, 11.9.69, S.662 ff.
- 58) Vgl. dazu Näheres 3.1.2.4. und Wei Ming, "Taiwan de er-er-ba shijian" (Der 2-2-8-Zwischenfall in Taiwan), Hongkong 1975, vor allem S.185 ff.
- 59) Eine andere Version besagt, daß im Februar 1965 eine der Schwägerinnen Liaos zu 15 Jahren Gefängnis und ein Neffe zum Tode verurteilt worden seien - mit der Zusicherung, daß sie bei der Rückkehr des Abtrünnigen begnadigt würden. Meldung Die Welt, 9.6.70.
- 60) ZYRB, 15.5.65.
- 61) Vgl. dazu auch "Thomas Liao's Homecoming", Taipei 1965, und Cynthia Yun Ping Weth, "Die Taiwanesische Unabhängigkeitsbewegung (Taidu) 1945-1978", Würzburg 1981; Douglas Mendel, "The Politics of Formosan Nationalism", Berkeley and Los Angeles 1970, S.117 ff. und 249-260 ("A Declaration of Formosans"). 62) AS 1963, S.13.
- 63) Abgedruckt in: Peng Mingmin, "A Taste of Freedom", a.a.O., S.129.
- 64) Zu Peng Mingmin als Nachfolger Thomas Liaos vgl. FEER, 10.10.70, S.8; zu den Gründen für Pengs Verhaftung vgl. das Interview mit Peng Mingmin in FEER, 22.5.71, S.18 f.
- 65) FEER, 30.4.70, S.19 f.
- 66) Ebenda, S.18.
- 67) Verhaftung, Überwachung und Flucht nach Schweden bei Peng Mingmin, "A Taste of Freedom, a.a.O., S.121 ff., 137, 164 ff., 182 ff., 208 ff.
- 68) The New York Times, 21.4.70, S.3, und 25.4.70, S.1 und 15; des weiteren Sheldon L.Appleton, "Taiwan: Portents of Change" in: Pacific Affairs, Summer 1970, S.227-239.
- 69) Zit. aus dem programmatischen Hinweis "Unser Standpunkt" (womende zhuzhang) in fast jeder Nummer des Parteiorgans "Taidu", Monatszeitschrift, Erscheinungsort: Kearny, New York, seit 1972, z.B. Taidu Nr.91, S.2.
- 70) Weth, a.a.O., S.190 f.
- 71) Schätzung in The New York Times, 4.2.68.
- 72) Chao Chieh-chien, "Planning in a Market Economy - The Experience of Taiwan, ROC" in: Industry of Free China, November 1984, S.17-28, 23.
- 73) Guoqing jianjie, a.a.O., S.18.
- 74) Dazu E.Lungberg, "Fiscal and Monetary Policies" in: W.Gallenson, Ed., "Economic Growth and Structural Change in Taiwan", Cornell University Press 1979, S.268 ff., und "Zentralinstitut für das Studium der drei Volkslehren" (Hrsg.), "Wo guo jingji fachan yu suode fenpei" ("Die Entwicklung der Wirtschaft und die Einkommensverteilung in unserem Staat"), Taipei 1981, S.97 ff.
- 75) Sai, a.a.O., S.173 ff.
- 76) In der engl. Übersetzung "Investment Laws of the ROC", publ. by Industrial Development and Investment Centre, Taipei, o.J., S.7-38.
- 77) Ebenda, S.41-83.
- 78) Texte abgedruckt ebenda, S.93 ff. bzw. 105 ff.
- 79) Tabelle bei Sai, a.a.O., S.178.
- 80) Ebenda, S.180.
- 81) Ebenda, S.180-183; Sibainian, a.a.O., S.1017.
- 82) Im einzelnen Udo Dörnhaus, "Berufsausbildungspolitik Taiwans im Verlaufe der wirtschaftlichen Entwicklung 1945-1985", Bd.166 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1988, S.86 ff.
- 83) Taiwan's Statistical Data Book 1989, a.a.O., S.208.
- 84) Ebenda.
- 85) Ebenda.
- 86) Tabelle bei Sai, a.a.O., S.192.
- 87) Data Book, Taipei 1989, S.92.
- 88) Zum CIECD vgl. auch Sibainian, a.a.O., S.1015.
- 89) Karl Brandt, "Economic Development: Lessons of State Craft at Taiwan", Orbis, vol.XI (Winter 1968), S.1067-1080; ferner Walter Galenson (ed.), "Economic Growth and Structural Change in Taiwan", London 1979.
- 90) In diesem Sinne Hubert Lehmann, "Wirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik in Taiwan", Bochum 1970.
- 91) Walt W.Rostow, "Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie", Göttingen 1967 (2.Aufl.).
- 92) Dazu Sai, a.a.O., S.228.
- 93) ZHMG Taiwan jingji dongxiang tongji (Wirtschaftsindikatoren Taiwans/Republik China), Nr.29, September 1962, S.9 (hg. vom Exekutiv Yuan).
- 94) Christian Science Monitor, 9.7.62, S.1.
- 95) Nanfang ribao, 30.9.64, in: SCMP, 3330, S.4-6.
- 96) Vgl. dazu auch Oskar Weggel, "Miliz, Wehrverfassung und Volkskriegsdenken in der VR China", Boppard/Rh 1977, S.74.
- 97) Free China Review, March 1963, S.4.
- 98) Vgl. dazu C.S.Chen und C.P.Ridley (editors), "Rural People's Communes in Lien-chiang. Documents Concerning Communes in Lien-chiang County, Fukien Province, 1962-1963", Stanford/California 1969.
- 99) Dazu CNA, 12.4.74, Nr.956, S.6.
- 100) RMRB, 29.6.73, S.4.
- 101) RMRB, 1.3.73, S.2.
- 102) FEER, 10.7.71.
- 103) FEER, 11.12.71, S.60.
- 104) Zur US-Hilfe: David Cheng, "US Aid and Economic Progress in Taiwan", AS 1965, S.152-161; O.Edmund Clubb, "Sino-American Relations and the Future of Formosa", Political Science Quarterly, March 1965, S.1-21.
- 105) Text des Abkommens (chin. und engl.) in: Zhongwai tiaoyue jibian (Sammlung der chinesischen Verträge mit dem Ausland), hg. vom Außenministerium, Bd.IV (1965-1972), Taipei 1973, S.648-692 (fortan: "Zhongwai tiaoyue")
- 106) NYT, 27.7.69.
- 107) NYT, 24.3.68, S.5; Plummer, 1969, a.a.O., S.21.
- 108) Joyce Kallgren, "Vietnam and Politics in Taiwan", AS 1966, S.28-33.
- 109) Ausführlich dazu Oskar Weggel, "Das Außenhandelsrecht der Volksrepublik China", Baden-Baden 1976, S.38-42.
- 110) Ebenda, S.40 f.

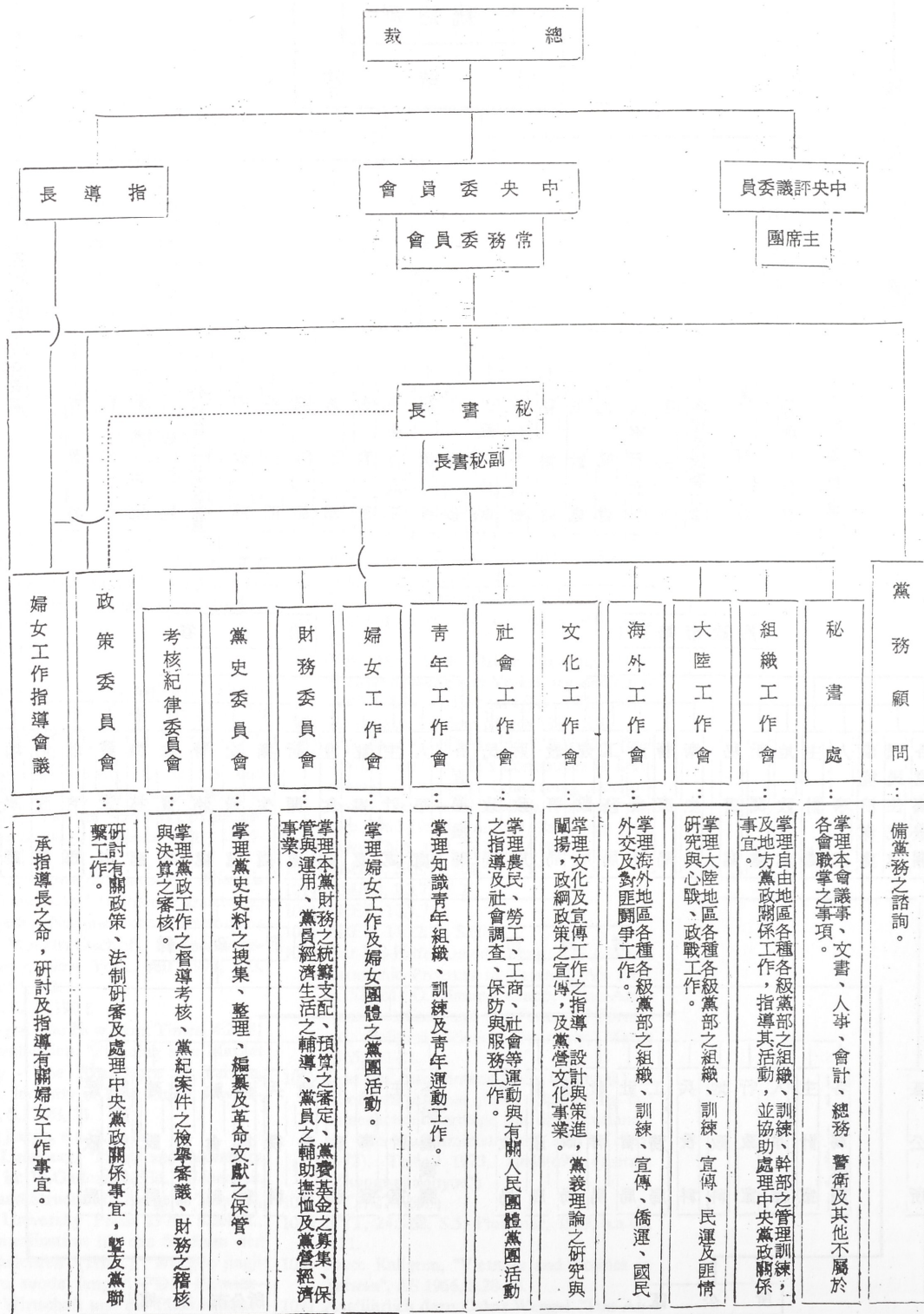
ANHANG 1: Die Organisation der Regierung in der R China

表 統 系 織 組 府 政



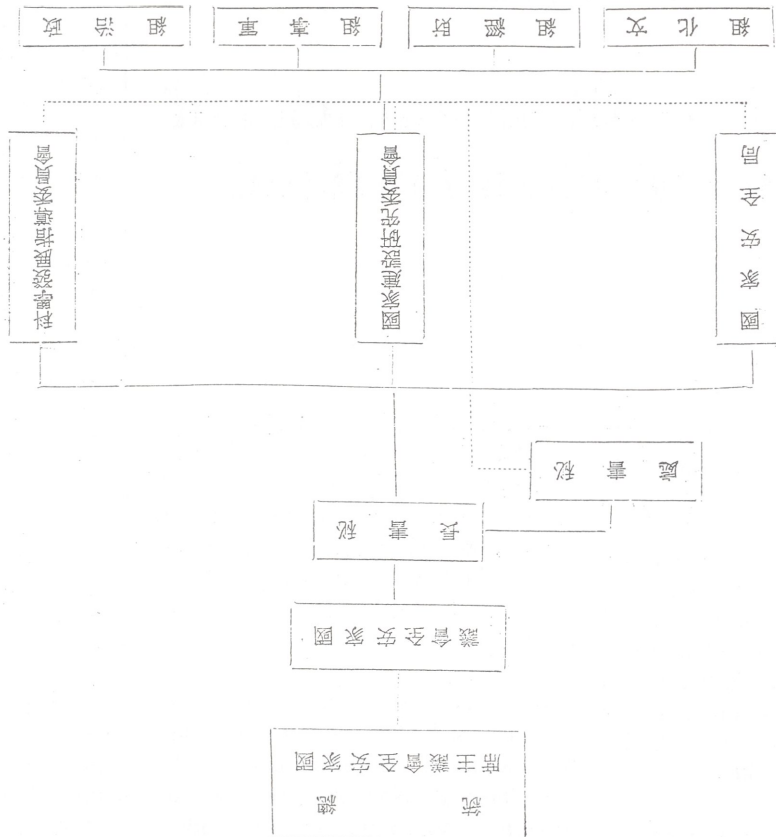
ANHANG 2: Die Organisation der Guomindang

表簡掌職及織組會員委央中黨民國國中



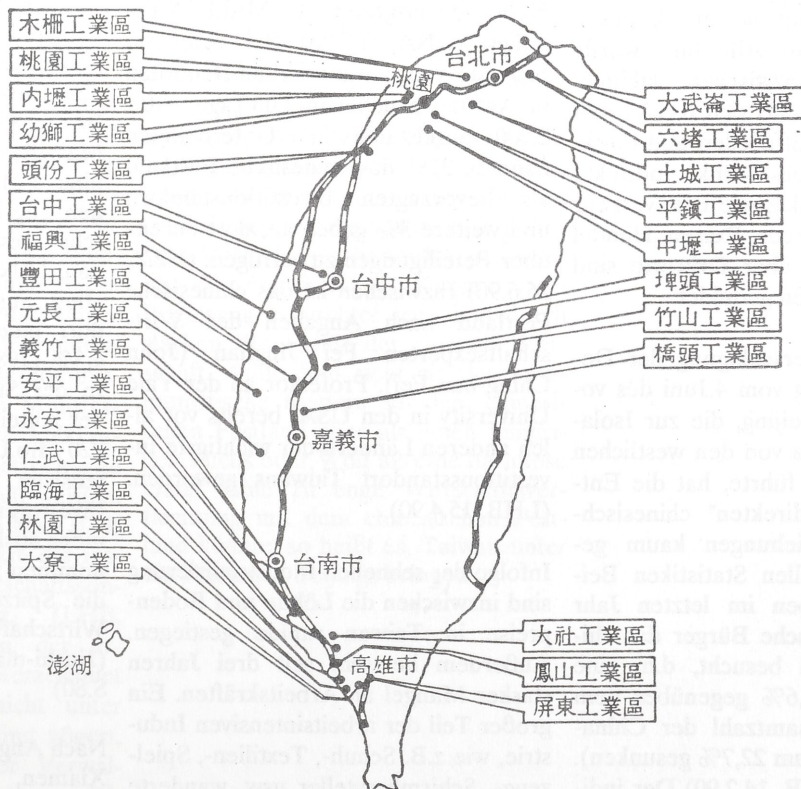
ANHANG 3: Die Organisation des Nationalen Sicherheitsrats

國家安全會議組織系統表



Karte 20: Industriezonen in Taiwan i.J. 1970

1970年代台灣工業區分佈圖



(In den 27 Kästchen sind jeweils die Namen der einzelnen Industriezonen genannt,

z.B. ganz links oben "Industriezone Muzha")

(Quelle: Sibainian, a.a.O., S.1017)